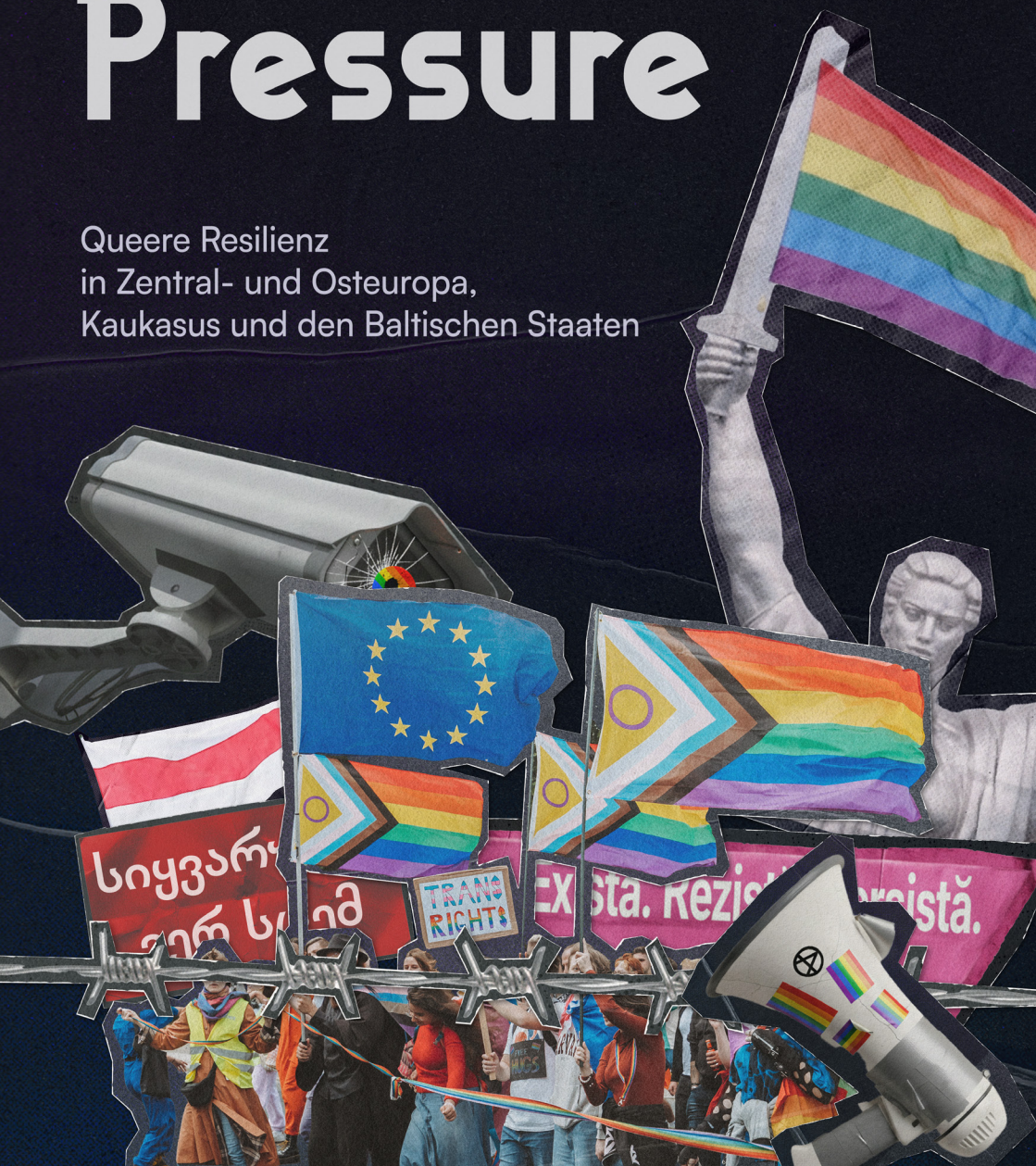


Pride Under Pressure

Queere Resilienz
in Zentral- und Osteuropa,
Kaukasus und den Baltischen Staaten



Pride Under Pressure

**Queere Resilienz in Zentral- und Osteuropa, Kaukasus
und den Baltischen Staaten**

Autor: **Borys Hrachov**

Herausgeber: **Quarteera e.V.**

Redaktion: **Anna Seib**

Design: **Nikita Vinokurov**

Übersetzung ins Deutsche: Alette Mengerink

Berlin, Quarteera e.V., 2025

Diese Publikation wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Mitteln des Auswärtigen Amts gefördert. Die hierin vertretenen Positionen spiegeln nicht notwendigerweise die Ansichten der Rosa-Luxemburg-Stiftung oder des Auswärtigen Amts wider.

ISBN 978-3-9827934-4-3

Pride Under Pressure

Queere Resilienz
in Zentral- und Osteuropa, Kaukasus
und den Baltischen Staaten

Quarteera e.V.

Berlin

2025

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	06
Zusammenfassung	08
Methodik	11
<i>Länderberichte:</i>	
Belarus	14
Estland	26
Georgien	40
Deutschland	56

Moldau	69
Polen	80
Ukraine	93
Querschnittsanalyse	105
Schlussfolgerungen	114
Empfehlungen	117
Literaturverzeichnis	124

Vorwort

Seit der ersten Marzahn Pride, die 2020 in Berlin organisiert wurde, hat sich die Welt in den vergangenen fünf Jahren spürbar verändert. Die Auswirkungen der Pandemie, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, das Erstarken der extremen Rechten sowie die zunehmende Fragmentierung demokratischer Staaten setzen zivilgesellschaftliche Akteure weltweit unter Druck und stellen insbesondere für vulnerable Gruppen eine ernsthafte Gefahr dar. Die LSBTIQ*-Community wird in vielen Regionen gezielt ins Visier genommen und in einigen Ländern werden ihre Rechte durch anti-queere Gesetzgebung massiv eingeschränkt. Auch in Europa gerät der in den letzten Jahrzehnten erzielte Fortschritt zunehmend unter Druck. In Deutschland beobachten wir, dass Pride-Veranstaltungen und queere Räume zunehmend bedroht oder angegriffen werden (1). Besonders betroffen sind LSBTIQ*-Geflüchtete und Migrant*innen, die zu Zielscheiben rechtsextremer Akteure und konservativer Kräfte werden, die sowohl Migration als auch sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung ablehnen.

Quarteera e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der sich seit 2011 in Deutschland für die Rechte und Sichtbarkeit von LSBTIQ*-Geflüchteten und Migrant*innen aus Osteuropa, Zentralasien und dem Kaukasus einsetzt. In vielen ihrer Herkunftsländern ist Queerfeindlichkeit nicht nur gesellschaftlich verankert, sondern wird auch institutionell unterstützt. Trotz dieser widrigen Umstände haben LSBTIQ*-Aktivist*innen und Organisationen bemerkenswerte Resilienz entwickelt.

Dieser Bericht hat das Ziel, diesen LSBTIQ*-Aktivist*innen eine Stimme zu geben und durch persönliche Erfahrungsberichte einen authentischen Einblick in die aktuelle Situation, die Herausforderungen und Perspektiven von LSBTIQ*-Communities zu vermitteln, die trotz zunehmender Bedrohungen durch rechtsextreme und anti-queere Kräfte, autoritäre Regime und die verheerenden Auswirkungen von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

weiterhin Widerstand leisten. Wir möchten ihre Erfahrungen, insbesondere bei der Organisation von Pride-Veranstaltungen, teilen, ihre Strategien zur Prävention und zum Schutz vor queerfeindlichen Angriffen sichtbar machen und Empfehlungen für internationale Solidarität weitergeben. Ihr Kampf ist Teil eines größeren, globalen Einsatzes für Menschenrechte und Freiheit. Es ist ein Kampf, der weit über queere Communities hinausgeht und die grundlegenden Werte demokratischer und offener Gesellschaften berührt.

Wir danken allen, deren Beiträge diese Publikation ermöglicht haben.

Quarteera e.V.

Zusammenfassung

Diese Publikation präsentiert unmittelbare Perspektiven zu den Herausforderungen, Bedrohungen und Widerstandsstrategien von LSBTIQ*-Aktivist*innen und Organisationen in Zentral- und Osteuropa, im Kaukasus und in den baltischen Staaten. Zu den zentralen Bedrohungen zählen Gewalt durch die extreme Rechte, repressive Gesetze und gezielte Desinformation, die häufig von Russland befeuert wird, um Anti-Gender-Bewegungen zu stärken. (2) Gleichzeitig zeigen queere Communities Resilienz durch kreative Pride-Strategien, gegenseitige Unterstützungsnetzwerke und internationale Solidarität. Diese Erfahrungen bieten konkrete Lehren für Deutschland, wo ähnliche Herausforderungen zunehmen und proaktive Maßnahmen zur Prävention und zum Schutz immer notwendiger werden. Ihre erfahrungsbasierten Einblicke liefern Best Practices, Inspiration und neue Perspektiven zur Stärkung des Aktivismus.

Gewalt und Einschüchterung durch die extreme Rechte haben zugenommen. In Georgien standen rechtsextreme Gruppen hinter dutzenden dokumentierten Angriffen auf queere Personen in den Jahren 2024–2025. (3) In der Ukraine stellt zwar Russland die Hauptbedrohung dar, jedoch wurden im Jahr 2024 rund 75 Fälle von Hassverbrechen gegen LSBTIQ*-Personen gemeldet, viele davon im Zusammenhang mit rechtsextremer Aktivität während des Krieges. (4) In Belarus und Russland werden queere Organisationen als „extremistisch“ gebrandmarkt und Hunderte Verwaltungs- oder Strafverfahren wurden gegen Aktivist*innen eröffnet. (5) Desinformation über Telegram-Kanäle, staatlich kontrollierte TV-Sender und religiöse Institutionen verbreitet Narrative über „ausländischen Einfluss“ und „Kinderschutz“. Russland exportiert dieses Vorgehensmuster und unterstützt Anti-Gender-Koalitionen in Ländern wie Georgien und Belarus. (6) Entsprechend dieser Trends zeigt ILGA-Europe's Rainbow Map 2025 deutliche Einbrüche bei rechtlicher und politischer Gleichstellung in Georgien, Russland und Belarus. (7)

In der baltischen Region verstärken Russlands Nähe und mediale Einflussnahme die Bedrohungen. Russischsprachige Medien bezeichnen baltische Pride-Märsche als „NATO-Propaganda“, was Angriffe und hybride Bedrohungen wie Cyber-Angriffe rund um die Baltic Pride 2025 in Vilnius anheizt. Die Rainbow Map Scores zeichnen ein gemischtes Bild: Estland machte Fortschritte durch die Legalisierung der Ehe für alle im Jahr 2024, während Lettland und Litauen unter starkem konservativem — oft von Russland unterstütztem — Widerstand zurückbleiben. In Lettland tauchten 2025 erneut Bestrebungen auf, „LGBT Propaganda“-Verbote nach dem Modell des russischen Gesetzes von 2013 wieder einzuführen, wodurch die rotierende Baltic Pride direkt bedroht ist.

Trotz dieser Herausforderungen bleiben queere Communities resilient. In der Ukraine organisierten Aktivist*innen 2025 während des Krieges eine Charity Pride mit etwa 1.500 Teilnehmer*innen und sammelten Mittel für Drohnen, trotz Gegenprotesten. In Moldau und Georgien arbeiten Organisationen über verschlüsselte Kommunikationskanäle und veranstalten kleinere, geschlossene Events, um sicher zu bleiben. In Belarus bieten Untergrundnetzwerke psychosoziale Unterstützung und helfen gefährdeten Personen bei der Evakuierung. Initiativen wie Georgiens „mikro-Marsch“, 2023, der ohne Zwischenfälle stattfand, zeigen, wie Communities sich anpassen und Widerstand leisten. Auch die öffentliche Einstellung verändert sich: In der Ukraine befürworten inzwischen etwa 70 % der Menschen gleiche Rechte für LSBTIQ*-Bürger*innen, ein deutlicher Anstieg, der mit dem Kontrast zur russischen Repression und den Beiträgen queerer Ukrainer*innen zur Verteidigungs- und humanitären Arbeit zusammenhängt. In den baltischen Staaten zog die Baltic Pride 2025 in Vilnius über 20.000 Teilnehmer*innen unter starker Sicherheitspräsenz an und wurde zu einem Symbol regionaler Einheit gegen externe Bedrohungen. (8)

Deutschland ist von diesen Dynamiken nicht ausgenommen. 2023 wurden bundesweit 1.785 queerfeindliche Hassverbrechen registriert. Rechtsextreme Parteien und Jugendgruppen stehen im Zentrum dieser Feindseligkeit. Die Marzahn-Pride 2025 in Berlin, die unter Polizeischutz durchgeführt wurde und auf eine angemeldete rechtsextreme Gegenkundgebung traf, spiegelte

Muster wider, die in Osteuropa und den baltischen Staaten beobachtet werden. (9) Die Erfahrungen aus Georgien, der Moldau, der Ukraine, den baltischen Staaten und Belarus bieten praxisnahe Taktiken zur Resilienz. Dazu zählen sichere Teilnehmer*innenregistrierung, sichere Versammlungsbereiche, Maßnahmen gegen Desinformation sowie der Aufbau internationaler Kooperationen. Diese Strategien können Pride-Veranstaltungen und queere Communities stärken, während anti-gender Narrative weiter zunehmen.

Methodik

Angriffe auf Menschenrechte und auf die sogenannte „Gender-Ideologie“, treten nicht isoliert auf. Ähnliche Argumente, Gesetze und Kampagnen tauchen an sehr unterschiedlichen Orten auf und folgen erkennbaren Phasen. Dazu zählen mediale Panik und Druck auf den öffentlichen Raum, rechtliche Einschränkungen sowie in einigen Fällen offene Repression.

Die in dieser Veröffentlichung ausgewählten Länder sollen diese Phasen nebeneinander sichtbar machen. Einige von ihnen sind Demokratien mit funktionierenden Institutionen, in denen Rechte formal existieren, aber ständig von rechtsextremen Akteur*innen, konservativen Kirchen und organisierten Anti-Gender-Kampagnen herausgefordert werden. Andere bewegen sich in Richtung stärker kontrollierter Systeme, in denen Gesetze über „ausländische Agenten“, Versammlungsbeschränkungen und gezielte Angriffe auf LSBTIQ*-Organisationen Teil des politischen Instrumentariums werden. Ein Kontext ist von einem vollumfänglichen Krieg geprägt, in dem Fragen von Gleichberechtigung, Sicherheit und grundlegendem Überleben eng miteinander verbunden sind. Ein anderer stellt ein konsolidiertes autoritäres Regime dar, in dem unabhängige Organisationen aufgelöst werden und viele Aktivist*innen ihre Arbeit aus dem Exil fortsetzen. Deutschland bleibt nicht außerhalb dieser Dynamiken: Starke rechtliche Schutzmechanismen und große Pride-Veranstaltungen existieren neben wachsender Mobilisierung der rechtsextremen Szene und einem deutlichen Anstieg queerfeindlicher Vorfälle.

Durch die Gegenüberstellung dieser unterschiedlichen Situationen wollten wir zeigen, dass es sich nicht um getrennte nationale Geschichten handelt, sondern um verschiedene Punkte auf derselben Kurve. Communities arbeiten unter sehr unterschiedlichen Zwängen, sehen sich jedoch ähnlichen Narrativen und Taktiken gegenüber — und ihre Erfahrungen sind für queere Bewegungen in Deutschland und international relevant.

Es wurden mehrere qualitative Methoden eingesetzt, um diese Erfahrungen zu erfassen. Einige Teilnehmer*innen wurden in ausführlichen Online-Interviews per Videoanruf befragt; diese Interviews wurden transkribiert und in Textform überführt. Andere Teilnehmer*innen bevorzugten es, ihre Beiträge selbst zu schreiben. Entwürfe wurden zur Klarheit und Struktur überarbeitet; die Teilnehmer*innen hatten die Möglichkeit, alle Details vor der Veröffentlichung zu prüfen, zu korrigieren oder zu entfernen. Parallel dazu wurde Sekundärforschung durchgeführt, die rechtliche Änderungen, Gerichtsverfahren, Angriffe auf Pride-Veranstaltungen und Desinformationskampagnen in Zentral- und Osteuropa sowie im Kaukasus analysierte.

Das Material in dieser Veröffentlichung ist nicht statistisch repräsentativ und beansprucht nicht, für alle queeren Menschen und Aktivist*innen in diesen Ländern zu sprechen. Wir konzentrierten uns auf Situationen, in denen der Druck hoch war und Communities schnell auf neue Bedrohungen reagieren mussten. Das Hauptziel war es, Muster und praktische Lehren zu identifizieren: Was hat geholfen, was ist gescheitert und was können andere realistisch in ihrer eigenen Arbeit übernehmen.

Der Bericht ist in zwei Hauptteile gegliedert. Im ersten Teil präsentieren wir eine länderübergreifende Analyse, wie anti-Rechts-Agenden entstehen, welche Instrumente gegen LSBTIQ*-Communities und deren Verbündete eingesetzt werden und welche Formen des Widerstands sich in unterschiedlichen politischen Kontexten wiederholen. Im zweiten Teil fassen wir Länderberichte und Fallstudien auf Grundlage eines gemeinsamen Rahmens zusammen. Jedes Kapitel skizziert kurz die Geschichte der queeren Organisation und der Pride-Bewegung in diesem Kontext, das aktuelle rechtliche und politische Umfeld, die wichtigsten Risiken sowie die praktischen Reaktionen der Menschen. Zusammengenommen sollen diese Texte den Leser*innen helfen zu erkennen, wie Situationen in verschiedenen Ländern miteinander verbunden sind und dieses Wissen für Planung und Handeln im eigenen Kontext nutzbar zu machen.

Länderberichte

Belarus



Geschichte des Queer-Aktivismus und der Pride-Bewegung in Belarus

Die Geschichte der LSBTIQ* Bewegung in Belarus spiegelt die politischen Veränderungen des Landes wider. Beginnend in den 1990er-Jahren unter dem vorsichtig gewählten thematischen Kontext der öffentlichen Gesundheit entwickelte sie sich allmählich zu einem Kampf um Würde, Sichtbarkeit und das Recht, offen leben zu können. Der Weg führt von improvisierten Safe Spaces und provisorischen kulturellen Formaten hin zu Menschenrechtsarbeit, kreativem Protest und, heute, einer Überlebensstrategie aus Exil, Fürsorge und der Arbeit im Untergrund.

Die erste Phase begann 1992 mit „STOP-SPID Belarus“, und dem Magazin „Sex-AntiSPID-Plus“, die frühe Safe Spaces für schwule und bisexuelle Männer schufen und dabei im Rahmen der gesellschaftlich akzeptierten HIV-Prävention agierten. Im selben Jahr führte das Magazin „Vstrecha“, die Rubrik „The Blue Lounge“, ein — ein kleiner, aber unverkennbarer Zugang zur Community: Kontaktanzeigen, Geschichten und der Hinweis darauf, dass eine queere soziale Welt existierte, auch wenn sie sich nur leise äußern durfte. 1994 wurde Homosexualität entkriminalisiert — ein Meilenstein, der vorsichtigen Community-Aufbau und das Entstehen von Orten ermöglichte, an denen Menschen erfuhren, dass sie nicht allein waren. In Minsk gab es 1996

den «Vstrecha», einen schwulen Club, der mehr als ein Veranstaltungsort war; er entwickelte sich schnell zu einem sozialen Zentrum und zu einem sichtbaren Zeichen einer bestehenden queeren Community.

In der zweiten Phase (Ende der 1990er- bis Anfang der 2000er-Jahre) wurde mit Sichtbarkeit und öffentlicher Nennung experimentiert. 1998 gründete Edward Tarletski die belarusische League for Sexual Minorities „Lambda,.. Obwohl sie nie registriert wurde, entwickelte sie sich zu einem zentralen Bezugspunkt. Im September 1999 fand in Minsk das erste belarusische Pride-Festival statt, das bis 2002 jährlich durchgeführt wurde. 2001 marschierte die „Parade of Love,, (Parade der Liebe) mit mehreren hundert Teilnehmer*innen durch das Zentrum von Minsk — der erste Pride-Marsch in der Geschichte des Landes. Die lesbische Selbstorganisation nahm mit „Yana,, (registriert 2002) Gestalt an. Magazine wie «Forum Lambda» und «Taboo» versuchten, queere Themen in breitere Debatten über Demokratie und Menschenrechten einzubringen, doch Mitte 2000er-Jahre hatten Zensur und moralischer Konservatismus diese Initiativen in den Untergrund gedrängt.

In der dritten Phase verlagerte sich die Aufmerksamkeit auf Menschenrechte und Protest. Die Initiative «Gay Belarus» (2007) dokumentierte Diskriminierung, bezog internationale Institutionen ein und organisierte Aktionen wie «Slavic Gay Pride» (2010), die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde. Kreative Taktiken wurden auch 2011—2012 fortgesetzt, darunter eine „Pride Tram“, die symbolisch durch Minsk fuhr. 2015 benannte sich die Gruppe in «Identity» (Identychnasc) um, bevor sie unter Druck schließen musste. Was blieb, war ein Repertoire an Mut und eine Erinnerung an Methoden: Dokumentation, Koalitionsbildung, symbolische Präsenz im öffentlichen Raum und das Beharren auf Würde, selbst wenn Sichtbarkeit hohe Risiken mit sich brachte.

Zwischen 2014 und 2020 fand ein bedeutender kultureller und bildungspolitischer Wandel statt. «MAKEOUT» wurde 2014 als Online-Plattform zu den Themen Gender, Sexualität und Gleichberechtigung ins Leben gerufen. Das «DOTYK» Queer Film Festival (seit 2015) wurde zur ersten und einzigen jährlichen queeren Kulturveranstaltung, die ein

Publikum aufbaute und eine gemeinsame Sprache entwickelte. Nach dem homofeindlichen Angriff und dem Tod von Misha Pischcheuski (2014–2015) stellte die Kampagne „The Pi Case„ Hasskriminalität und Strafflosigkeit öffentlich infrage. «Identity and Law» (2016) und das «Community Centre» (2017) boten queeren Menschen und ihren Familien psychologische und rechtliche Unterstützung. Öffentliche Aktionen, darunter die Kampagne „Together We Are Stronger Than Fear„, versuchten trotz Überwachung, Raum zurückzugewinnen und queeres Leben als integralen Bestandteil der Gesellschaft des Landes einzubeziehen.

Im Jahr 2018 richtete die Bewegung ihre Bemühungen auf die Entwicklung von Führungspersonlichkeiten außerhalb von Minsk. Die Gruppe „MAKEOUT„ startete „Outloud„, ein einjähriges Programm, das darauf abzielte, queere Selbstorganisation zu dezentralisieren und zu diversifizieren, indem lokale Führungspersonlichkeiten gefördert und der regionale Aktivismus unterstützt wurden. Das Programm stärkte zudem die Vernetzung zwischen queeren und feministischen Initiativen. Durch „Outloud„ entstanden mehrere neue Projekte: «New Regions» (das später zu „Prismatica„ wurde) begann als regional organisierte queer-feministische Organisation, während „Closet Free„ in Witebsk und „Inter„ in Grodno sowie das „Exhale queer festival„ gegründet wurden. 2019 entstand mit „TG House„ die erste transgeführte Organisation in Belarus. Diese kollektiven Entwicklungen verlagerten den Aktivismus über Minsk hinaus und brachten die Trans*-Advocacy sichtbar auf die Agenda.

Der Wahlbetrug von 2020 veränderte die Lage vollständig. Queere Aktivist*innen schlossen sich den Massenprotesten an und bildeten als Teil der breiteren demokratischen Bewegung eine sichtbare Kolonne unter der Regenbogenflagge. Die darauf folgende Repression führte zu Verhaftungen, Folter, erzwungener Auswanderung sowie zur Schließung oder Aussetzung zentraler Projekte. Bis 2021 hatten „MAKEOUT„, „Community Centre„, „Inter„ und „Closet Free„ geschlossen. Heute existiert die belarusische LSBTIQ* Bewegung in einem paradoxen Zustand — zu Hause zum Schweigen gebracht, international jedoch sichtbarer als je zuvor. Aktivismus begann, über Exil und versteckte Kanäle zu operieren, wobei die Dokumentation von

Repression, Notfallhilfenetzwerke und grenzüberschreitender Advocacy zu zentralen Elementen ihrer Arbeit wurde.

Vor August 2020 unterhielt die Bewegung einen fragilen Raum für kulturelle und bildungsbezogene Arbeit. „DOTYK„ und kleine öffentliche Formate waren möglich, sofern sie direkte Kritik am Staat vermieden. Nach den Wahlen änderte sich die Situation dramatisch: Die repressive Maschinerie wurde ausgeweitet, um jeglichen zivilgesellschaftlichen Aktivismus, einschließlich LSBTIQ* Initiativen, ins Visier zu nehmen. Aktivist*innen wurden festgenommen, geschlagen, gefoltert und gezwungen, sich zu outen, Büros wurden durchsucht und unabhängige Medien, die über queere Themen berichteten, geschlossen. Was zuvor eine vorsichtige öffentliche Präsenz gewesen war, verwandelte sich in einen Zustand des Überlebens und Exils.

Der Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 verschärfte ein ohnehin feindliches Klima. Die Ausrichtung des Regimes auf Moskau intensivierte den Abbau bürgerlicher Freiheiten. Außerdem verstärkte sie die Rhetorik des Kulturkriegs, die queere Identitäten als fremd und moralisch gefährlich darstellte. Im Inland verschärfte sich die Unterdrückung. Im Ausland weiteten sich Exilnetzwerke und transnationale Solidarität aus und schufen lebenswichtige Strukturen für Dokumentation, Notfallhilfe und Interessenvertretung.

Rechtliche Situation von LSBTIQ* in Belarus

Seit 2020 werden Gesetze und Richtlinien neu gestaltet, um Queerfeindlichkeit zu institutionalisieren und Sichtbarkeit einzuschränken. Im Jahr 2022 definiert die Verfassungsänderung die Ehe ausschließlich als Verbindung zwischen Mann und Frau und schließt gleichgeschlechtliche Paare von jeglicher Form der Anerkennung aus. Artikel 343 des Strafgesetzbuches und Dekret Nr. 18 wurden 2024 erweitert, um die Definition von „Pornografie„ auf „jede Darstellung nicht-traditioneller sexueller Beziehungen oder Verhaltensweisen„ auszudehnen, wodurch Homosexualität, Bisexualität,

Polyamorie und Transidentität unabhängig von Nacktheit oder erotischem Inhalt mit Pädophilie und Zoophilie gleichgesetzt werden. 2025 führte eine Änderung des Gesetzes über die Rechte des Kindes die Vorstellung von „Propaganda homosexueller Beziehungen, Geschlechtsumwandlung, Pädophilie und Kinderlosigkeit,“ als schädlich für Kinder ein. Ein Entwurf des Verwaltungsgesetzbuchs (2025) schlägt Artikel 19.16 vor, der administrative Haftung für die Verbreitung von Informationen vorsieht, die die „Attraktivität,“ homosexueller Beziehungen, Geschlechtsumwandlung oder Kinderlosigkeit fördern — mit Sanktionen, die der „Anerkennung von Pädophilie als zulässig,“ gleichgesetzt werden. Es gibt kein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz, und SOGI (sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität) ist kein geschütztes Merkmal.

Die Einschränkungen beim rechtlichen Geschlechtseintrag (LGR) und bei geschlechtsangleichender Gesundheitsversorgung (GAH) wurden verschärft. Betroffene müssen über 18 Jahre alt sein, sich einer langen Beobachtungsphase unterziehen und eine einzige staatliche Kommission durchlaufen, ohne Möglichkeit des Einspruchs. Seit 2023 wurde geschätzten 70—80 % der Antragsteller*innen der Zugang zu transitionsbezogener Versorgung oder die Anerkennung des rechtlichen Geschlechts verweigert, verglichen mit 0—20 % vor 2020. Das Ergebnis ist eine administrative Sackgasse, die den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Arbeit, Bildung und persönlicher Sicherheit untergräbt.

Gesetze, die auf NGOs abzielen, haben den rechtlichen Spielraum für die Zivilgesellschaft praktisch vollständig beseitigt. Seit 2022 wurden alle unabhängigen LSBTIQ* Organisationen liquidiert. 2024 wurde die transgeführte Organisation „TG House,“ als „extremistisch,“ eingestuft, und 2025 erhielt das queere Medium „DasHip,“ denselben Status. Repressive Vorschriften zu „ausländischer unentgeltlicher Hilfe,“ und zu Interaktionen mit Geldgebern haben Finanzen und Kommunikation stark beeinträchtigt: Konten von Geldgebern wurden gehackt, Berichte eingesehen und Listen von Zuschussempfänger*innen offengelegt, was persönliche Risiken schafft und ein Klima der Angst um Zusammenarbeit erzeugt. Der Partnerschaftsstatus ist durch die verfassungsmäßige Definition der Ehe festgelegt: Es gibt keine

Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen, eingetragener Partnerschaften oder anderer Lebensgemeinschaften, auch nicht im Ausland geschlossener. Für LSBTIQ* Veranstaltungen gibt es keine spezifischen Polizeiprotokolle; in der Praxis stützen sich die Behörden auf willkürliche Durchsetzung, Überwachung, Razzien, präventive Vorladungen und erzwungene Kooperation. Das breitere politische Klima ist von autoritärer Konsolidierung geprägt, die sich an russischen repressiven Modellen orientiert, während staatliche Medien queere Identitäten als fremd, unmoralisch oder gefährlich darstellen.

Aktuelle Risiken, Bedrohungen und wichtige Vorfälle, die LSBTIQ* Gemeinschaften betreffen

Belarus kombiniert nun rechtliche Repressionen mit willkürlicher Polizeigewalt. Betroffene sehen sich Strafverfahren aufgrund der ausgeweiteten „Pornografie“-Gesetze sowie Verwaltungssanktionen wegen angeblicher „Propaganda“, gegenüber. Willkürliche Festnahmen, Folter und erzwungenes Outing sind weit verbreitet. Menschen werden unter Druck gesetzt, mit den Sicherheitsdiensten zu kooperieren, und ihnen wird Gesundheitsversorgung sowie rechtliche Anerkennung verweigert. Sie werden auf propagandistischen Telegram-Kanälen bloßgestellt, indem Namen, Bilder und persönliche Daten veröffentlicht werden. Der KGB, die Polizei und das GUBOP stehen im Zentrum dieses Systems. Pro-regierungsnahe „Aktivist*innen“, religiöse Akteure, Staatsmedien und russlandnahe Stellvertreter*innen verstärken dies und liefern das ideologische Drehbuch. Gemeinsam schaffen diese Akteure ein vielschichtiges Regime des rechtlichen, sozialen und medialen Zwangs.

Aktuelle Fälle zeigen, wie diese Instrumente eingesetzt werden. Mindestens drei trans* Personen wurden unter dem Vorwurf festgenommen, „pornografisches Material zu verbreiten“, wobei persönliche Fotos ohne

Nacktdarstellungen zu Pornografie umklassifiziert wurden — was zeigt, wie die Identität selbst als Beweismittel behandelt werden kann.

Der Fall des Bloggers und ehemaligen politischen Gefangenen Vadim Jermaschuk verdeutlicht das Zusammenspiel von Privatsphäre, Politik und Homofeindlichkeit: Er wurde zu Hause heimlich mit seinem Partner gefilmt, aus politischen Gründen inhaftiert, öffentlich geoutet und in der Haft über längere Zeit physisch wie psychisch unter Druck gesetzt — einschließlich Drohungen, Einschüchterung und erzwungener Geständnisse. Im Jahr 2024 mussten über zwanzig Personen, die mit queeren Initiativen in Verbindung standen, zur Flucht gezwungen, nachdem sie wegen kleiner Community-Veranstaltungen wie Filmklubs oder Workshops bedroht worden waren. Die Ablehnungsquote für rechtliche Geschlechtsanerkennung und geschlechtsangleichende Gesundheitsversorgung ist seit 2023 auf geschätzte 70–80 % gestiegen, sodass viele Trans*-Personen keine sicheren Optionen mehr zur Verfügung haben.

Regionale Unterschiede bleiben bestehen: Minsk bleibt der traditionelle Mittelpunkt, der etwas mehr Anonymität und Infrastruktur bietet. In den Regionen erlaubt eine enge „Grauzone“, Mikro-Initiativen, unter dem Radar zu agieren; sie stützen sich auf geringe Sichtbarkeit und Vertrauensnetzwerke, sind jedoch durch Überwachung, Spitzel und gesellschaftlichen Konservatismus stark eingeschränkt. Es gibt keine effektiven Beteiligungskanäle zu lokalen Verwaltungen und keine funktionierende Menschenrechtsbeauftragte. Öffentliche Versammlungen sind selten sicher oder realisierbar; Aktivist*innen stehen vor Einschüchterung, Burnout und Exil.

Desinformation folgt bekannten Mustern: „Schutz von Kindern/Moral“, eine „westliche Verschwörung“, und die Darstellung queerer Sichtbarkeit als Gefahr für die Öffentlichkeit. Das Staatsfernsehen bleibt das einflussreichste Medium, während pro-kremliche Medien und propagandistische Telegram-Kanäle die Narrative verstärken und Personen bloßstellen, die diesen widersprechen. Die Koordination mit russischen Ressourcen zeigt sich als Transfer von Modellen und Agenda-Abstimmung — dieselben „Gay-Propaganda“-Skripte und Moralpanik-Taktiken werden an den belarusischen

Kontext angepasst.

Strategien für Prävention, Schutz und Resilienz

Vor 2020 zeigten sich Erfolge an sichtbaren Indikatoren: Vorführungen von «DOTYK», Empfänge, Konferenzen, Festivals und Community-Treffen, Kampagnen wie „Together We Are Stronger than Fear“, sowie eine langsame, aber reale Ausweitung der Medienberichterstattung. Nach 2020 bedeutete Erfolg, den Aktivismus gegen alle Widerstände fortzuführen — psychologische und rechtliche Unterstützung aufrechtzuerhalten, Verstöße für internationale Mechanismen zu dokumentieren, eine Führungspipeline am Leben zu halten und diasporische Unterstützungsstrukturen zu bewahren. Eine Lehre aus dem Wahlzyklus ist zweischneidig: Die Weigerung, sich auf inszenierte Debatten einzulassen, verringert kurzfristig Manipulationen, doch wenn Schweigen zur Überlebensstrategie wird, fällt es schwer, wieder zu sprechen. Ein Wiedereinstieg muss sorgfältig geplant werden.

Selbstschutz beruht inzwischen auf Anonymisierung und strikter Informationshygiene. „Die effektivste Selbstschutzpraxis bestand in der vollständigen Anonymisierung meiner Aktivistinnenarbeit.“, Veranstaltungen finden online oder im Ausland statt, die Social-Media-Kanäle von Organisationen sind geschlossen und privat, und jeder Follower*in wird überprüft. Vortragende und Teammitglieder werden anonymisiert, persönliche Daten werden nicht gespeichert und alle Informationen nach der Veranstaltung sofort gelöscht. Für Offline-Aktivitäten erhalten Teilnehmende Schulungen zur digitalen Sicherheit; Fotos und externe Weitergaben sind verboten, und Pseudonyme werden genutzt. Gruppenchats werden ganz vermieden, da allein die Mitgliedschaft das Risiko von Festnahmen birgt; wo Kommunikation notwendig ist, werden verschlüsselte Kanäle verwendet.

Die Auseinandersetzung mit Behörden ist an sich riskant. Falls Kontakt

unvermeidlich ist, sollte er mit vertrauenswürdigen Drittzeug*innen erfolgen, alles dokumentiert werden und auf einen unabhängigen Sicherheitsplan zurückgegriffen werden, der annimmt, dass kein Schutz vorhanden ist. Pläne sollten mit professioneller Sicherheitsberatung erstellt werden: Veranstaltungsorte und Wege sorgfältig wählen, Freiwillige und Ordner*innen schulen, Evakuierungspläne definieren und Alternativen vorbereiten, falls eine öffentliche Veranstaltung nicht stattfinden kann. Ziel ist es, Schaden zu minimieren, ohne das Prinzip aufzugeben, dass öffentlicher Raum auch queeren Menschen gehört.

Sicherheitsarbeit bei Veranstaltungen und in der Community folgt derselben Logik: Formate strikt nur auf Einladung mit manueller Überprüfung und Whitelists, Nutzung „sauberer“, Telefone, Minimierung von Daten, getrennte Ein- und Ausgänge, sowie strikte Foto-/Videoverbote. Dieses Modell eignet sich für ein kleines Land wie Belarus, wenn auch mit Einschränkungen hinsichtlich Skalierbarkeit und persönlicher Vernetzung.

Diaspora-Räume, darunter Trainings, Schutzaufenthalte, Retreats und kulturelle Veranstaltungen im Ausland, bieten Sicherheit und einen Ort zur Wiederverbindung. Geschlossene Chats wurden weitgehend aufgegeben; der Verlust an Bequemlichkeit ist ein akzeptabler Kompromiss für erhöhte Sicherheit. Kommunikation erfolgt nun über verschlüsselte Plattformen, sensible Informationen werden sofort gelöscht. Dokumentation wird für internationale Advocacy sowie mögliche Asylfälle oder Fälle zu humanitären Aufnahmen aufbewahrt.

Die Resilienz der Community zentriert sich auf Fürsorge: psychologische Unterstützung, Rechts-Hotlines und Mikrostipendien sind in einem feindlichen Umfeld die effektivsten Werkzeuge. Burnout ist stark — „wir arbeiten fast ohne Finanzierung (...) der Großteil unserer Arbeit erfolgt auf freiwilliger Basis,“ — daher helfen Gruppensitzungen mit Psycholog*innen, Kunsttherapie und informelle Treffen, Motivation aufrechtzuerhalten und Isolation zu reduzieren.

Anfragen an EU- und deutsche Partner*innen konzentrieren sich auf flexible Grundfinanzierung, vertraulichkeitsgeschützte Mittelvergabe, Notfallmaßnahmen sowie Programme zur Rehabilitation und Erholung.

Solidarität ist nicht nur ein Statement, sie besteht auch aus Ressourcen, die sich schnell anpassen lassen, ohne die Empfänger*innen zusätzlichen Risiken auszusetzen.

Die Kontrolle über Narrative bleibt entscheidend. Pride und Sichtbarkeit testen die Demokratie, können unter dem aktuellen Regime aber auch Fallen sein. Die Bewegung lässt Gegner nicht die Sprache bestimmen, sondern verankert Pride in den Konzepten Zugehörigkeit, Würde, soziale Gerechtigkeit und demokratische Werte. Dies bindet queeres Leben an den breiteren Kampf für Rechte, verhindert seine Darstellung als fremd oder marginal und prägt, was Verbündete sagen und tun können, wodurch zukünftige Möglichkeiten geschützt werden.

Wichtigste Schlussfolgerungen

Die LSBTIQ* Bewegung in Belarus wurde von einer fragilen öffentlichen Präsenz in ein Überleben im Untergrund und in der Diaspora gedrängt. Dieser Wandel ist nicht zufällig, sondern das Ergebnis eines rechtlichen und administrativen Maßnahmenpakets nach 2020, das den Spielraum Schritt für Schritt einschränkt: Verfassungsänderung, Ausweitung der Richtlinien zu „Pornografie“ und „Propaganda,, Einschränkungen beim rechtlichen Geschlechtseintrag und bei geschlechtsangleichender Gesundheitsversorgung, Liquidierung von NGOs und die routinemäßige Einstufung von Organisationen als „extremistisch,,. Zusammen institutionalisierten diese Maßnahmen Diskriminierung und legitimieren Feindseligkeit, während sie öffentlichen und privaten Akteurinnen signalisieren, dass Ausgrenzung staatlich sanktioniert ist. Repression ist keine Einzelmaßnahme, sondern ein vielschichtiges System: Sicherheitsdienste, Staatsmedien, regierungsnahe Gruppen, religiöse Akteur*innen und russlandnahe Strukturen agieren gemeinsam, richten sich sowohl gegen Organisationen als auch Individuen und es wird zu oft die Identität selbst als Grundlage für Verfolgung behandelt.

Unter diesen Bedingungen bleibt der Aktivismus bestehen, indem er weniger sichtbar und gleichzeitig schützender wird. Öffentliche Formate weichen Einladungs- oder grenzübergreifenden Veranstaltungen, Identitäten werden verschleiert, Daten minimiert oder gelöscht, Gruppen-Chats zugunsten von Verschlüsselung aufgegeben, und die Teilnehmenden lernen, Überwachung als Standard anzunehmen. Diese Überlebensstrategie bedeutet keinen Rückzug von Prinzipien, sondern spiegelt eine disziplinierte Risikobewertung wider, die Menschen, Fähigkeiten und Netzwerke für die Zukunft bewahrt und gleichzeitig grundlegende Dienste und Unterstützung in der Gegenwart aufrechterhält.

Was als Erfolg zählt, hat sich daher verändert. Statt großer Festivals oder Demonstrationen wird Erfolg an der Kontinuität von Fürsorge, dem Angebot psychologischer Hilfs- und Rechts-Hotlines sowie an der Dokumentation von Verstößen gemessen, die für internationale Advocacy, Schutz, Asyl und Umsiedlung genutzt werden kann. Erfolg zeigt sich in sicheren Mikroveranstaltungen, die Gemeinschaft aufrechterhalten, ohne große Angriffsflächen zu schaffen, und in der praktischen Fähigkeit, gefährdete Personen zu evakuieren. Dies sind stille Indikatoren, doch in einem geschlossenen Umfeld sind sie entscheidend: Sie halten Menschen am Leben, verbinden sie miteinander und ermöglichen es ihnen, sich für morgen zu organisieren.

Die diasporische Dimension der Bewegung steht nun im Vordergrund. Im Ausland geleistete Arbeit — darunter Trainings, Aufenthalte, Kulturprogramme und Koordinationszentren — schafft einen sicheren Rahmen für die Entwicklung von Führungspersönlichkeiten und kollektive Erholung. Sie erhält zudem Kanäle für schnelle Reaktionen, wenn sich Bedrohungen im Heimatland verschärfen.

Internationale Solidarität ist zu einer strukturellen Überlebensbedingung geworden. Entscheidend ist nicht episodische Aufmerksamkeit, sondern flexible Grundfinanzierung, Mechanismen zum Schutz der Vertraulichkeit und strukturierte Erholung erschöpfter Teams. Wenn Ressourcen sich an schnell wechselnde Risiken anpassen können und Empfänger*innen keinen

international aber sichtbarer denn je.,, Dieses Paradoxon spiegelt sowohl den verursachten Schaden als auch die fortbestehende Resilienz wider. Selbst unter extremer Repression halten Netzwerke von Fürsorge, Dokumentation und Kultur eine einfache Wahrheit aufrecht: Das Recht, gemeinsam zu existieren, kann verteidigt werden, und das heute bewahrte Wissen, die Beziehungen und die Würde bilden die Grundlage, auf der zukünftiges öffentliches Leben wieder aufgebaut werden wird.



von **Alina P.,**

*„Prismatica” - Intersektionale queer-feministische
Organisation aus Belarus*

Estland



Kontext und Geschichte der Pride-Bewegung in Estland

Estland wiedererlangte 1991 seine Unabhängigkeit und ließ damit die sowjetische Kriminalisierung von Homosexualität hinter sich, die jegliche Form queerer Organisation verhindert hatte. Die stille Streichung von Homosexualität aus dem Strafgesetzbuch im Jahr 1994, ein eher pragmatischer als politischer Schritt, machte es möglich, dass sich die queere Gemeinschaft Estlands langsam herausbilden konnte.

Der erste öffentliche Meilenstein für Sichtbarkeit kam ein Jahrzehnt später. 2004 fand in Tallinn die erste Pride-Parade im Baltikum statt. Rund 200 Menschen gingen durch das Stadtzentrum. Es war eine kleine Zahl, aber ein mutiger Schritt in einer Gesellschaft, die noch stark von postsowjetischer Stigmatisierung und Schweigen geprägt war. Von diesem Zeitpunkt an wurde der rotierende Baltic Pride zwischen Tallinn, Riga und Vilnius zum zentralen Format: Jedes dritte Jahr richtete Estland eine größere regionale Veranstaltung aus, die Aktivist*innen, Diplomaten*innen und internationale Medien anzog.

2006 wurde dieser fragile Raum auf die Probe gestellt. Die Pride-Parade in Tallinn sah sich gewalttätigen Angriffen durch rechtsextreme Gegendemonstranten ausgesetzt. Eier, Flaschen und Steine wurden auf die Teilnehmenden geworfen; einige wurden verletzt und die Polizei hatte

Mühe, die Ordnung zu halten. Der Schock war groß genug, dass die Organisator*innen beschlossen, für einige Zeit keine Straßenmärsche mehr durchzuführen. Von 2007 bis 2016 verlagerte sich Pride in Innenräume. Statt eines Marsches gab es eine Woche voller Veranstaltungen, darunter Filmvorführungen, Diskussionen, Ausstellungen, Konzerte und Partys.

Ein Wendepunkt kam 2017. Die öffentliche Haltung hatte sich verbessert, die Zusammenarbeit mit der Polizei war stabiler geworden und die Organisator*innen entschieden sich für eine Rückkehr auf die Straßen. Rund 3.000 Menschen marschierten in Tallinn. Für ein Land mit 1,3 Millionen Einwohner*innen war dies bemerkenswert. Die Veranstaltung verlief friedlich und fröhlich und fühlte sich für viele wie der Beweis an, dass sich Estland seit 2006 tatsächlich verändert hatte. Der Marsch zeigte außerdem, dass eine neue Generation weniger Angst davor hatte, als Teil der queeren Gemeinschaft gesehen zu werden.

Die COVID-19-Pandemie unterbrach diesen Verlauf. 2020 fand aufgrund der Gesundheitsmaßnahmen kein Marsch statt. Doch die Dynamik ging nicht verloren. 2023 kehrte Baltic Pride nach Tallinn zurück und wurde zur größten LSBTIQ* Demonstration in der estnischen Geschichte. Mehr als 9.000 Menschen marschierten im Stadtzentrum. Die außergewöhnliche Beteiligung hing direkt mit den parlamentarischen Debatten über die Ehe für alle zusammen, die zeitgleich stattfanden. Tausende heterosexuelle Verbündete schlossen sich an, um ein sichtbares Signal an die Gesetzgeber zu senden, dass Estland bereit sei, die gleichgeschlechtliche Ehe anzuerkennen. Das Gesetz wurde 2023 verabschiedet und trat am 1. Januar 2024 in Kraft.

2024 zog die Pride nach Tartu, das in diesem Jahr den Titel „Europäische Kulturhauptstadt,“ trug. Die Stadt nahm Pride in ihr offizielles Programm auf, was ein wichtiges symbolisches Zeichen war und queere Sichtbarkeit in die Mainstream-Kulturpolitik brachte, statt an deren Rand. Rund 1.500–2.000 Menschen nahmen am Marsch teil. Die Atmosphäre war ruhiger und familienfreundlicher als in Tallinn und zeigte, dass Pride sich an lokale Kontexte anpassen kann, ohne seine Kernbotschaft zu verlieren.

Das darauffolgende Jahr markierte den Beginn eines neuen Musters. 2025 wurde in Tallinn ein lokales Pride-Event durchgeführt, obwohl Baltic Pride in diesem Jahr in Vilnius stattfand. Die Organisator*innen hielten das Event bewusst kleiner, mit etwa 1.500 Teilnehmenden und einem kürzeren Programm. Die Idee war, eine gemeinschaftsorientierte Pride zu schaffen, die vor allem den Menschen vor Ort gehört, während die größere regionale Mobilisierung für Baltic Pride 2026 in Tallinn vorbereitet wird. Damit wurde Pride von einem Ereignis im Dreijahresrhythmus zu einem regelmäßigeren Bestandteil des estnischen Veranstaltungskalenders.

In diesen zwei Jahrzehnten war Pride in Estland nie nur ein einziger Tag. Meist erstreckte sich Pride über eine Woche — manchmal zehn Tage — und bot eine breite Palette an Formaten: Filmfestivals, akademische Konferenzen, Lesungen, Drag-Shows, Kinderworkshops mit Regenbogenfamilien, Sportveranstaltungen, Gottesdienste, Ausstellungen sowie Clubnächte. Dieses breite kulturelle Programm war entscheidend, um Menschen zu erreichen, die niemals an einer politischen Demonstration teilnehmen würden, aber bereit sind, ins Kino, zu einem Konzert oder in eine Diskussion zu gehen. Es half auch, verschiedene Teile der Gemeinschaft zu verbinden und langfristige Beziehungen zu Verbündeten aufzubauen.

Unterstützer*innen und Partner*innen haben sich im Laufe der Jahre verändert. In den Anfangsjahren kam die sichtbarste Unterstützung von ausländischen Botschaften, unter anderem den Niederlanden, den nordischen Ländern, dem Vereinigten Königreich sowie später Deutschland und den USA. Ihre Flaggen im Marsch und ihre finanziellen Beiträge waren ein klares Signal an die Gemeinschaft und die Behörden, dass Estland nicht isoliert war. In den letzten Jahren sind große Banken wie Nordea, Wise und Swedbank zu regelmäßigen Sponsoren geworden. Für die meisten Unternehmen gilt eine offene Unterstützung für Pride jedoch weiterhin als zu heikel. Es gibt keine strukturelle staatliche Finanzierung für LSBTIQ* Organisationen, daher basiert fast die gesamte Arbeit auf kurzfristigen Projektgeldern und gelegentlichen Spenden.

Die Zusammenarbeit mit Kommunen spiegelt diese Mischung aus Fortschritt und Vorsicht wider. Die Stadt Tallinn übernimmt zuverlässig technische Aspekte wie Straßensperren, Reinigung oder Stromversorgung für Bühnen. 2025 war der Ton spürbar freundlicher als zuvor. Gleichzeitig hat die Stadt alle Vorschläge für symbolische Gesten — Regenbogenflaggen an öffentlichen Gebäuden, bemalte Zebrastreifen — abgelehnt. Offizielle bestehen auf „Neutralität“, und vermeiden sichtbare Identifikation mit Pride. Diese Ambivalenz spiegelt die allgemeine Lage in Estland wider: Sichtbarkeit und Unterstützung für Pride und die LSBTIQ* Gemeinschaft nehmen Jahr für Jahr zu, während die Gruppen, die Pride ablehnen, klein bleiben, sich jedoch sprachlich und im Verhalten zunehmend radikalisieren.

Bedrohungen und Risiken für Pride und queere Gemeinschaften

Im Vergleich zu vielen anderen Ländern der Region ist Estland für LSBTIQ* Menschen noch immer ein relativ sicherer und liberaler Ort. Pride-Veranstaltungen fanden in den letzten Jahren ohne schwerwiegende Störungen statt und es gibt keine offiziellen Verbote für Märsche oder Festivals. Das Sicherheitsgefühl ist jedoch fragil. Die Organisator*innen verfolgen die Entwicklungen in den Nachbarländern genau und sind sich bewusst, wie schnell sich Situationen verschlechtern können.

Die sichtbarste Bedrohung geht von kleinen extrem rechten, offen homofeindlichen Gruppen aus. Diese sind zahlenmäßig begrenzt, haben sich jedoch im Ton radikalisiert. Sie übernehmen Symbole, Narrative und Taktiken aus europäischen rechtsextremen Netzwerken und Kulturkämpfen. Pride wird als Bedrohung für die nationale Kultur, die „traditionelle Familie“, und Kinder dargestellt. Diese Erzählungen stammen häufig aus den USA oder aus russlandnahen Medien und werden an den estnischen Kontext angepasst. Noch ist die Zahl der aktiven Gegner*innen auf der Straße gering; Gegendemonstrationen umfassen meist nur einige Dutzend Personen.

Sorgen bereitet jedoch der Trend: Die Sprache wird härter, die Bereitschaft zur Provokation größer.

Der rechtliche Schutz vor Hass ist schwach. Zwar enthält das Strafgesetzbuch Bestimmungen zur Anstiftung zu Hass, jedoch gibt es keine klare, konsistente Anwendungspraxis in LSBTIQ* Fällen. Es existieren keine spezifischen Mechanismen für Hasskriminalität oder Hassrede, die sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität explizit anerkennen. Dadurch werden viele Formen von Belästigung oder Gewalt entweder nicht gemeldet oder als gewöhnliche Delikte behandelt, ohne das Vorurteilmotiv anzuerkennen. Aktivist*innen betonen, dass dieses rechtliche Vakuum ein falsches Signal sendet. Sollte es einen schweren Angriff auf Pride oder sichtbar queere Menschen geben, ist keineswegs sicher, dass Polizei und Staatsanwaltschaft ein starkes Beispiel setzen würden. Diese Unsicherheit untergräbt Vertrauen und lässt Menschen sich verletztlich fühlen.

Die Finanzierung ist ein anhaltender Risikofaktor, auch wenn sie weniger Schlagzeilen erzeugt als Proteste oder Angriffe. Für eine öffentliche Veranstaltung braucht es Geld für Logistik, Sicherheit, Kommunikation und Personal. Jedes Jahr wird es schwieriger, ein Grundbudget zusammenzubekommen. Der Staat bietet keine stabile Basisförderung für LSBTIQ* Organisationen oder Pride-Events. Sponsoren sind schwerer zu finden. EU-Mittel sind stärker umkämpft, und globale Veränderungen in der Haltung zu „ESG-Branding“ wirken sich darauf aus, wie bereit Firmen sind, LSBTIQ* Anliegen sichtbar zu unterstützen. Wenn diese Trends anhalten, werden Umfang und Qualität der Pride-Wochen und der Gemeinschaftsaktivitäten schrumpfen und die Sichtbarkeit leise erodieren – nicht durch ein einzelnes dramatisches Verbot.

Konkrete Vorfälle veranschaulichen sowohl die Stärken als auch die Schwächen der aktuellen Situation. Während der Baltic Pride 2023 in Tallinn kam es mindestens zu einem schweren Angriff, als ein Teilnehmer von einem Gegendemonstranten geschlagen wurde. Der Täter wurde identifiziert und mit einer Geldstrafe belegt, was zeigte, dass das System reagieren kann. 2025, während der Tallinn Pride, wurde ein Verwaltungsverfahren eingeleitet,

nachdem ein Gegendemonstrant eine abgesperrte Zone betreten hatte und sich weigerte zu gehen. 2024, in Tartu, wurden während des offiziellen Programms keine Zwischenfälle registriert.

Ein beunruhigender Fall ereignete sich außerhalb des offiziellen Pride-Rahmens. 2023 wurde bei einem kleinen LSBT-freundlichen christlichen Treffen eine Person, die auftrat, mit einem Messer angegriffen. Der Täter wurde gestoppt, und die Polizei ergriff formelle Maßnahmen, doch aus Sicht der Aktivist*innen verschwand der Fall danach aus der Öffentlichkeit. Sie hatten das Gefühl, er sei „versteckt“, worden, und eine Chance, ein klares Signal gegen solche Gewalt zu senden, sei verpasst worden. Besonders enttäuschend war dies, da die Beziehungen zur Polizei rund um Pride-Events in den Vorjahren gut gewesen waren. Der Vorfall warf Fragen auf, wie konsequent anti-LSBTIQ*-Motive in politisch heiklen Fällen berücksichtigt werden.

Die Informationslandschaft fügt eine weitere Risikostufe hinzu. Rechtsextreme und prorussische Telegram-Kanäle sowie sogenannte alternative Nachrichtenseiten verbreiten regelmäßig Desinformation über Pride. In der Pride-Saison verbreiten sie Narrative wie: „LSBT-Propaganda“, werde Kindern aufgezwungen; ausländische Botschaften kauften Estlands Souveränität; queere Aktivist*innen seien Teil eines ausländischen Projekts zur Zerstörung lokaler Kultur. Diese Botschaften zirkulieren vor allem in algorithmischen Blasen. Für Menschen innerhalb dieser Blasen sind sie das dominante Bild von Pride. Die Berichterstattung der Massenmedien ist überwiegend neutral oder positiv, kann die Wirkung gezielter Online-Kampagnen jedoch nicht vollständig ausgleichen.

Auch der regionale Kontext spielt eine Rolle. Entwicklungen in Lettland und Litauen spiegeln sich schnell in estnischen Debatten wider. Ein jüngeres Beispiel ist der Versuch des lettischen Parlaments, aus der Istanbul-Konvention auszutreten. Rechte Akteure in Estland griffen dies sofort auf und versuchten, eine ähnliche Diskussion anzustoßen. Es gibt keine direkten rechtlichen Verbindungen zwischen Baltic Pride und diesen breiteren Menschenrechtstrends, aber das politische Klima in einem baltischen Land

kann Hardliner in den anderen ermutigen.

All diese Faktoren beeinflussen, wie sicher sich Menschen fühlen und wie viel Kapazität Organisator*innen haben. Begrenzte Finanzierung erzwingt kleinere Veranstaltungen und weniger Sicherheitsmaßnahmen. Rechtliche Lücken entmutigen Meldungen und verdecken das tatsächliche Ausmaß von Belästigung. Ständige Desinformation und harsche Rhetorik schaffen einen Hintergrund, der Feindseligkeit normalisiert. Aktivist*innen betonen, dass Fortschritte reversibel sind: Wenn die organisierte Arbeit nachlässt, können Rechte und gesellschaftliche Akzeptanz viel schneller zurückfallen, als sie erkämpft wurden.

Rechtlicher, politischer und gesellschaftlicher Kontext

Rechtlich hat Estland einen der bedeutendsten Fortschritte der Region erzielt, indem es die Ehe für alle eingeführt hat. Seit dem 1. Januar 2024 können gleichgeschlechtliche Paare heiraten und haben dieselben Rechte wie verschiedengeschlechtliche Paare, einschließlich des Adoptionsrechts. Eingetragene Partnerschaften bleiben verfügbar und stehen allen Paaren offen, sodass auch heterosexuelle Paare sie nutzen, wenn sie nicht heiraten möchten. Diese Kombination macht Estland zur ersten postsowjetischen Republik mit voller Ehegleichstellung und viele Menschen in der Community betrachten dies zu Recht als einen historischen Wandel.

Doch die Einführung der Ehegleichheit bedeutet nicht, dass die rechtliche Landschaft vollständig ist. Die Rechte von trans*Personen gehören weiterhin zu den schwächsten Bereichen. Verfahren zur rechtlichen Geschlechtsanerkennung und zum Zugang zu geschlechtsangleichender Gesundheitsversorgung sind bürokratisch, mediziniert und unklar. Es gibt kein Selbstbestimmungsmodell und nichtbinäre Identitäten werden rechtlich nicht anerkannt. Im Vergleich zu vielen westeuropäischen Ländern

sind Estlands Regelungen veraltet. Die Gründung von The Estonian Trans Alliance hat die Interessenvertretung zwar gestärkt, doch die Diskrepanz zwischen Estlands liberalem Image und der Realität für trans* Menschen bleibt weiterhin groß.

Hassrede und Hasskriminalität sind ein weiteres ungelöstes Feld. Zwar enthält das Strafgesetz Artikel, die theoretisch auf Anstiftung zu Hass angewendet werden könnten, doch Staatsanwält*innen und Richter*innen nutzen sie in LSBTIQ* Fällen selten. Es fehlt ein klares Verständnis, dass vorurteilmotivierte Verbrechen anders behandelt werden sollten als gewöhnliche Straftaten. Das schwächt die abschreckende Wirkung des Gesetzes und verstärkt den Eindruck, dass homo- oder transfeindliche Motive nicht als besonderes Problem angesehen werden.

Bildung und öffentliche Dienste zeigen ein ähnliches Muster. Auf dem Papier gibt es ein Bekenntnis zur Gleichstellung und zur Nichtdiskriminierung. In der Praxis haben viele Lehrkräfte, Beamt*innen und Fachkräfte ihre Ausbildung zu einer Zeit abgeschlossen, in der sexuelle und geschlechtliche Minderheiten gar nicht thematisiert wurden. Menschenrechts- und Diversitätsthemen sind nicht systematisch in Lehrpläne integriert. Laut Aktivist*innen liegt das größte Problem in Schulen weniger bei den Schüler*innen als bei den Lehrkräften, die Wissen und Sicherheit im Umgang mit LSBTIQ* Fragen oder Mobbing vermissen. Ohne gezielte Fortbildung und institutionelle Unterstützung bleiben formale Prinzipien im Alltag wirkungslos.

Politisch ist Estland bislang einem breiten liberalen Kurs gefolgt. Die Anpassung an europäische Normen half beim Erlass des Partnerschaftsgesetzes und später der Ehe für alle. Der Staat führt keine aktiven Kampagnen gegen LSBTIQ* Menschen und hat keine gewährten Rechte zurückgenommen. Gleichzeitig ist eine deutliche Ermüdung spürbar. Nach den intensiven Debatten von 2023 und dem Inkrafttreten der Ehe für alle betrachten viele Politiker*innen und Teile der Öffentlichkeit das „LSBT-Thema,“ als erledigt. Wenn Aktivist*innen Fragen zur Hasskriminalität, zu Transrechten oder zur Bildung ansprechen, hören sie oft, andere Themen hätten nun Vorrang.

Die Lokalpolitik ist seit den Kommunalwahlen im Oktober 2025, bei denen rechte Parteien in großen Städten zulegen, komplizierter geworden. Zu den Mitgliedern der neuen Koalition in Tallinn gehören offen homofeindliche Stimmen. Sie können Pride oder andere queere Veranstaltungen nicht einfach verbieten, da sie an das nationale Recht gebunden sind. Doch sie können Verfahren verlangsamen, symbolische Unterstützung verweigern oder ein unfreundliches Klima schaffen. Die Organisator*innen von Baltic Pride 2026 erwarten schwierigere Verhandlungen mit der Stadt als im Jahr 2023 und bereiten sich auf mögliche Rechtsstreitigkeiten für gleiche Behandlung vor.

Estlands EU-Mitgliedschaft hatte insgesamt einen positiven Einfluss auf LSBTIQ*-Rechte. Die EU verfügt zwar nicht über direkte Instrumente, um progressive Gesetzgebung zur Geschlechtsanerkennung oder zu Hasskriminalität zu erzwingen, doch sie schafft Erwartungen und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Staatengemeinschaft. Estland wollte immer als Teil des Westens wahrgenommen werden und dieser Wunsch war ein Argument für Reformen. Nach Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine wurde der Kontrast zu Russland noch deutlicher. Für Aktivist*innen ist dieses geopolitische Narrativ nützlich: Sie können argumentieren, dass Gleichberechtigung und Minderheitenschutz mit Estlands europäischer Orientierung im Einklang stehen. EU-Fördermittel haben außerdem konkrete Projekte von LSBTIQ* - und anderen Menschenrechtsorganisationen unterstützt.

Strategien, Anpassung und Resilienz der Gemeinschaft

Trotz aller Herausforderungen bleibt Pride in Estland möglich und relativ sicher. Das Modell der Zusammenarbeit mit der Polizei basiert auf regelmäßigen Treffen und offenem Informationsaustausch. Vor jeder Pride-Parade treffen sich Organisator*innen und Polizeivertreter*innen, um Route, Zeitplan, mögliche Gegenaktionen und Sicherheitsbedarfe zu besprechen. Außerdem

arbeitet man mit der diplomatischen Polizei zusammen, da Botschafter*innen und Botschaftspersonal häufig in den ersten Reihen marschieren. Die Präsenz von Diplomat*innen erhöht die politische Sensibilität und stärkt die Bedeutung der Sicherheitsplanung.

Die von den Behörden auferlegten Bedingungen sind größtenteils technischer Natur. Die Polizei und die Kommunen verlangen Standardmaßnahmen für die Verkehrslenkung, die Sauberkeit und die öffentliche Ordnung. Diese Anforderungen wurden nicht genutzt, um Pride zu blockieren. Die wichtigsten Einschränkungen kommen stattdessen von anderer Seite: fehlende schriftliche Protokolle, instabile Finanzierung und politische Zurückhaltung bei symbolischer Unterstützung.

Für die physische Sicherheit setzen die Organisator*innen klassische Methoden ein: Sie beauftragen private Sicherheitsdienste, rekrutieren und schulen freiwillige Ordner*innen aus der Gemeinschaft und führen vor den Veranstaltungen grundlegende Kontrollen durch, um potenzielle Störer zu erkennen. Bisher haben polizeiliche Risikoanalysen Pride als Ereignis mit geringem Risiko eingestuft, sodass keine schweren Absperrungen oder strengen Zugangskontrollen nötig waren. Die Organisator*innen wissen jedoch, dass sich die globale Lage und die Innenpolitik verändern und dass zukünftige Veranstaltungen wie Baltic Pride 2026 komplexere Sicherheitskonzepte erfordern könnten.

Neben den Märschen stärkt ein breites Netzwerk kultureller und gemeinschaftlicher Aktivitäten die Resilienz. Pride-Wochen umfassen ein umfassendes Programm an Vorführungen, Ausstellungen, Diskussionen und Konzerten. Einige Elemente, zum Beispiel Konferenzen, sind hybrid oder werden gestreamt, doch rein digitale Kampagnen sind in Estland nicht zum Hauptinstrument geworden. Außerhalb der Pride-Saison bringt das „Festheart“ queeres Kino in kleinere Städte, Q-Space organisiert Diskussionsgruppen für hauptsächlich nicht-estnischsprachige Community-Mitglieder und die estnische LSBT-Vereinigung führt verschiedene Unterstützungsgruppen, darunter eine für Eltern trans*Kinder. Eine eigene Organisation arbeitet zu trans* Themen und eine neue Gruppe widmet sich

mentaler Gesundheit in der LSBTIQ*-Gemeinschaft.

Die Situation vulnerabler Gruppen ist ungleich. Seit Beginn Russlands Angriffskriegs gegen die Ukraine hat Estland mehr Geflüchtete aufgenommen, darunter LSBTIQ*-Personen aus der Ukraine und Russland. Allgemeine Flüchtlingsprogramme existieren, doch spezifische Unterstützung für queere Geflüchtete ist schwach. Eine NGO konzentriert sich auf diese Gruppe, aber ohne stabile Finanzierung bleibt ihr Spielraum begrenzt. Die Gründung der Estonian Trans People Association hat die trans* Community jedoch deutlich gestärkt und die Interessenvertretung sichtbarer und strukturierter gemacht.

Unterstützungsstrukturen für Aktivist*innen selbst sind überwiegend informell. Es gibt keinen speziellen Rechtshilfefonds, kein psychologisches Unterstützungsprogramm und kein finanzielles Sicherheitsnetz für diejenigen, die beruflich oder öffentlich unter Druck geraten. Man stützt sich auf persönliche Beziehungen, informelle Supervision innerhalb der Kernteams sowie gelegentliche Retreats, die von befreundeten Botschaften finanziert werden. Burnout ist ein reales Problem. Viele Aktivist*innen verlassen die Bewegung nach einigen intensiven Jahren, weil die Kombination aus emotionalem Druck und finanzieller Unsicherheit zu belastend ist.

Kommunikation und Gegenmaßnahmen zu Desinformation folgen demselben improvisierten Muster. Es gibt keine eigene Einheit oder umfassende Strategie zum Umgang mit Desinformationskampagnen. Bei schwereren Angriffen reagieren Aktivist*innen manchmal mit sachlichen Richtigstellungen und arbeiten mit anderen Menschenrechtsorganisationen zusammen. In besonders besorgniserregenden Situationen wird die Polizei einbezogen. Viele kleinere Provokationen bleiben unbeantwortet, was eine bewusste Strategie ist, um Ressourcen zu schonen. Aktivist*innen haben gelernt, nicht mit jedem Online-Troll zu diskutieren. Der Ansatz „ignorieren und löschen,“ hat sich verbreitet. Die Überlegung ist einfach: Energie ist begrenzt und wird besser in konkrete Arbeit investiert.

Ein charakteristisches Merkmal der estnischen Aktivismus-Kultur ist ihr pragmatischer Stil. Kampagnen stützen sich stark auf Fakten, juristische Argumente und praktische Vorschläge statt auf emotionale Appelle. Diese

Herangehensweise passt zur politischen Kultur des Landes und half bei Reformen wie dem Partnerschaftsgesetz und der Ehe für alle. Gleichzeitig bedeutete sie, dass Sichtbarkeit und Storytelling manchmal vernachlässigt wurden. Aktivist*innen geben selbst zu, dass sie zu wenig getan haben, um den Alltag queerer Menschen sichtbar zu machen oder die Community-Kultur öffentlich zu feiern.

Internationale Zusammenarbeit spielt eine wichtige Rolle für die Resilienz. Botschaften in Tallinn bieten rechtliche Rückendeckung, politische Unterstützung und manchmal finanzielle Hilfe durch Kulturprogramme. Ihre Beteiligung signalisiert staatlichen und kommunalen Behörden, dass queere Rechte nicht nur im Inland, sondern auch international beobachtet werden. Über Baltic Pride und andere regionale Netzwerke tauschen estnische Aktivist*innen Erfahrungen mit Kolleg*innen aus Lettland, Litauen und darüber hinaus aus. Sie lernen aus fremder Praxis und teilen ihre eigenen Lehren — darunter den Fokus auf praktischen, unaufgeregten Aktivismus und sorgfältiges Ressourcenmanagement.

Zentrale Schlussfolgerung

Die Geschichte von Pride und queerem Aktivismus in Estland in den letzten zwanzig Jahren ist eine Kombination aus schnellem Fortschritt und klarer Fragilität. Das Land ist von einem Kontext, in dem Homosexualität kriminalisiert war und öffentliche Organisation unmöglich war, zu einer Situation gelangt, in der gleichgeschlechtliche Paare heiraten können, große Märsche in der Hauptstadt stattfinden und die Pride-Wochen dutzende Veranstaltungen umfassen. International sticht Estland als erster postsowjetischer Staat hervor, der die Ehe für alle anerkannt hat, und als ein Ort, an dem Pride ein regelmäßiger, weitgehend friedlicher Teil des öffentlichen Lebens geworden ist.

Unter diesen Errungenschaften liegen jedoch deutliche Verwundbarkeiten. Der rechtliche Schutz vor Hass ist unvollständig. Trans*Personen stehen

vor veralteten Verfahren und mangelnder Anerkennung. Die Finanzierung der Organisationen ist instabil und projektbasiert. Der politische Wille zu weiteren Reformen hat nach dem Sieg der Ehe für alle abgenommen und rechte Kräfte haben in den Kommunen an Einfluss gewonnen. Eine kleine, aber radikalisierte Opposition nutzt importierte Kulturkampfnarrative, um queere Sichtbarkeit anzugreifen; Desinformation verbreitet sich online ohne systematische Gegenstrategien.

Die Antwort der estnischen LSBTIQ*-Bewegung besteht darin, den verfügbaren Raum bestmöglich zu nutzen, durch sorgfältige Planung, pragmatische Interessenvertretung und ein dichtes Netz an Gemeinschaftsveranstaltungen. Pride wird in enger Kooperation mit der Polizei organisiert, Botschaften bieten eine zusätzliche Schutzschicht. Kulturfestivals, Diskussionsgruppen und Unterstützungsangebote schaffen soziale Bindungen, die einzelne Kampagnen überdauern. Neue Organisationen für trans*Personen und psychische Gesundheit zeigen, dass zuvor marginalisierte Teile der Community eigene Stimmen entwickeln.

Gleichzeitig hat niemand Illusionen, dass die Arbeit abgeschlossen sei. Es besteht ein starkes Bewusstsein dafür, dass Menschenrechte nie vollständig gesichert sind und dass Selbstzufriedenheit nach großen Erfolgen schnell zu Rückschritten führen kann. Die zentrale Aufgabe der kommenden Jahre ist es, bestehende Errungenschaften zu verteidigen, offene Probleme anzugehen und die Sichtbarkeit über die bekannten urbanen Gruppen hinaus zu stärken. Stabile Finanzierung, klare Gesetzgebung gegen Hasskriminalität, moderne Transrechte und bessere Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit gehören alle zu dieser Agenda.

Estland zeigt, dass substanzielle Fortschritte selbst in einem kleinen postsowjetischen Land möglich sind, aber auch, wie abhängig dieser Fortschritt von kontinuierlicher, organisierter Arbeit ist. Der Abstand zwischen Erfolgsgeschichte und Warnbeispiel kann kurz sein. Entscheidend für die Zukunft ist weniger die Größe der Pride-Märsche in einem bestimmten Jahr als die Fähigkeit der Bewegung, leise, konsequent und professionell weiterzuarbeiten, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit weitergezogen ist.



von **Keio Soomelt** (er/ihm)

LSBTQ Aktivist, Musiklehrer, Projektmanager
der Baltic Pride und Mitgründer des Festheart
LSBT+ Filmfestivals*

Georgien



Geschichte des queeren Aktivismus und der Pride-Bewegung in Georgien

Die Pride-Bewegung in Georgien, angeführt von Tbilisi Pride, ist einer der sichtbarsten und symbolträchtigsten Kämpfe für Gleichberechtigung und demokratische Freiheiten im Land. Sie repräsentiert nicht nur den Kampf für LSBTIQ*-Rechte, sondern dient auch als breiterer Test für Georgiens Engagement für Menschenrechte, Demokratie und europäische Werte.

In den letzten Jahren hat Georgien eine starke autoritäre Wende erlebt, gekennzeichnet durch verstärkte Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und NGOs sowie durch extreme Dämonisierung von LSBTIQ*-Themen und -Gruppen. Infolgedessen war Tbilisi Pride gezwungen, seine Aktivitäten weitgehend einzustellen, da es keinen sicheren Raum mehr gibt, um die Pride Week zu organisieren. Heute konzentriert sich die LSBTIQ*-Bewegung in Georgien darauf, essenzielle Community-Dienste aufrechtzuerhalten und das bloße Fortbestehen von Aktivismus in einer zunehmend feindseligen Umgebung zu sichern.

Früher war Pride in Georgien eine multidimensionale Bewegung, die Pride Weeks, strategische Rechtsverfahren, Advocacy, digitale Kampagnen und internationale Vernetzung umfasste. Sie hatte eine doppelte Funktion: als Plattform für Sichtbarkeit, die deutlich machte, dass queere Menschen ein

integraler Bestandteil der georgischen Gesellschaft sind; und als Indikator für Demokratie, um die Bereitschaft des Staates zu testen, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu gewährleisten.

Die ersten LSBTIQ*-Mobilisierungen in Georgien gehen auf kleinere Aktionen im Rahmen des Internationalen Tages gegen Homofeindlichkeit (IDAHOT) 2012 und 2013 zurück. Diese waren die ersten Versuche von LSBTIQ*-Organisationen und Aktivist*innen, ihr Versammlungsrecht auszuüben und Sichtbarkeit im öffentlichen Raum zu beanspruchen. Beide Versuche stießen auf Gewalt durch Kleriker und ultrakonservative Gruppen, während die Polizei die Demonstrierenden nicht schützte. Der gewalttätige Angriff vom 17. Mai 2013, bei dem rund 25.000 von Priestern und der Georgisch-Orthodoxen Kirche mobilisierte Gegenprotestierende friedliche Aktivist*innen überfielen, gilt bis heute als eines der berüchtigtsten Ereignisse der jüngeren georgischen Geschichte. Dieser Tag hinterließ ein tiefes kollektives Trauma, wurde aber auch zum Wendepunkt und Katalysator für einen organisierten und strukturierten LSBTIQ*-Aktivismus.

2017 erreichte die georgische LSBTIQ*-Bewegung einen wichtigen Meilenstein, als sie sich vereinte und gemeinsam eine Demonstration am 17. Mai (IDAHOT) vor dem Regierungsgebäude organisierte, um Gewalt zu verurteilen und konkrete Schritte zur Gleichstellung einzufordern. 2018 entstanden innerhalb der Bewegung Spaltungen: Ein Teil der Community argumentierte, dass öffentliche Versammlungen nicht mehr tragfähig oder sicher seien, während andere auf der Fortsetzung von Protesten bestanden. Aktivist*innen der zweiten Gruppe gründeten später zusammen mit neuen Aktivist*innen Tbilisi Pride und starteten eine neue Phase der Bewegungsentwicklung. Anders als in den Vorjahren, als Veranstaltungen um den 17. Mai stattfanden, führte Tbilisi Pride eine neue Tradition ein: die Pride Week im Juni, abgestimmt auf die internationalen Pride-Feiern.

2019 sah sich die erste offizielle Tbilisi Pride Week intensiver Opposition durch rechtsradikale und religiöse Gruppen gegenüber. In derselben Woche löste der Besuch des russischen Abgeordneten Sergei Gavrillov im georgischen Parlament, bei dem er den Vorsitz übernahm, breite

öffentliche Empörung und Massenproteste in Tbilisi aus. Dies schuf ein stark angespanntes und unsicheres Umfeld. Die Pride-Organisator*innen mussten ihre Pläne aus politischen und Sicherheitsgründen verschieben und anpassen. Während die internationale Konferenz sowie mehrere Community- und Kulturveranstaltungen erfolgreich stattfanden, konnte der Pride-Marsch selbst nicht durchgeführt werden.

Bis 2021 war Pride zu einem nationalen Brennpunkt für demokratische Freiheiten geworden. Die Ereignisse dieses Jahres markierten einen der schwersten Ausbrüche anti-LSBTIQ*-gewalttätiger Aktionen in der modernen Geschichte Georgiens, begleitet von weit verbreiteter Straflosigkeit und fehlender Verantwortlichkeit der Täter. Der „Marsch der Würde„ wurde gewaltsam unterbrochen, als rechtsradikale Gruppen das Pride-Büro stürmten, Dutzende Journalist*innen und Aktivist*innen verletzten und die Veranstaltung absagen mussten. Der Angriff auf den Journalisten Lekso Lashkarava, die gewaltsame Unterdrückung des Pride-Marsches und die Verwüstung von NGO-Büros führten zu internationaler Empörung und zeigten die Straflosigkeit dieser Gewalt deutlich.

2023 griffen rechtsradikale Mobs erneut ein Pride-Festival am Lisi-See an. Protestierende stürmten das Gelände, zerstörten Ausrüstung und Dekorationen und zwangen unter Polizeiaufsicht die Evakuierung von Pride-Organisator*innen und Freiwilligen. Trotz vorheriger Warnungen und wiederholter öffentlicher Appelle zum Schutz versagten die Behörden erneut, die Gewalt zu verhindern. Bis 2024, unter einer sich verschärfenden anti-LSBTIQ*- und „ausländische Agenten„-Legislativagenda, setzte Tbilisi Pride die gesamte Pride Week mit allen physischen Veranstaltungen aus, unter Berufung auf staatliche Feindseligkeit und die Kriminalisierung queerer Sichtbarkeit. Der Eingang zum Büro von Tbilisi Pride wurde im Laufe des Jahres zweimal beschädigt und die Privathäuser zweier Mitbegründer von Tbilisi Pride wurden mit Postern mit Fotos und diffamierenden Parolen angegriffen. Diese Vorfälle spiegeln das anhaltende Klima von Feindseligkeit, Einschüchterung und Unsicherheit wider, dem die Zivilgesellschaft in Georgien ausgesetzt ist.

Pride-Organisator*innen, Aktivist*innen und Community-Mitglieder werden regelmäßig durch Einschüchterung, Überwachung, Online-Belästigung und öffentliche Diffamierung gezielt angegriffen. Öffentliche Versammlungen haben sich aufgrund von Sicherheitsrisiken und direkter staatlicher Feindseligkeit als unmöglich erwiesen. Viele Aktivist*innen leiden unter Burnout, Traumata oder sind ins Exil gezwungen, da das Aufrechterhalten von Sichtbarkeit oder die Fortführung ihrer Advocacy-Arbeit inzwischen schwerwiegende persönliche Konsequenzen nach sich zieht.

Die Georgisch-Orthodoxe Kirche (GOC) spielt eine zentrale und einflussreiche Rolle bei der Gestaltung öffentlicher Einstellungen und politischer Diskurse rund um LSBTIQ*-Themen in Georgien. Im Laufe der Jahre hat die Kirche enge Beziehungen zu pro-russischen und ultrakonservativen politischen Akteur*innen gepflegt, die anti-westliche Narrative verstärken und LSBTIQ*-Rechte als Teil eines „westlichen moralischen Verfalls„ darstellen. Als vertrauenswürdigste Institution des Landes übt die Kirche erhebliche moralische und soziale Autorität aus, die sie häufig genutzt hat, um anti-LSBTIQ*-Narrative zu fördern, Gleichstellungsinitiativen zu bekämpfen und diskriminierende Politiken zu rechtfertigen.

Seit den frühen 2010er-Jahren positioniert sich die Kirche konsequent als Hauptgegnerin der LSBTIQ*-Bewegung. Sie stellt Sichtbarkeit und Advocacy von LSBTIQ* als Bedrohung für Georgiens „traditionelle Werte„ nationale Identität und religiöses Erbe dar. Kirchenführer haben Pride-Veranstaltungen, Gleichstellungspolitik und Anti-Diskriminierungsreformen öffentlich verurteilt und als ausländische Auflagen dargestellt, die die georgische Nation und den Glauben untergraben. Kleriker haben aktiv an anti-LSBTIQ*-Kundgebungen teilgenommen oder diese unterstützt, häufig gemeinsam mit rechtsnationalistischen Gruppen.

Während früher Gewalt an rechtsradikale und ultrakonservative Gruppen ausgelagert wurde, ist heute der Staat selbst der Hauptinitiator von Gewalt und Repression. Die Regierung des „Georgischen Traums“ befeuert und legitimiert Hass direkt durch koordinierte Propaganda, Desinformationskampagnen und den Einsatz von Strafverfolgungsbehörden gegen Aktivist*innen.

Rechtsradikale Gruppen und Parteien spielen weiterhin eine Rolle, agieren jedoch nun weitgehend im Schatten der Regierung, die in den letzten Jahren zur Hauptakteurin rechtsradikaler Aktivitäten geworden ist.

In den letzten Jahren haben die Regierung und ihre verbundenen Akteur*innen rechtsradikale Gruppen toleriert oder direkt ermutigt, queere Menschen und Menschenrechtsverteidiger*innen anzugreifen. Das wiederholte Versagen der Strafverfolgungsbehörden, Pride-Veranstaltungen und LSBTIQ*-Versammlungen zu schützen, in Kombination mit der Straffreiheit der Täter, hat Hass und Einschüchterung weiter normalisiert. Öffentliche Räume, die einst als Plattformen für Sichtbarkeit dienten, sind unsicher geworden, wodurch Aktivist*innen und Community-Mitglieder wieder in private, geschlossene Räume gedrängt werden mussten.

Rechtlicher und politischer Rahmen

Seit 2021 hat die Partei „Georgischer Traum“ die Repressionen gegen Menschenrechte und demokratische Freiheiten beschleunigt. Zwischen 2022 und 2025 erlebte das Land einen erheblichen Rückschritt, einschließlich schwerer Menschenrechtsverletzungen und der Verabschiedung restriktiver Anti-LSBTI-Gesetze, die trans-spezifische Gesundheitsversorgung, rechtliche Anerkennung des Geschlechts, friedliche Versammlungen und Meinungsfreiheit verbieten. Diese Entwicklungen stellen Georgien in eine Reihe mit breiteren autoritären Trends, wie sie auch in Russland, Ungarn und Belarus zu beobachten sind, wo Regierungen ähnliche Instrumente wie staatlich kontrollierte Medien, Propaganda und moralische Panik einsetzen, um Macht zu konsolidieren und Pluralismus zu untergraben.

Besonders besorgniserregend ist, dass dieser Rückschritt in einem Land erfolgt, das einst als reformorientierte, proeuropäische Demokratie in der Region herausstach. Der Rückschlag gegen Menschenrechte und liberale Werte ist daher nicht nur ein lokales Problem, sondern Teil des globalen Kampfes zwischen demokratischer Resilienz und autoritärer

Wiedererstarkung.

In den letzten Jahren wurden der stetig zunehmende demokratische Rückschritt und die politische Krise in Georgien weithin mit politischer Homofeindlichkeit in Verbindung gebracht. Anti-Gender-Narrative, die seit 2022 im Regierungskontext aufgetreten sind, haben sich allmählich in institutionelle Veränderungen umgesetzt. Beispiele sind die vollständige Entfernung von LSBTI-Themen aus politischen Dokumenten wie der Nationalen Strategie zum Schutz der Menschenrechte Georgiens 2022 - 2030 sowie dem entsprechenden Menschenrechtsaktionsplan für 2024 - 2026. Zudem wurde „Geschlechtsidentität„ 2024 aus den geschützten Merkmalen des Anti-Diskriminierungs- und Hate-Crime-Gesetzes entfernt.

Eine Reihe gesetzlicher Änderungen, die zivilgesellschaftliche Organisationen erheblich einschränken, hat LSBTIQ*-Community-Organisationen stark geschwächt, die als primäre Unterstützung für die Community dienen. Dämonisierungskampagnen, die CSOs und Menschenrechtsaktivist*innen als „ausländische Agenten„ darstellen, gipfelten in der Verabschiedung des „Gesetzes über die Transparenz ausländischer Einflüsse„ im Mai 2024, trotz massiver Proteste und entgegen den Empfehlungen der Venedig-Kommission. Das Gesetz stuft nicht-unternehmerische juristische Personen und Medien, die mehr als 20 % ihrer Finanzierung aus dem Ausland erhalten, als „Organisationen, die die Interessen einer ausländischen Macht verfolgen„ ein. Es gewährt dem Staat weitreichende Kontrollmechanismen über diese Einrichtungen, darunter auch die Möglichkeit, Zugang zu vertraulichen Daten der Begünstigten zu verlangen.

Ein weiterer wichtiger Schritt war die Verabschiedung des Foreign Agents Registration Act (FARA), der am 31. Mai in Kraft trat. Das Gesetz schafft das Risiko strafrechtlicher Verfolgung für Mitarbeitende zivilgesellschaftlicher Organisationen und Medien und kann dazu führen, dass viele Organisationen schließen. Der Zustand der Menschenrechte in Georgien hat sich zudem durch plötzliche Änderungen des Gesetzes über Zuschüsse im April 2025 deutlich verschlechtert, das eine staatliche Genehmigung für die Vergabe von Zuschüssen verlangt. Der Erhalt eines „verbotenen„ Zuschusses führt

zu einer Geldstrafe in Höhe des Doppelten des erhaltenen Betrags. Weitere Änderungen stellten klar, dass selbst das Unterzeichnen eines gewöhnlichen Dienstleistungsvertrags zur Weitergabe von Wissen und/oder technischer Unterstützung als Zuschuss gilt. Diese Änderungen haben effektiv die Finanzierung durch internationale Geber ausgesetzt und den Pool an Fachkräften, die die LSBTIQ*-Community unterstützen können, erheblich reduziert.

Im Rahmen einer breiteren politischen Strategie, die darauf abzielt, ein Narrativ des kulturellen Protektionismus gegen den „westlichen Liberalismus“, zu konstruieren, führte die regierende Partei Georgischer Traum den Entwurf eines Verfassungsgesetzes ein, das die „Schutzpflicht für Familienwerte und Minderjährige,“ festschreibt. In diesem Kontext wurde das „Gesetz Georgiens zum Schutz von Familienwerten und Minderjährigen,“ vor den Parlamentswahlen verabschiedet, wodurch die Rechte von LSBTIQ*-Personen in Bezug auf Familienleben und persönliche Freiheiten erheblich eingeschränkt wurden. Mit dem Ziel, die LSBTIQ*-Community als Bedrohung für Kinder darzustellen, verbietet es die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partner*innen und untersagt die Adoption oder Pflege von Minderjährigen durch Community-Mitglieder.

Besonders alarmierend sind die Bestimmungen, die sich gegen die Rechte von trans*Personen richten: Das Gesetz kriminalisiert den Zugang zu transspezifischer Gesundheitsversorgung, einschließlich geschlechtsangleichender Operationen und Hormontherapie. Es verbietet außerdem die rechtliche Anerkennung des Geschlechts. Georgische Gerichte dürfen solche Entscheidungen ausländischer Gerichtsbarkeiten weder erteilen noch anerkennen. Darüber hinaus enthält das Gesetz vage formulierte Bestimmungen, die die Arbeitsrechte von trans*Personen untergraben und Arbeitgeber von Anti-Diskriminierungspflichten im Zusammenhang mit der Geschlechtsidentität entbinden sollen.

Die Auswirkungen des Gesetzes gehen über die LSBTIQ*-Community hinaus, da es das Versammlungsrecht erheblich einschränkt und öffentliche Kundgebungen einschränkt, die als „Popularisierung,“ von LSBTIQ*-Themen

gelten. Viele juristische Begriffe wie „Popularisierung„ sind so formuliert, dass ihre genaue Bedeutung, Reichweite oder Durchsetzungsmechanismen schwer zu bestimmen sind. Darüber hinaus legt das Gesetz Zensurmaßnahmen für LSBTIQ*-Inhalte in Bildung, Rundfunk, Werbung und Kunst fest. Sogar die direkte Kommunikation mit Minderjährigen zu diesen Themen ist ausdrücklich verboten.

Aktuelle Risiken, Bedrohungen und zentrale Vorfälle für LSBTIQ*-Communities

Obwohl das Gesetz zum Schutz von Familienwerten und Minderjährigen noch nicht aktiv durchgesetzt wurde, da keine Verordnungen erlassen und niemand bestraft wurde, ist seine abschreckende Wirkung bereits spürbar. Lokale LSBTIQ*-Organisationen berichten, dass selbst vor Inkrafttreten des Gesetzes am 2. Dezember 2024 wichtige Berufsgruppen bereits Selbstzensur praktizierten. Ärzt*innen und Kliniken sind zunehmend zurückhaltend bei der Versorgung von LSBTIQ*-Personen, Universitätsmitarbeiter*innen vermeiden Diskussionen über Gender- und Sexualitätsthemen und Medien zensieren Inhalte selbst, um potenzielle Konsequenzen zu vermeiden.

Das Gesetz hat zu einer Zunahme von SOGI-basierten Hassverbrechen und Diskriminierung beigetragen. Laut „Equality Movement“ haben Menschen, die zuvor aus Angst vor rechtlichen Konsequenzen von Mobbing, Diskriminierung oder Unterdrückung abgesehen hatten, begonnen, offen zu handeln, was zu einer Eskalation und Diversifizierung von Gewalt führte. Der Anstieg homofeindlicher Einschüchterung und die entsprechenden Gesetzesänderungen haben zu einer erheblichen Verschlechterung der psychischen Gesundheit der Community geführt, was zu einem drastischen Anstieg der Nachfrage nach psychosozialen Unterstützungsdiensten geführt hat.

Das Gesetz zum Schutz von Familienwerten und Minderjährigen hat zudem

die ohnehin weit verbreitete soziale und wirtschaftliche Verwundbarkeit der LSBTIQ*-Community verschärft. Anonyme Quellen berichten von Kündigungen von trans*Personen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität sowie von Verletzungen der akademischen Freiheit, einschließlich der Ablehnung von Abschlussarbeiten mit LSBTIQ*-Themen durch Betreuer und Universitäten. Aufgrund der massiven Verschlechterung der LSBTIQ*-Rechte in Georgien sowie der erheblich verschärften Herausforderungen im Zusammenhang mit Gewalt und physischer Unsicherheit haben alarmierend viele LSBTIQ*-Personen das Land verlassen. Laut „Equality Movement“ stieg die Zahl der Personen, die in sicherere Länder migrieren wollten, 2024 um das Zehnfache, was als erstes Resultat der Anti-LSBTIQ*-Gesetze gesehen werden kann.

Das „Foreign Agents Law„ und verwandte Regelungen stellen eine existenzielle Bedrohung für die Arbeit, Sichtbarkeit und Legitimität von CSOs/NGOs, einschließlich LSBTIQ*-Organisationen in Georgien, dar. Sie stigmatisieren zivilgesellschaftliche Gruppen, die ausländische Mittel erhalten, als „Agenten ausländischen Einflusses„, rahmen sie effektiv als illoyal oder feindlich gegenüber nationalen Interessen und befeuern Anti-NGO- und anti-LSBTIQ*-Rhetorik. Für LSBTIQ*-Organisationen, die bereits in einem Klima sozialer Feindseligkeit, Desinformation und Gewalt tätig sind, delegitimiert dies ihre Arbeit zusätzlich in den Augen der Öffentlichkeit und Institutionen.

Angesichts der spezifischen Verwundbarkeit von LSBTIQ*-Gruppen, deren Lobbyarbeit und Community-Unterstützung in Georgien oft fast ausschließlich durch internationale Hilfe finanziert werden, ist das Risiko von Schließungen oder erzwungener Marginalisierung extrem hoch. Diese Gesetze demontieren Jahre des Fortschritts in der Gleichstellungsarbeit, im Community-Building und im Schutz marginalisierter Gruppen. Dennoch erkunden zivilgesellschaftliche Akteur*innen Strategien für kollektive Resilienz, einschließlich regionaler Zusammenarbeit, rechtlicher Herausforderungen und alternativer Organisationsformen, um trotz des schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raums Menschenrechte zu verteidigen.

Strategien für Prävention, Schutz und Resilienz

Die Geschichte der Pride-Bewegung in Georgien spiegelt den breiteren Kampf um Demokratie, Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten im Land wider. Von ihren Wurzeln in den frühen IDAHOT-Demonstrationen und dem kollektiven Trauma des 17. Mai 2013 bis zur Gründung von Tbilisi Pride und der Etablierung der Pride Week als Plattform für Sichtbarkeit und Widerstand hat sich die Bewegung kontinuierlich weiterentwickelt, als Reaktion auf Fortschritte ebenso wie auf Repression. Während die letzten Jahre zu einem beispiellosen autoritären Gegenreaktion und der nahezu vollständigen Auslöschung öffentlicher Pride-Veranstaltungen geführt haben, lebt der Geist der Bewegung durch Solidarität, internationale Advocacy und die kreative Kraft der queeren Kultur weiter. Pride in Georgien hat sich von einer öffentlichen Feier zu einem Akt des Widerstands verwandelt, was ein Zeugnis für Resilienz, Würde und die unerschütterliche Überzeugung ist, dass Gleichheit und Freiheit es wert sind, verteidigt zu werden. Unter diesen Umständen hat die Bewegung ihre Strategien angepasst und konzentriert sich auf:

- Bereitstellung wesentlicher Community-Dienstleistungen, darunter mentale und physische Gesundheitsunterstützung, Rechtsberatung sowie kleine, geschlossene und diskrete Community-Treffen;
- Internationale Advocacy durch Zusammenarbeit mit den VN, dem Europarat und anderen internationalen Menschenrechtsmechanismen;
- Strategische Klagen auf internationaler Ebene, wobei LSBTIQ*-Organisationen einen Fall beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) vorbereiten, der das Gesetz zum Schutz der Familienwerte und Minderjährigen anfechten soll;
- Queere Kultur und Kunst, die weiterhin zu den wenigen aktiven und widerstandsfähigen Räumen für Ausdruck, Widerstand und Gemeinschaft

gehören.

Eine der wichtigsten Lektionen aus dem vergangenen Jahr war, wie die Aktivist*innen-Community und die Zivilgesellschaft auf die Einleitung des sogenannten „Anti-LSBTIQ*-Propagandagesetzes„ in Georgien reagierten und welche strategischen Entscheidungen wir bei der Opposition dagegen getroffen haben.

Diese Initiative folgte der Verabschiedung des sogenannten „russischen Gesetzes„, offiziell des Gesetzes über „ausländische Agenten„ bzw. „ausländischen Einfluss„. Trotz massiven öffentlichen Widerstands, einheitlicher Botschaften von NGOs, koordinierter Advocacy und beispielloser Straßenproteste verabschiedete die Regierung das Gesetz, gefolgt von weiteren Gesetzen und Gesetzesänderungen. Der Prozess wurde von starker Polizeigewalt, Einschüchterung und politischer Repression begleitet.

Als die Regierung kurz vor den Wahlen das Anti-LSBTIQ*-Gesetz ankündigte, wurde vielen von uns in der Zivilgesellschaft klar, dass es Teil einer breiteren Propagandastrategie war. Es war eine bewusst gelegte Falle. Die Regierungspartei wollte öffentliche Debatten über „LSBT-Propaganda„ provozieren, um den Informationsraum vor den Wahlen zu dominieren und die Gesellschaft weiter zu polarisieren. Sie wollte uns dazu bringen, uns auf ihren Rahmen einzulassen. LGBT-Themen sollten das zentrale Wahlkampfthema werden, statt der Demokratie, des russischen Einflusses, des Scheiterns EU-relevanter Reformen, sozioökonomischer Krisen und massiver Emigration.

Wir analysierten die Situation sorgfältig und kamen zu dem Schluss, dass die Regierung das Gesetz ohnehin verabschieden würde, so wie beim Gesetz über ausländischen Einfluss. Eine sichtbare Kampagne oder die aktive Teilnahme an Mediendebatten hätte also lediglich ihrem Plan gedient.

Viele von uns wurden direkt eingeladen oder sogar von regierungsnahen Medien unter Druck gesetzt, in Fernsehsendungen aufzutreten und zu debattieren. Es war offensichtlich, dass sie öffentliche Debatten vor den Wahlen um „LSBT-Propaganda„ drehen wollten. Wir trafen daher eine strategische kurzfristige Entscheidung, uns nicht öffentlich einzubringen

und nicht in diese Propagandafalle zu gehen. Stattdessen konzentrierten wir uns nach innen und unterstützten die Community über Hotlines, Gespräche und andere Dienstleistungen. Wir mieden öffentliche Konfrontation und verzichteten auf neue Kampagnen oder Medienauftritte. Unsere Logik war klar: Wir würden der Regierung nicht helfen, queere Identitäten für ihren Wahlkampf zu instrumentalisieren.

Kurzfristig funktionierte diese Strategie. Die Regierungspartei konnte LSBTIQ*-Themen nicht in dem Maße ausnutzen, wie sie gehofft hatte. Ihre Frustration darüber, dass wir nicht „anbissen,, war deutlich spürbar.

Es gab jedoch auch unbeabsichtigte Folgen. Sobald Schweigen zur Überlebensstrategie wird, ist es schwer, wieder herauszukommen. Das Thema wurde tabu. Öffentliche Diskussionen über LSBTIQ*-Rechte verschwanden fast vollständig aus Politik und Medien. Heute zögern selbst progressive zivilgesellschaftliche Gruppen und politische Parteien, darüber zu sprechen. Sie sagen oft: „Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt.,,

Diese Selbstzensur ist teilweise eine Folge des Einschüchterungseffekts durch das neue Anti-LSBTIQ*-Gesetz. Viele Organisationen und Medien meiden das Thema, um sich vor Verfolgung zu schützen. Darüber hinaus verdeutlicht sie einen breiteren Trend in Georgien und der Region, nämlich die Vorstellung, dass LSBTIQ*-Rechte ‚spaltend‘, ‚sekundär‘ oder etwas seien, das man auf bessere Zeiten aufschieben könnte. Dieses Phänomen ist Aktivist*innen im Südkaukasus und in Osteuropa vertraut, könnte sich jedoch bald weiter ausbreiten, auch in Teilen Mitteleuropas. In der heutigen polarisierten politischen Lage könnten immer mehr Akteure LSBTIQ*-Rechte als unbequemes oder polarisierendes Thema darstellen, das warten könnte.

Deshalb ist eine zentrale Lehre aus unserer Erfahrung die Notwendigkeit fortlaufender Solidarität innerhalb der Zivilgesellschaft selbst. LSBTIQ*-Organisationen müssen kontinuierlich mit breiteren zivilgesellschaftlichen Bewegungen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass Gleichheit und Menschenrechte gemeinsame Prioritäten bleiben und nicht im Namen von „Einheit,, oder „Gelegenheit,, verschoben oder geopfert werden.

Weitere Lehren umfassen die Bedeutung eines immer vorhandenen Plan B, das Vorausdenken mehrerer Szenarien und die Sicherstellung, dass Sicherheitspläne nicht ausschließlich auf die Polizei angewiesen sind. Es ist entscheidend, professionelle Sicherheitsberater einzubeziehen, strategische und sichere Orte zu wählen, ausreichend Freiwillige zu mobilisieren und klare Evakuierungsrouten für den Fall eines Angriffs festzulegen. Wenn eine Pride-Parade oder ein Marsch an einem bestimmten Ort aus Sicherheitsgründen nicht stattfinden kann, sollte eine alternative Veranstaltung, wie eine Queer Solidarity Rally oder eine andere Form des Zusammenkommens, vorgeplant und an einem Ausweichort umsetzbar sein.

Für Veranstaltungen nutzen wir ein sogenanntes „Verifikationssystem„ für Pride-Teilnehmende. Es handelt sich um einen zweistufigen Prozess: Zuerst registrieren sich die Teilnehmenden und beantworten bestimmte Fragen. Danach geht das Organisationsteam alle Anmeldungen durch, überprüft jede Person und bestätigt sie oder lehnt sie ab.

Strategie und Bewegungsframing:

- Pride als Demokratietest: Die Fähigkeit, Pride sicher abzuhalten, zeigt das Engagement des Staates für Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Respekt gegenüber Minderheiten und die Fähigkeit, homofeindlichen Populismus zurückzuweisen.
- Sichtbarkeit vs. Sicherheit ist ein sich bewegendes Ziel: Wenn sich die Lage verschlechtert, kann Pride von Straßenpräsenz zu Überlebensarbeit (Dienstleistungen, Kultur, internationale Advocacy) übergehen.
- Propagandafallen im Wahlkampf vermeiden: Sich nicht auf die Spielregeln der Gegenseite einzulassen, kann deren Agenda schwächen. Es schafft jedoch später das Problem des „Rückkehrens aus dem Schweigen„.
- Narrative gehören den Bewegungen: Pride in nationale Zugehörigkeit, soziale Gerechtigkeit, Würde und demokratische Werte einzubetten,

erweitert seine Relevanz über Identitätspolitik hinaus.

Zusammenarbeit mit Polizei und Behörden:

- Nie allein verhandeln: Immer Drittparteien (UN, Botschaften, INGOs) zu Treffen mit Innenministerium und Polizei hinzuziehen.
- Dokumentation schützt: Eine vertrauenswürdige Drittpartei soll Protokolle erstellen und von allen Seiten bestätigen lassen.
- Ad-hoc-Schutz ist politisch: Ohne formelle Protokolle folgt Polizeischutz eher der Regierungslinie als Rechtsstandards.
- Training reicht nicht ohne Unabhängigkeit: Frühere Menschenrechts- und LSBTIQ*-Schulungen zeigten keine Wirkung, sobald die autoritäre Konsolidierung voranschritt.
- Für Nicht-Schutz planen: Davon ausgehen, dass Polizei eher einschränkt als schützt; Veranstaltungen und Sicherheitspläne entsprechend ausrichten.

Zentrale Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Georgien zeigt, wie schnell ein formal demokratischer, EU-beitrittsorientierter Staat in autoritäre Kontrolle abrutschen kann, wenn anti-LSBTIQ*-Rhetorik mit Narrativen über „ausländischen Einfluss„ kombiniert wird. Angriffe auf LSBTIQ*-Gemeinschaften und ihre Rechte sind Frühwarnzeichen für tiefere demokratische Rückschritte und weitere Einschränkungen der Zivilgesellschaft und der Freiheitsrechte.

Für LSBTIQ*-Communities hat sich Pride von einem Instrument öffentlicher Sichtbarkeit zu einer Hochrisikoaktivität entwickelt und große Teile der Arbeit wieder in halbgeschlossene oder informelle Formate gedrängt. Wenn Pride nicht sicher stattfinden kann, betrifft dies nicht nur eine einzelne Veranstaltung.

Es ist ein sichtbarer Indikator dafür, dass der Raum für Dissens, unabhängige Medien und kritische Zivilgesellschaft insgesamt schrumpft.

Eine zweite zentrale Lehre sind die langfristigen Kosten erzwungenen Schweigens. Kurzfristig kann die Vermeidung direkter Auseinandersetzung mit hassgetriebenen Regierungsnarrativen verhindern, dass Wahlen vollständig durch Debatten über „LSBT-Propaganda„ gekapert werden. Langfristig jedoch verfestigt sich dieses Schweigen zu Selbstzensur: Verbündete zögern, Institutionen meiden LSBTIQ*-Themen, und es wird immer schwieriger, diese Fragen wieder in die öffentliche Debatte einzubringen, selbst wenn sich Gelegenheiten dazu bieten.

Schließlich zeigt Georgien, dass Bewegungen nicht von effektivem staatlichem Schutz ausgehen können. Wenn Strafverfolgungsbehörden politischen Signalen statt Rechtsstandards folgen, müssen Communities ausbleibenden Schutz als Standardszenario einplanen und in eigene Sicherheits-, Rechts- und psychosoziale Unterstützungsstrukturen investieren.

Vor diesem Hintergrund können internationale Partner am wirksamsten sein, indem sie:

- Flexible Kern- und Notfallfinanzierung bereitstellen, damit Organisationen und Initiativgruppen Personal halten, Sicherheits-, Rechts- und psychosoziale Kosten decken und unter den Bedingungen eines schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raums weiterarbeiten können.
- Strategische Kommunikation und Maßnahmen gegen Desinformation unterstützen, um LSBTIQ*-Rechte als Teil der breiteren Demokratie- und Rechtsstaatsagenda sichtbar zu halten — in Kooperation mit unabhängigen Medien.
- Sicherheits- und Rechtsinfrastruktur stärken, einschließlich Risikomanagement, digitaler Sicherheit, Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und strategischer Prozessführung gegen repressive Maßnahmen.
- Sichtbare politische und diplomatische Unterstützung leisten und die

Sicherheit von Pride und anderen LSBTIQ*-Events als konkreten Indikator für Georgiens demokratische Gesundheit in allen Gesprächen über seinen europäischen Weg behandeln.



von **Mariam**
Kvaratskhelia (sie/ihr),

Tbilisi Pride/Queer Initiative


Deutschland



Pride und Queere Migration

Die erste Marzahn Pride fand ausgerechnet im Juni 2020 mitten in der Pandemie statt, während die meisten Veranstaltungen in Deutschland abgesagt wurden und sich das öffentliche Leben weitgehend ins Private verlagert hatte. Unter dem Motto „Seid stolz mit uns — Stolz auf Marzahn“, war es den Organisator*innen von Quarteera e.V. wichtig zu zeigen, dass queeres Leben nicht nur im Zentrum Berlins existiert. Marzahn-Hellersdorf ist ein Bezirk im Nordosten Berlins, etwas außerhalb vom Stadtzentrum gelegen, in dem es eine der größten Diaspora in Berlin gibt, die nach dem Zerfall der Sowjetunion aus diesen Ländern dorthin emigriert ist. Für viele Aktivist*innen weckt Marzahn ambivalente Gefühle: einerseits Erinnerungen an Heimat und Nachbarschaft, andererseits Assoziationen mit Ausgrenzung, grauen Hochhäusern und rechtsextremer Gewalt. Mit der Pride war es uns wichtig Vorurteile auf beiden Seiten abbauen - zwischen der LSBTIQ*-Community und den Bewohner*innen des Bezirks, die aus den gleichen Herkunftsländern nach Deutschland gekommen sind. Sie zeigt, dass gemeinsame Erfahrungen von Migration, Ausgrenzung und Identität verbinden können. Zugleich ist Marzahn Pride ein Raum der Selbstermächtigung: Ein Ort, an dem queere Menschen aus Osteuropa, Zentralasien und dem Kaukasus sich gesehen und gehört fühlen, wo Dialog entsteht und Solidarität erlebbar wird.

Die Organisation der Pride ist eine enorme Herausforderung für ein kleines,



größtenteils ehrenamtliches Team. Sie erfordert Zeit, Energie, finanzielle Mittel und vor allem Sicherheitskonzepte, insbesondere angesichts wachsender rechtsextremer Bedrohungen. Dennoch gelingt es Jahr für Jahr, ein sicheres, offenes und vielfältiges Fest zu gestalten. Marzahn Pride wird organisiert von und für die LSBTIQ* Community mit Migrations- und Fluchtgeschichte aus Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien. Während viele Mitglieder insbesondere nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den 90ern oder frühen 2000er Jahren als sogenannte Spätaussiedler*innen oder jüdische Kontingentflüchtliche nach Deutschland migriert sind, sind auch in den letzten Jahren, und speziell seit Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, LSBTIQ* Geflüchtete aufgrund von Krieg und Okkupation oder aufgrund von Verfolgung und Verbreitung queerfeindlicher Gesetze aus ihren Herkunftsländern nach Deutschland geflohen.

Die Veranstaltung bringt queere Migrant*innen, Geflüchtete, lokale Bewohner*innen, Aktivist*innen, Politiker*innen und Familien zusammen. Hier sind auch Eltern und Familienangehörige von queeren Menschen, die zum Pride kommen, um ihre Kinder zu unterstützen oder queere Jugendliche und junge Erwachsene, die zwar schon in Deutschland geboren, aber familiäre Migrationsgeschichte mitbringen. Auch die lokale queere Community aus dem Bezirk ist vertreten, so ist die älteste Teilnehmerin 85 Jahre alt, die jedes Jahr die Marzahn Pride besucht.

Die Migrationserfahrung sowie die Zugehörigkeit zur LSBTIQ* Community verbindet; die Marzahn Pride ist ein Ort, an dem diese Erfahrungen gesehen und geteilt werden können. Queere Geflüchtete stehen vor ganz konkreten Herausforderungen, vor allem in Zeiten mit einer starken extremen Rechten und einer verschärften Migrationspolitik. Viele queere Geflüchtete leben in Deutschland mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus. Das Erlernen der deutschen Sprache ist mühsam, ebenso wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder die Suche nach Arbeit im eigenen Berufsfeld. Hinzu kommen Erfahrungen von Mehrfachdiskriminierung sowie queerfeindlicher, sexueller und rassistischer Gewalt. Einsamkeit und Isolation begleiten diesen Weg oft und erschweren

es zusätzlich, sich eine neue Zukunft aufzubauen.

Die erste Marzahn Pride fand ohne große Erwartungen statt, da die Pride vor allem ehrenamtlich und aus der Community heraus organisiert wurde, zudem entfernt vom Berliner Zentrum inmitten der Pandemie stattfinden sollte. Dennoch wurde die Marzahn Pride schnell zu einem offenen, inklusiven Ereignis für Menschen aus ganz Berlin. Trotz pandemischer Zustände kamen um die 500 Teilnehmenden, um gemeinsam für Sichtbarkeit und Akzeptanz einzustehen. Ein zentrales Anliegen war von Beginn an, migrantische queere Perspektiven sichtbar zu machen, insbesondere von Menschen, die aus Ländern stammen, in denen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität verfolgt werden. Marzahn Pride steht seitdem für Solidarität mit all jenen, die durch die Zugehörigkeit zur LSBTIQ* Community in ihren Herkunftsländern nicht sicher und frei leben können und die durch die Intersektion aus Queer und Migrantisch sein, Mehrfachdiskriminierung in Deutschland erleben.

Mit einem Manifest mobilisieren wir nicht nur im Vorfeld, sondern möchten deutlich machen, wofür wir eintreten. Auch wenn wir die Marzahn Pride zum Feiern der Vielfalt der queeren Community nutzen wollen, ist für uns die Pride auch ein Protest und eine Demonstration für die Rechte der LSBTIQ* Community. Dazu gehört auch Aufmerksamkeit zu generieren, für diejenigen, die keine Pride in ihren Ländern organisieren können oder nur unter massiven Sicherheitsvorkehrungen.

Ein Auszug aus dem Marzahn Pride Manifest von 2023: „Wir solidarisieren uns mit allen Menschen, die von Krieg, Kolonialismus, Imperialismus, Patriarchat und diktatorischen Regimen betroffen sind. Wir stehen allen LGBTIQ* Menschen bei, die in ihren Herkunftsländern, auf der Flucht oder in vermeintlich sicheren Ländern diskriminiert werden und Gewalt erfahren. Wir fordern für alle ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Würde. LGBTIQ* Rechte waren, sind und bleiben Menschenrechte!“

Seit 2020 hat sich Marzahn Pride jährlich weiterentwickelt und ihren Fokus den politischen Herausforderungen angepasst.



Marzahn Pride 2025. Foto von Johannes Pöl.

- 2022 stand die Veranstaltung unter dem Motto „Pride statt Leid“, ganz im Zeichen der Solidarität mit der ukrainischen LSBTIQ*-Community im Kontext des russischen Angriffskriegs. Ukrainische Musik, Flaggen und Redebeiträge prägten die Veranstaltung.
- 2023 wurde erstmals eine ganze Pride-Woche in Marzahn-Hellersdorf organisiert, die in einem Straßenfest mit 1000 Teilnehmenden gipfelte. Politiker*innen, Aktivist*innen und Künstler*innen setzten ein klares Zeichen für Toleranz und Vielfalt.
- 2024 erreichte die Pride große mediale Aufmerksamkeit, aber auch Anfeindungen durch rechtsextreme Gruppen, die im Vorfeld Sticker und Hasssymbole entlang der Route platzierten.
- 2025 schließlich fand die Pride unter dem Motto „Wir sind verschieden. Wir stehen zusammen“, statt. Sie wurde mit über 2000 Besucher*innen zur größten ihrer Art und markierte einen Höhepunkt in der Geschichte der Marzahn Pride. Trotz einer angemeldeten rechtsextremen Gegendemonstration blieb sie friedlich, auch dank eines breiten Netzwerks solidarischer Gruppen.

In den letzten Jahren hat Marzahn Pride gezeigt, dass queeres Leben überall stattfinden kann, auch außerhalb der urbanen Zentren. Viele Anwohner*innen reagieren inzwischen mit Neugier und Offenheit: Sie winken den Demonstrierenden zu, unterstützen die Veranstaltung oder beteiligen sich aktiv. Lokale Institutionen wie Bibliotheken, Jugendzentren und soziale Initiativen helfen regelmäßig mit, Flyer und Plakate zu verteilen.

Marzahn Pride ist heute ein Symbol für Dialog, Vielfalt und Solidarität. In den letzten sechs Jahren sind in Marzahn immer mehr Regenbogenfahnen aufgetaucht, an den Türen von Sozial- und Jugendzentren, dem öffentlichen Nahverkehr und auch der örtlichen Hochschule. Auch sind im Bezirk viele neue Initiativen für queere Jugendliche, FLINTA-Personen und Regenbogenfamilien entstanden. Online lassen sich mittlerweile einige Informationen zu verschiedenen Workshops zu Gender und sexueller Identität, Sexualaufklärung, Selbsthilfegruppen und Treffpunkten

der queeren Community in Marzahn-Hellersdorf finden. Ein zentraler Meilenstein war auch die Eröffnung unseres queeren Community-Zentrums, das vor Ort einen lokalen Safe Space und vielfältige Veranstaltungen bietet.

Trotz einzelner Angriffe, etwa durch Beleidigungen, Spucken oder das Entreißen von Regenbogenflaggen, überwiegt der Mut und die Entschlossenheit der Community, sichtbar zu bleiben. Es ist eine Plattform, auf der Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen zeigen, dass ein friedliches, respektvolles Zusammenleben möglich ist. In nur sechs Jahren ist aus einer kleinen Idee ein bedeutendes Zeichen für Gleichberechtigung, Sichtbarkeit und Hoffnung geworden.

Rechtslage, Bedrohungen und Schlüsselvorfälle, die LSBTIQ* Gemeinschaften betreffen

Während im Nationalsozialismus Homosexualität strafrechtlich verfolgt und zur Inhaftierung und Ermordung in Konzentrationslager führte, dauerte die Kriminalisierung nach §175 StGB auch noch weit nach Ende des Zweiten Weltkriegs bis mindestens ins Jahr 1969 in der Bundesrepublik Deutschland an. 10 Jahre später fand im Jahr 1979 der erste CSD statt. Die gleichgeschlechtliche Ehe ist in Deutschland seit dem 01. Oktober 2017 legal (19;20). Seit November 2024 gilt in Deutschland zudem ein Selbstbestimmungsgesetz, welches das davor geltende Transsexuellengesetz ersetzt. Es ermöglicht trans*, inter* und nicht-binären Personen, ihren Vornamen und den Geschlechtseintrag im Personenstandsregister selbstbestimmt und ohne psychologische Gutachten oder gerichtliche Verfahren zu ändern.

Die LSBTIQ* Community hat sich in den letzten Jahrzehnten hart ihre Rechte erkämpft, für ihre Existenz, ihre Freiheit und Gleichberechtigung. Mit dem Erstarken rechtsextremer und konservativer Kräfte, mit queerfeindlicher Desinformation und der Normalisierung von rechten Narrativen steht die LSBTIQ* Community in Deutschland aktuell vor der Herausforderung, bereits erkämpfte Rechte gegen diesen Backlash zu verteidigen, auch in den Regionen und kleineren Außenbezirken. Im Jahr 2025 konnten in ganz Deutschland von den 245 CSD Veranstaltungen 110

davon nicht ungestört stattfinden, darunter fanden sich 43 rechtsextreme Gegendemonstrationen (1). Queermigrantische Veranstaltungen sind dabei besonders im Blickfeld von Rechtsextremist*innen, da sich ihre Gegendemonstrationen einerseits gegen Migrant*innen und Geflüchtete richten und gleichzeitig gegen Mitglieder der LSBTIQ* Community. Rechtsextremist*innen bedienen sich ideologisch ähnlichen Narrativen, die auch im Kontext Russlands Desinformation genutzt werden, wie der Kampf für „traditionelle Werte“, für den „Schutz von Kindern“, Hass richtet sich speziell gegen trans*Personen, und insgesamt werden queere Inhalte als „Homopropaganda“ bezeichnet. Queerfeindliche Hassgewalt steigt. In Berlin wurden im Jahr 2023 588 queerfeindliche Straftaten und damit ein deutlicher Anstieg zu den Jahren zuvor (483 Straftaten in 2022 oder 229 Straftaten im Jahr 2018) verzeichnet (21).

Neben der Planung des organisatorischen Ablaufs und der Erstellung eines zusätzlichen kulturellen und politischen Programms für die Pride stellt die Sicherheit der Teilnehmenden daher eine absolute Priorität dar. Marzahn-Pride wurde von Anfang an von der rechten Szene diffamiert, beobachtet und von einzelnen Personen versucht zu verhindern. In den vergangenen sechs Jahren wurden Mitglieder unserer Community beleidigt, bespuckt und körperlich attackiert.

Unter dem Motto der Marzahn Pride im Jahr 2025 „Wir sind verschieden. Wir stehen zusammen“ war es uns wichtig, auf die Folgen der zunehmenden Polarisierung unserer Gesellschaft aufmerksam zu machen. Viele von uns mussten vor autoritären Regimen, Kriegen und Diktaturen fliegen. Heute sehen wir wie auch in Deutschland Politiker*innen Angst und Hass zu einem der wichtigsten Instrumente im Diskurs machen. Daher hat diese Marzahn Pride einen besonderen Stellenwert, um zu zeigen, wie wichtig Solidarität ist und warum es wichtig ist, unsere Gesellschaft zu vereinen, anstatt sie zu spalten. Zum ersten Mal waren wir mit einer ganzen angemeldeten Gegendemonstration der rechtsextremen Gruppe „Deutsche Jugend Voran“ konfrontiert, die über Bundesländer hinweg für ihre Veranstaltung mobilisiert hatte. Aufgrund der vorangegangenen vielen Angriffe auf queere Einrichtungen und Veranstaltungen, war uns bewusst,

dass wir in diesem Jahr einen ganz besonderen Fokus auf die Sicherheit der Pride-Teilnehmenden legen mussten. Wir waren überwältigt von den vielen Unterstützungsangeboten diverser Gruppen, die uns mit dem Schutz der Veranstaltung unterstützen wollten.

Die Polizei des Bezirks Marzahn arbeitet seit sechs Jahren im Allgemeinen gut mit unserer Organisation zusammen, mit der wir während der Pride stets in direktem Kontakt stehen. Die Polizei hat uns in Vergangenheit über drohende Gefahren gegen den Marzahn Pride informiert und uns die Vorgehensweise in verschiedenen Situationen erläutert. In allen uns bekannten Fällen aggressiven Verhaltens einzelner Personen gegenüber unserer Community erfolgte die Reaktion der Polizei umgehend.

Obwohl wir eine Meldung seitens der Polizei erhielten, dass eine rechtsextreme Gegendemonstration angemeldet wurde, die fast parallel auf derselben Route stattfinden sollte, wie unsere Pride, haben wir erst nach viel öffentlichen Druck, auch und insbesondere von lokalen Politiker*innen, ausgeweitete Sicherheitsmaßnahmen zugesichert bekommen. Trotz der Bedrohungslage wurde jedoch die rechtsextreme Demonstration nicht an einen anderen Ort verlegt, obwohl es in den Wochen zuvor vermehrt queerfeindliche Angriffe auf queere Veranstaltungen und Einrichtungen gab.

Während der gesamten Marzahn Pride filmten einige Rechtsextreme den Pride Aufzug und die Teilnehmenden. Dabei handelt es sich um einen altbekannten Versuch von Rechtsextremen, seine Gegner*innen durch die Veröffentlichung von Bild- und Videoaufnahmen einzuschüchtern. Trotz Versuche, die Polizei zu bitten, die filmenden Rechtsextremen von der Veranstaltung zu entfernen, ist dies nicht geschehen. Vielmehr hatten wir es Initiativen und engagierten Gruppen zu verdanken, dass sie mit ihren Regenschirmen die Sicht auf die Teilnehmenden der Pride versperrt haben, um diese so vor Filmaufnahmen zu schützen.



Marzahn Pride 2025. Foto von Johannes Pøl.

Strategien für Prävention, Schutz und Resilienz

Zu den Maßnahmen, eine möglichst sichere Pride zu organisieren, gehören demnach Sicherheitsgespräche im Vorfeld mit der Polizei und der kontinuierliche Austausch während der Pride bei potentiellen Auffälligkeiten oder Störversuchen, die Anwerbung und Ausbildung von ehrenamtlichen Ordner*innen aus der queeren Community selbst, welche die Demonstration begleiten und als sensibilisierte Ansprechpersonen für die Teilnehmenden fungieren, die Sicherstellung, dass auch eine Person mit Erste Hilfe Ausbildung vor Ort bzw. auch professionelle Sanitäter*innen anwesend sind. Seit zwei Jahren haben unsere Community und alle Teilnehmenden im Rahmen von Marzahn Pride die Möglichkeit, bei Bedarf Unterstützung von einem unserer qualifizierten ehrenamtlichen Psycholog*innen zu erhalten und während des gesamten Stadtfestes neben dem Erste-Hilfe-Zelt zur Verfügung stand.

Die größten Bedrohungen sind bei der An- und Abreise zur Pride gegeben, so fanden Anfeindungen zumeist auf dem Weg zum oder im öffentlichen Nahverkehr statt. Eine Maßnahme, die sich hier bewährt hat, war die Organisation von Treffpunkten zur gemeinsamen Anreise als Gruppe. Vor und während der Pride haben Teilnehmende die Möglichkeit einem Live-Ticker über Telegram zu folgen, in dem auch Informationen zur Route, zum Ablauf und Sicherheitsvorkehrungen zu finden sind. Zu anderen Veranstaltungen, die wir organisieren, ob im Kontext von Pride oder nicht, bitten wir alle Interessierten, sich anzumelden. Bei sehr sensiblen Veranstaltungen wird der Veranstaltungsort erst bei Anmeldung und kurz vor dem Beginn mitgeteilt. Auch fingen wir an, hin und wieder Veranstaltungen zu organisieren, welche den Schwerpunkt auf Sicherheit hatten, wie zum Beispiel Workshops zur Selbstverteidigung, Aufklärungsveranstaltungen zu den eigenen Rechten und auch wie Anzeigen bei der Polizei gestellt werden können.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse war für uns die Bedeutung der Unterstützung seitens der Zivilgesellschaft und engagierten Initiativen. In Berlin haben wir das große Privileg von engagierten Gruppen umgeben zu sein, davon viele gemeinnützige Vereine, Hilfsorganisationen, diverse queere und migrantische Initiativen und Gruppen, die sich solidarisch zeigen, an der Marzahn Pride teilnehmen, ob bei der Pride selbst oder auch beim anschließenden Stadtfest. Auch gibt es grundsätzlich diverse Möglichkeiten, sich mit anderen Organisationen oder Gruppen zu vernetzen, sich über alle möglichen Entwicklungen auszutauschen und zusammenzuarbeiten, an gemeinsamen Stellungnahmen, an der Ausarbeitung von Handlungsmöglichkeiten und auch Strategien sich selbst und seine Community Mitglieder zu schützen. Uns eint das Verständnis, dass ein Angriff auf einen, ein Angriff auf alle ist und wir nur gemeinsam den realen Gefahren von Rechtsextremismus entscheidend etwas entgegensetzen können.

Zudem erhalten wir Unterstützung von der lokalen Politik, die sich ebenfalls an der Pride mit Ständen beteiligen und solidarisch mitlaufen. In Berlin wurde sogar eine Stelle als queerpolitische Ansprechperson geschaffen, um den Belangen der LSBTIQ* Community mehr Gehör zu verschaffen und die sich insbesondere auch im Kampf gegen Queerfeindlichkeit einsetzt. Zusätzlich gibt es in einigen wenigen deutschen Bundesländern, darunter aber auch in Berlin, LSBTIQ* Ansprechpersonen bei der Polizei, welche für die Belange der queeren Community sensibilisiert sind und Betroffene im Falle von queerfeindlichen Straftaten unterstützen können. Im Land Berlin hat außerdem im Jahr 2024-2025 ein Runder Tisch mit queeren Organisationen, Polizei und Verwaltung getaggt. Mithilfe von zusätzlichen Arbeitsgruppen konnten Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Queerfeindlichkeit in Berlin erarbeitet werden. Die Empfehlungen hierzu werden dem Berliner Senat sowie der Öffentlichkeit bereitgestellt, sowie eine Handreichung zum Umgang bei queerfeindlichen Vorfällen.

Seit 2020 standen auf der Bühne der Pride viele wichtige Akteure der lokalen Politik aus Marzahn-Hellerdorf und Marzahner Behörden. Außerdem hat unsere Arbeit der Berliner Senat, das Berliner Jugendamt

und die Queerbeauftragte des Bezirkes unterstützt - eine Position, die 2023 geschaffen wurde, ebenso wie der Queer-Beirat im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Um die Marzahn Pride erfolgreich realisieren zu können, haben wir in den letzten drei Jahren finanzielle Unterstützung vom Bezirk Marzahn erhalten. Allerdings reichen diese nicht aus, um alle Kosten und benötigten Ressourcen abzudecken. Kosten entstehen unter anderem durch die Anmietung eines Autos und der Stände, der Technik, der Bühne und des Bühnenprogramms des Stadtfestes. Bislang hat die Marzahn-Pride eine sichere Unterstützung vom Bezirk Marzahn-Hellersdorf bekommen. Eine sichere Ausfinanzierung nicht nur von der Marzahn Pride, sondern auch von den Community Projekten und Hilfsangeboten für queere Geflüchtete, wie unsere Beratungsstelle, die Beratungen zum Aufenthalt in Deutschland, zu sozialen Fragen und psychologischen Bedarfen anbietet, sind essentiell für eine nachhaltige und langfristige Weiterarbeit.

Burnout und Erschöpfung unter Ehrenamtlichen und Mitarbeiter*innen stellt insbesondere nach Großveranstaltungen mit hohem Ressourcenaufwand eine ernstzunehmende Herausforderung für jede Organisation dar. Auch nach dem Marzahn Pride kam es zu Überlastungssituationen, die wir jährlich analysieren, um ihnen künftig besser vorzubeugen.

Zum zweiten Mal in Folge gewährte unsere Organisation allen Mitarbeitenden daher eine zusätzliche Woche bezahlten Urlaub nach dem Abschluss der Pride-Monate. Zudem führen wir Gespräche, um die Bedeutung klarer Aufgabenverteilung und wirksamer Delegation hervorzuheben und zu verhindern, dass einzelne Personen übermäßig viele organisatorische Prozesse allein tragen müssen. Eine Form, weiterhin resilient sein zu können, ist zu lernen, sich auch um sich selbst kümmern zu müssen, Pausen zu nehmen und seine mentale und körperliche Gesundheit ernst zu nehmen. Dafür organisieren wir regelmäßig Community Treffen, die nur zur Erholung und dem Auftanken der eigenen Batterien dienen.

Die nächste Marzahn Pride findet am 20. Juni 2026 statt.



von **Galina Terekhova,**

*Vorstandsmitglied von Quarteera e.V. und seit 2020
Mitorganisatorin der Marzahn Pride. Engagiert sich seit 2012
ehrenamtlich im Verein.*

Moldau



Pride-Bewegung in Moldau

Die Bewegung in Moldau begann still und leise mit Community-Treffen, gegenseitiger Unterstützung und kleinen Kulturveranstaltungen, die den Menschen dabei halfen, sich zu vernetzen und sich weniger isoliert zu fühlen. Pride war am Anfang kein Marsch, sondern eine Woche lang geschlossener Community-Veranstaltungen unter dem Namen „Rainbow over Dniester,“ (2002). Der Titel bezog sich auf den gesamten Aktivitätenplan, darunter Konferenzen, Diskos, Filmabende und Unterstützungsrunden, die darauf abzielten, Selbstvertrauen und ein Zugehörigkeitsgefühl zu stärken. Öffentliche Versammlungen waren unerreichbar. Jeder Versuch erforderte eine Genehmigung des Bürgermeisteramtes, die routinemäßig verweigert wurde.

„Wir hatten weder das Recht noch die Möglichkeit, einen Pride-Marsch zu organisieren. Stattdessen veranstalteten wir Indoor-Events, in sicheren Räumen, nicht auf den Straßen, weil das Bürgermeisteramt jedes Mal die Genehmigung verweigerte.“

Die Rechtslage änderte sich mit dem Gesetz von 2008 über die Versammlungsfreiheit. Auf dem Papier öffnete es eine Tür: Versammlungen von weniger als fünfzig Personen benötigten keine Genehmigung, während größere Veranstaltungen angemeldet werden mussten, damit die Polizei Verkehr und Sicherheit planen konnte. Es war und ist ein gutes Gesetz. Die Praxis hinkte jedoch hinterher. Rathäuser lernten, Märsche auf prozedurale Weise zu blockieren. An Freitagen eilte das Bürgermeisteramt vor Gericht,

wenn eine Veranstaltung für das Wochenende geplant war. Ein Verbot in erster Instanz traf rechtzeitig ein, um den Marsch zu stoppen. Am Montag wurde das Berufungsverfahren gewonnen, doch das Zeitfenster war geschlossen. Dieses Muster wiederholte sich über Jahre hinweg und zeigte, dass schriftliche Garantien ein Recht nicht schützen, das Beamte nicht in Anspruch nehmen wollen.

2013 änderte sich der Ansatz. In diesem Jahr entschieden die Organisator*innen, die Risiken zivilen Ungehorsams in Kauf zu nehmen und trotz des Verbots zu marschieren. Ausgangspunkt war die US-Botschaft, und mit mehreren anwesenden Botschafter*innen war die Polizei gezwungen, die Menschenmenge zu schützen. Die Kolonne rückte etwa hundert Meter vor, bevor die Einsatzkräfte die Räumung befahlen, da sich eine feindselige Gruppe näherte. Es war der erste Marsch, und er veränderte die Erwartungen auf beiden Seiten.

„Wir haben lange darüber diskutiert und beschlossen, die Gerichtsentscheidung dieses Mal nicht zu befolgen. Wir würden starten, auch wenn wir schnell stoppen müssten. Mit Botschafter*innen an unserer Seite musste die Polizei uns schützen, und zum ersten Mal konnten wir zeigen, dass die Straße auch uns gehört.“

Die folgenden Jahre drehten sich um Taktiken und Methoden. Von 2013 bis 2018 war das Planen von Treffen mit der Polizei detailliert und oft angespannt. Der Druck, die Route, das Datum oder das Format zu ändern, war konstant. Jedes Mal kam das Team mit einem Anwalt, einem schriftlichen Plan, Karten, Zeitplänen und einer klaren roten Linie, dass das Versammlungsrecht nicht verhandelbar sei. Intern fanden die Organisator*innen einen gleichmäßigen Rhythmus: Start- und Endzeiten waren vorab festgelegt, Kommunikationsabläufe wurden geprobt und ein schneller Evakuierungsplan war immer bereit. Saison für Saison bauten beide Seiten ihr institutionelles Gedächtnis auf. Die Organisator*innen lernten, ihre Aufgaben zu dokumentieren und konsequent umzusetzen. Die Polizei lernte, Disziplin und Vorhersehbarkeit zu erwarten.

2019 überschritt die Beziehung eine Schwelle. Es war der erste gut geschützte Marsch und das erste professionelle Planungstreffen mit der Polizei. Diskutiert wurden logistische Fragen: Adressen, Uhrzeiten, Sperren

und Ausgänge. Die Einsatzkräfte erklärten, dass Schutz gewährt würde. Als Gegendemonstrierende die Straße blockierten, entfernte die Polizei sie, anstatt den Marsch zu evakuieren. Nachrichtensender machten daraus eine Kontroverse, doch die Kolonne kam schließlich zum Ziel und wurde zum Standard für zukünftige Märsche.

Die letzten Jahre haben diese Praxis bestätigt. Die Organisator*innen hatten die rechtliche Grundlage und den praktischen Spielraum, den Marsch abzuhalten, und die Polizei folgte nicht länger politischen Signalen aus dem Rathaus. Jede Saison beginnt mit derselben Erinnerung: Der Bürgermeister kann einen Marsch nicht verbieten, nur ein Gericht, und nur dann, wenn davon auszugehen ist, dass die Versammlung nicht friedlich verläuft. Die Pride-Märsche sind friedlich. 2023 und 2024 schützte die Polizei die Veranstaltung trotz öffentlicher Aussagen des Bürgermeisteramtes gemäß dem Gesetz. 2025 traten neue Komplikationen auf, doch das Kernprinzip blieb unverändert: Das Recht zu marschieren wurde anerkannt, und Schutz wurde als Pflicht, nicht als Gefallen behandelt.

Rund um die Pride-Woche setzen geschlossene Community-Formate für Fürsorge und Kultur ihre Arbeit fort. Sie bieten Zeit zur Erholung, zur Vorbereitung und zur Erfüllung von Bedürfnissen, die nicht in den Nachrichten erscheinen. Öffentlichkeitswirksame Logistik bleibt diszipliniert und Evakuierungen werden bei Bedarf schnell durchgeführt. Dieses Gleichgewicht, geprägt von Fürsorge im Inneren und Disziplin nach außen, hat Wachstum ermöglicht, ohne die Menschen zu überlasten, welche die Arbeit tragen.

Rückblickend ist der Weg der Bewegung leicht zu erkennen, da er schrittweise verlief: von Zusammenkünften in Räumen zu Protesten auf den Straßen, vom Bitten um Erlaubnis zum Einfordern des Versammlungsrechts, von Evakuierungen mitten im Marsch bis zum Abschluss der Route unter rechtlichem Schutz. Pride in Moldau bleibt ein jährlicher Test dafür, ob die Versammlungsfreiheit für alle funktioniert, und ein Maß dafür, wie viel noch zu tun bleibt.

Rechtliche Situation von LSBTIQ* in Moldau

Rechtlich befindet sich Moldau irgendwo zwischen Fortschritt und unerledigter Arbeit. Seit 2021 hat sich der Rahmen verbessert: Das Gesetz erkennt nun an, wer wir sind, und legt den Schutz fest, der uns zusteht. Dennoch bestehen wichtige Lücken, die das tägliche Leben betreffen und uns oft vor Gericht bringen. Unser juristischer Weg verläuft daher auf zwei Ebenen: formale Garantien auf dem Papier und strategische Prozessführung, um diese in die Praxis umzusetzen.

2021 nahm das Parlament sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität als geschützte Merkmale in das Antidiskriminierungsgesetz auf. Das Strafgesetzbuch und das Verwaltungsrecht wurden geändert, um Anstiftung zu Diskriminierung und Hassverbrechen abzudecken. Das Strafrecht behandelt nun Vorurteile als erschwerenden Umstand bei Straftaten. Dies schuf einen rechtlichen Mindeststandard, den wir zuvor nicht hatten. Wenn wir auf Polizei, Staatsanwälte oder Behörden treffen, verweisen wir auf den Gesetzestext und die Begründung der Gerichte und sagen: „Das gilt für uns.“

„Wir betreiben strategische Prozessführung und haben bewiesen, dass dieses Gesetz auch die LSBTIQ* Gemeinschaft schützt. 2021 war ein sehr wichtiges Jahr für uns.“

Was weiterhin fehlt, prägt das tägliche Leben. Es gibt keine rechtliche Anerkennung des Geschlechts. Unser Rechtsverfahren liegt derzeit beim Verfassungsgericht und wir warten auf die Entscheidung. Ohne rechtliche Geschlechtsanerkennung können trans*Personen ihre Dokumente nicht an ihre Identität anpassen und stoßen ständig auf Hindernisse im Gesundheitswesen, bei der Arbeit, in der Bildung, im Bankwesen, beim Wohnen und beim Reisen. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften werden gesetzlich nicht anerkannt. Es gibt keine Ehe, Partnerschaft oder zivile Lebensgemeinschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Nach den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in ähnlichen Fällen haben wir eigene Klagen zur Anerkennung von Partnerschaften eingereicht. Wir haben zunächst verloren und gehen nun in Berufung. Solange sich dies nicht ändert, bleiben gleichgeschlechtliche Paare gesetzlich unsichtbar

und haben keinen Zugang zu Routine-Schutzmaßnahmen, die andere für selbstverständlich halten. Deshalb verbinden wir Prozessführung mit kontinuierlicher Aufklärung, indem wir Fall für Fall aufzeigen, was Nichtanerkennung für Familien bedeutet.

Für Pride bleibt das Versammlungsfreiheitsgesetz von 2008 unser Rückgrat. Wenn eine Veranstaltung weniger als 50 Teilnehmerinnen hat, ist keine Genehmigung erforderlich. Bei größeren Gruppen reichen wir eine Anmeldung ein. Seit 2019 hat sich unsere Zusammenarbeit mit der Polizei verbessert. Die Treffen konzentrieren sich auf die Logistik, und der Standard ist klar: Friedliche Versammlungen sind geschützt. Bürgermeister*innen äußern jedoch weiterhin homofeindliche Kommentare rund um Pride. Wir dokumentieren diese Aussagen und verlassen uns auf die Polizei und die Gerichte, um das Gesetz durchzusetzen.

Staatliche Finanzierung für LSBTIQ* Arbeit ist nahezu nicht vorhanden. Die einzige stabile öffentliche Förderung erhalten wir für HIV-Prävention über das Global-Fund-Modell. Alles andere — Rechtshilfe, psychologische Unterstützung, Bildungs- und Community-Programme — hängt von internationaler Unterstützung ab. Diese Mittel halten Hotlines offen, ermöglichen die Vorbereitung von Rechtsfällen und erlauben es uns, zwischen den Pride-Saisons grundlegende Sicherheit und Versorgung anzubieten.

Aktuelle Risiken, Bedrohungen und bedeutende Vorfälle, die LSBTIQ* Gemeinschaften betreffen

Unsere Risiken kommen gleichzeitig aus drei Richtungen: politische Warnungen, Gegenmobilisierung auf der Straße und Institutionen, die das Gesetz, das sie eigentlich schützen sollen, nicht immer anwenden. Jede Pride-Saison folgt demselben Muster: eine Erklärung des Rathauses, eine Welle von Talkshow-Beiträgen und Posts, gefolgt von kleinen Gruppen, die versuchen, die Route zu blockieren. Vor 2019 endete das oft damit, dass wir mitten im Marsch evakuiert wurden. Seit 2019 räumt die Polizei die Blockierer*innen

weg und hält die Route offen; dennoch planen wir jedes Jahr weiterhin eine schnelle Evakuierung. Wir gehen davon aus, dass sich die Lage jederzeit schnell ändern kann und bereiten uns darauf vor. Mediendruck bleibt Teil des Gefahres. Wenn die Polizei ihren Job macht, drehen propagandistische Medien die Geschichte zu „Polizei schützt LSBTIQ*; Polizei ist gewalttätig gegen Gläubige.. Das Ziel ist, die Deutungshoheit zu kontrollieren, zu signalisieren, dass unsere Rechte bedingt seien, und die Polizei davor zu warnen, uns beim nächsten Mal zu schützen. Dieser Kreislauf beeinflusst, wie neutrale Zuschauerinnen „öffentliche Ordnung„ verstehen, und erhöht den Druck für den Pride im nächsten Jahr.

Der Einfluss Russlands zieht sich durch dieses gesamte Umfeld. Die Argumentationsmuster sind vertraut — „die Familie schützen,, „Kinder verteidigen,, „fremde Ideologie,, „westliche Agenten,,. Sie wandern aus russischen Medien in lokale Kanäle und dann in die Kommunalpolitik. Das Ziel ist, zu polarisieren und selbst Sichtbarkeit als gefährlich erscheinen zu lassen. Während der Pride-Saison tauchen dieselben Frames auf Fernsehbildschirmen und in Telegram-Kanälen auf, oft wortwörtlich identisch. Das ist ein Drehbuch, keine Debatte. Es ermutigt kleine Gruppen, sich gegen uns zu versammeln, und präsentiert anschließend ihre Aggression als Beweis dafür, dass unser Marsch den „Frieden,, bedrohe. Gleichzeitig wird Polizeiarbeit zum Loyalitätstest: das Gesetz schützen oder ein Narrativ schützen. Wir antworten, indem wir zu den Grundlagen zurückkehren: Friedliche Versammlung ist geschützt, und wir behandeln jede Provokation als Botschaft, die es zu managen gilt, nicht als Grund, die Route aufzugeben. Die Wirkung ist real. Wenn Amtsträger*innen diese Frames wiederholen, erhöhen sie die sozialen Kosten von Schutzmaßnahmen und steigern das Risiko für Teilnehmer*innen.

Transnistrien fügt eine eigene, gefährlichere Ebene hinzu. Früher bin ich dorthin gereist, um Fachkräfte zu SOGI-Themen zu schulen, aber seit sie dieses Anti-LSBT-Gesetz verabschiedet haben, ist es für mich gefährlich, dorthin zu gehen. Informationen über LSBTIQ* Personen sind abgeschottet und das Umfeld ist feindlich gegenüber externer Unterstützung. Die wirtschaftliche Krise der Region, bedingt durch Russlands Krieg und Sanktionen, den Wegfall subventionierten Gases und Moldaus geringere Stromkäufe, schafft eine Volatilität, die Behörden ausnutzen können. Unter diesen Bedingungen

können wir Menschen in Transnistrien keine direkte Unterstützung leisten. Wenn LSBTIQ* Personen aus der Region uns um Hilfe bitten, besteht unsere einzige Möglichkeit darin, ihnen zu raten, nach Chişinău umzuziehen und sie dann bei Dokumenten und Staatsbürger*innenschaft zu unterstützen. Das ist nicht die Lösung, die wir wollen, aber derzeit die einzige sichere Option. Russlands Druck zeigt sich hier in alltäglichen Einschränkungen: geschlossene Institutionen, kontrollierte Medien und ein rechtliches Klima, das Menschen isoliert und den Kontakt zu uns bestraft.

Im Land selbst prägen dieselben Themen den öffentlichen Diskurs. Rund um Wahlen oder Referenden nimmt homofeindliche Rhetorik zu und lokale Akteure kopieren die ‚moralische Panik‘-Linien, die von russischen Medien verbreitet werden. Die Methode ist einfach: die Grenze zwischen öffentlicher Sicherheit und moralischer Panik verwischen, bis das Versammlungsrecht wie eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit erscheint. Unsere Antwort ist Geduld und Dokumentation. Wir bereiten juristische Dossiers vor, führen genaue Aufzeichnungen über jeden Vorfall und zeigen, dass unsere Versammlungen friedlich, rechtmäßig und geschützt sind. Wir verfolgen nicht jede Beleidigung oder jedes Gerücht, sondern konzentrieren uns auf das, was Ergebnisse verändert: den Gesetzestext, Gesprächsprotokolle, verlässliche Zeug*innen und eine Route, die wir absolvieren können.

Auch innerhalb der Bewegung gibt es Arbeit zu tun. Ich beobachte „divide-and-rule“-Taktiken, und damit Versuche, „LSB von T zu trennen..“. Als Sozialpsychologin nenne ich dies „den größten Fehler..“, den wir machen könnten. Unser gemeinsamer Kampf muss sowohl gegen Homofeindlichkeit als auch gegen Transfeindlichkeit geführt werden. Dieselben externen Narrative, die der Öffentlichkeit sagen, wir seien eine Bedrohung, versuchen uns einzureden, wir seien gegenseitig das Problem. Wir weisen diese Logik zurück und halten eine offene Plattform für LSBTIQ* Organisationen und Aktivist*innen in Moldau aufrecht, um Fragmentierung zu verhindern. „Alle sind willkommen..“. Wir halten gemeinsame Treffen ab, teilen grundlegende Sicherheitspraktiken und investieren in Konfliktlösungskompetenzen, wenn Spannungen auftreten. Diese Plattform ist auch der Ort, an dem jüngere Aktivist*innen Sicherheitsprotokolle und die Sprache der Rechte lernen, damit die nächste Generation dieselben Lektionen nicht erneut unter Druck erlernen muss.

Zusammengefasst sind diese Risiken handhabbar, weil wir sie als Muster statt als Überraschungen behandeln. Unsere Antwort bleibt konsequent: Evakuierung planen, dem Gesetz Vorrang vor Narrativen geben, alles dokumentieren und die Plattform aufrechterhalten, damit niemand isoliert ist. Jedes Jahr beginnen wir mit dieser Realität. Jedes Jahr beenden wir den Marsch.

Strategien zur Prävention, zum Schutz und zur Resilienz

Unsere Strategie ist einfach zu benennen, aber schwer umzusetzen: Pride sichtbar und geschützt halten und die Community das ganze Jahr über sicher halten. Wir organisieren Pride offen. Ankündigungen werden über Massenmedien und unsere Social-Media-Kanäle geteilt, und Termine, der Veranstaltungsort sowie die Startadresse werden öffentlich gemacht. Pride ist ein einwöchiges Festival mit verschiedenen Aktivitäten, das am letzten Tag im Pride-Marsch gipfelt. In den Tagen vor dem Festival treffen wir uns mit der Polizei, übergeben unsere Adressen und besprechen die Risiken für die gesamte Woche und den Marsch.

„Wir organisieren es offen, völlig offen (...) wir laden über Massenmedien und unsere Social-Media-Kanäle ein. Termine, Veranstaltungsort, Startadresse — all diese Informationen sind völlig offen für alle..“

Verhandlungen sind Teil der Sicherheitsstrategie. Vor 2019 gab es bei jedem Treffen Druck „die Route zu ändern, das Datum zu ändern, alles zu ändern..“, sodass wir immer mit unserem Anwalt erschienen und die Linie gehalten haben. Seit 2019 ist das Format professioneller geworden: Die Agenda konzentriert sich auf Logistik, einschließlich Adressen, Uhrzeiten und Ausgängen, und die Polizei stellt klar, dass sie den Schutz der Veranstaltung gewährleisten wird. Am Veranstaltungstag besteht ihre Aufgabe darin, Blockierende zu entfernen, statt den Marsch zu evakuieren, wodurch wir das Ziel erreichen können.

Wir planen den Marsch so, dass er beherrschbar ist und so lang und

kontinuierlich wie die Bedingungen es zulassen. Start- und Zielpunkte sind klar, die Zeiten werden im Voraus abgestimmt und wir sind bereit, schnell zu schließen, wenn sich die Bedingungen ändern. Wir gehen davon aus, dass sich die Lage schnell ändern kann, und bereiten uns darauf vor.

Ein konkretes Beispiel aus dem Jahr 2025 zeigt, wie dies in der Praxis funktioniert. Die Polizei sagte, sie habe keine „Genehmigung“, des Bürgermeisters, den Verkehr zu stoppen, und bat uns, auf einen schmalen Fußgängerbereich auszuweichen. Wir weigerten uns, hielten den deklarierten Bereich, blockierten kurzzeitig den öffentlichen Verkehr und setzten den Marsch dann fort. Die Polizei schützte die Veranstaltung; mehrere Organisator*innen wurden mit Bußgeldern belegt; wir gingen vor Gericht und gewannen. Aus Sicherheitsgründen wurde die Route auf eine parallelgelegene Straße verlegt, und wir erreichten dennoch das geplante Ziel.

„Die Polizei sagte, sie habe keine Genehmigung des Bürgermeisters, den Verkehr zu stoppen ... wir sollten auf den Fußgängerbereich ausweichen. Sehr eng. Wir weigerten uns, blockierten den vorgesehenen Bereich, stoppten den öffentlichen Verkehr und organisierten unseren Marsch. Danach schützte uns die Polizei. Sie belegten uns mit Bußgeldern, wir gingen vor Gericht, und wir gewannen.“

Neben der Veranstaltungsarbeit bieten wir kostenlose rechtliche Unterstützung für Menschen, die sie benötigen, einschließlich jener, die aus Risikogebieten anreisen. International versuchen Teile des US-amerikanischen rechten Spektrums, darunter Verbündete von Donald Trump, „LSBT-Rechte“, als „LSB ohne T“, umzudeuten. Sie akzeptieren Rechte für lesbische Frauen und schwule Männer, richten sich aber gegen trans*Personen durch Angst, moralische Panik und Desinformation. In unserer Bewegung überwachen wir aktiv Hinweise auf die Einführung dieser Strategie, prüfen Versuche, LSB von T zu trennen, und lehnen solche Spaltungen ab. Wir halten eine offene Plattform aufrecht, indem wir gemeinsame Treffen organisieren, relevante Fachleute zur Vermittlung einladen und einen fortlaufenden Dialog fördern, um Spannungen zu verringern und die Einheit zu bewahren.

„Wir treten gegen Homofeindlichkeit und Transfeindlichkeit auf, nicht gegen andere LSBTIQ* Mitglieder.“

Diese Kombination aus offener Organisation, protokollierten und anwaltlich begleiteten Verhandlungen mit Fokus auf Logistik, einer langen, vollständig geschützten und beherrschbaren Route, sorgfältiger Dokumentation, juristischer Nachverfolgung und einer vereinten Plattform macht Pride durchführbar und stärkt die Sicherheit der Community von einem Jahr zum nächsten.

Wesentliche Schlussfolgerungen

Der moldauische Fall zeigt, dass Pride nur dort aufrechterhalten werden kann, wo es als dauerhafte Infrastruktur und nicht als einmaliges Ereignis verstanden wird. Was den Marsch möglich macht, ist nicht ein Moment der Mobilisierung, sondern die langsame Arbeit des Aufbaus von Verfahren, Beziehungen und Gewohnheiten, die politische Stimmungsschwankungen und Wahlzyklen aushalten können. Dazu gehören die weniger glanzvollen Teile der Organisation: Briefe verfassen, Aufzeichnungen führen und neue Personen einarbeiten. Diese Arbeiten erscheinen selten in der öffentlichen Berichterstattung, machen aber jede Pride-Saison widerstandsfähiger als die vorherige.

Gleichzeitig bleibt das Modell exponiert. Ein Großteil der Arbeit liegt in den Händen einer kleinen Gruppe von Menschen, die Eventmanagement, juristische Nachverfolgung, Advocacy und Community-Betreuung miteinander verbinden. Diese Konzentration von Verantwortung macht die Kontinuität zwar beeindruckend, birgt aber auch Risiken: Krankheit, Burnout oder gezielter Druck auf einige wenige Personen könnten eine ganze Pride-Saison beeinträchtigen. Jede langfristige Strategie für Pride in Moldau muss daher geplante Nachfolge, Wissensaustausch und realistische Arbeitsbelastungen berücksichtigen, damit das System nicht von einer Handvoll unersetzlicher Organisator*innen abhängt.

Moldau zeigt außerdem, dass externe Propaganda und lokale moralische Panik nicht erfolgreich sein müssen, um Pride zu stoppen, um dennoch Wirkung zu entfalten. Ihr Einfluss zeigt sich in der ständigen Notwendigkeit, grundlegende Entscheidungen zu verteidigen, einen Marsch überhaupt abzuhalten, eine bestimmte Route zu gehen oder die Sichtbarkeit von LSBTIQ*

Arbeit zwischen den Pride-Saisonen aufrechtzuerhalten. Die hier wirksame Reaktion ist geduldig und prozedural statt spektakulär: auf Regeln bestehen, jeden Versuch dokumentieren, den Handlungsspielraum einzuschränken, und stillschweigend die Zusammenarbeit mit Institutionen normalisieren, die bereit sind, das Gesetz anzuwenden.

Für Verbündete und Förderer besteht der nützlichste Beitrag daher nicht in symbolischer Unterstützung am Tag des Marsches, sondern in stabiler Unterstützung des zugrunde liegenden Ökosystems: Rechtshilfe, psychologische Unterstützung, interne Schulungen und das organisatorische Rückgrat, das es Menschen ermöglicht, Jahr für Jahr zurückzukehren. Pride in Moldau ist weniger eine einmalige Feier als eine wiederkehrende Überprüfung, ob dieses Ökosystem noch funktioniert. Wenn dies der Fall ist, kann ein Marsch geplant, durchgeführt und nachbereitet werden. Wenn es scheitert, wird der Verlust zunächst an den Orten spürbar sein, die selten Schlagzeilen machen.



von **Angelica Frolov,**

*die Direktorin von GENDERDOC-M,
Moldaus ältester und größter LSBT*
Organisation, in der sie seit 2004 in*

*verschiedenen Advocacy-Rollen tätig war. Als eine der
sichtbarsten offen lesbischen Aktivist*innen des Landes vertritt
sie die moldauische LSBT* Bewegung im Dialog mit Regierung,
Medien und Zivilgesellschaft und ist von Anfang an an der
Organisation der Moldova Pride beteiligt.*

Polen



Kontext und Geschichte der Pride-Bewegung in Polen

Der Pride in Polen begann relativ spät und in einem feindseligen Umfeld. Die ersten Märsche für Gleichstellung wurden 2001 in Warschau organisiert. Darauf folgten Märsche in den Jahren 2002 und 2003. Diese frühen Veranstaltungen waren klein und umstritten, setzten aber einen Präzedenzfall: Queere Menschen traten in der Öffentlichkeit als kollektives politisches Subjekt auf, statt als unsichtbare Minderheit.

Von 2004 bis 2005 wurden wiederholte Versuche, Märsche abzuhalten, behindert. Die lokalen Behörden nutzen administrative Tricks, Sicherheitsargumente und formale Verbote, um Veranstaltungen zu verhindern während rechtsextreme Gruppen versuchten, Organisator*innen und Teilnehmer*innen einzuschüchtern. In dieser Zeit war Polen noch weit von der heutigen Situation entfernt, in der Prides ein regulärer Bestandteil des Sommerkalenders sind. Die Erinnerung an jene frühen Verbote und Angriffe bleibt Teil der politischen Kultur der Bewegung.

Im darauffolgenden Jahrzehnt veränderte sich die politische Landschaft dramatisch. Gleichstellungsmärsche breiteten sich von Warschau auf alle großen und viele mittelgroße Städte aus. In den letzten Jahren fanden Pride-Veranstaltungen sogar in den Städten mit weniger als 10.000 Einwohner*innen statt. Insgesamt haben rund fünfzig verschiedene Orte

mindestens einmal Märsche organisiert. In vielen kleinen Orten wurden die Pride-Organisator*innen später zu einem lokalen Knotenpunkt für breitere Aktivitäten, darunter Workshops, kulturelle Veranstaltungen, Selbsthilfegruppen und informelle Gemeinschaftsräume. Pride wurde zu einem Einstiegspunkt in ein breiteres lokales Engagement, statt nur ein jährliches Ritual zu sein.

Die Bewegung versuchte, sich auch national zu organisieren. Eine „Koalition der marschierenden Städte,“ wurde gegründet, um Pride-Gruppen zu vernetzen, Wissen auszutauschen und Termine zu koordinieren. Mit der Zeit führten interne Konflikte und persönliche Spannungen jedoch zu einer Schwächung des Bündnisses, sodass es heute nur noch einen Teil der Bewegung repräsentiert. Dennoch hinterließ die Koalition ein Netz von Kontakten und gemeinsamen Know-how. Viele Organisator*innen in kleinen Städten lernten Streckenplanung, Medienarbeit und grundlegende Sicherheitsmaßnahmen durch dieses Netzwerk von erfahrenen Gruppen.

Der politische Kontext veränderte sich mit dem Aufstieg und der langen Regierungszeit der Prawo i Sprawiedliwość (Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS)). Das berüchtigtste Vermächtnis dieser Periode waren die sogenannten „LSBT-freien Zonen,“ sowie ein ständiger Strom feindseliger Rhetorik aus staatlichen Medien und kommunalen Räten. Auch wenn diese Beschlüsse nur begrenzte direkte rechtliche Wirkung hatten, war ihre symbolische und psychologische Auswirkung tiefgreifend. Eine aktuelle Studie zeigt, dass junge Menschen nach der Einführung lokaler anti-LSBT-Regelungen dazu tendierten, diese Regionen zu verlassen und Arbeits- und Studienmöglichkeiten in als toleranter wahrgenommenen Gebieten zu suchen.

Nach dem Regierungswechsel wurde der Ton staatlicher Institutionen und öffentlicher Sender milder. Offene homofeindliche Propaganda auf zentraler Ebene nahm ab. Gleichzeitig änderte sich rechtlich nur sehr wenig. Versuche, ernsthafte Regelungen zur Hassrede einzuführen, wurden vom Verfassungsgericht blockiert. Die Arbeit an einem Gesetz zu eingetragenen Partnerschaften kam ins Stocken, weil sich die Regierungskoalition nicht einigen konnte. Organisationen erleben nun etwas Paradoxes: Die

Atmosphäre ist weniger offen feindselig, aber es ist schwieriger geworden, Menschen zu mobilisieren und finanzielle Mittel zu sammeln, weil der Eingriff in Rechte weniger unmittelbar erscheint als während der Hochphase der Kampagne zu den „LSBT-freien Zonen..“

Heute ist die polnische Pride präsenter und vielfältiger denn je, mit fest in den Gemeinschaften im ganzen Land verankerten Veranstaltungen. Dennoch prägen die langfristigen Folgen der PiS-Ära, wie psychische Narben und konservative Narrative, weiterhin den Alltag queerer Menschen, insbesondere



Pride in Lublin, 2024. Foto von KPH.

außerhalb der größeren Städte.

Bedrohungen und Risiken für Pride und queere Communities

Die heutigen Hauptbedrohungen für Organisator*innen entstehen weniger durch offene Verbote oder Massenverhaftungen, sondern durch diffuse und ressourcenintensive Taktiken. Gezielte Hasskampagnen und SLAPP-Klagen (Strategic Lawsuits Against Public Participation; übersetzt: Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung) gehören zu den schwerwiegendsten. Sie erfordern Zeit, Geld und emotionale Energie, selbst wenn rechtliche Unterstützung verfügbar ist. Für die breitere Community haben die ständige Feindseligkeit in traditionellen und sozialen Medien sowie in vielen sozialen Umfeldern erhebliche psychologische Auswirkungen. Menschen verinnerlichen die Botschaft, dass sie unerwünscht oder gefährlich seien — mit Folgen für die mentale Gesundheit und die Bereitschaft, sichtbar zu sein.

Die aktuelle Regierung greift LSBTIQ* Personen nicht aktiv an. Die unmittelbare institutionelle Bedrohung ist geringer als noch vor einigen Jahren, doch dieser Aufschub ist fragil. Umfragen zeigen eine sinkende Unterstützung für die Regierungskoalition und wachsende Stärke von rechten Oppositionsparteien. Aktivist*innen gehen davon aus, dass sich nach den Parlamentswahlen 2027 die politische Lage erneut deutlich gegen queere Communities wenden könnte. Sie betrachten den gegenwärtigen Moment nicht als sicher, sondern lediglich als Pause zwischen offen feindseligeren Phasen.

Die mächtigsten Bedrohungsakteure sind rechte Parteien, insbesondere PiS und die rechtsextreme Konföderation. Sie verfügen über eine breite Wähler*innenbasis, lokale Strukturen und ausgeprägte Fähigkeiten, Narrative über queere Menschen und Räume zu formen. Die katholische Kirche verstärkt den Druck, insbesondere auf lokaler Ebene. Priester in kleineren Städten und Dörfern fungieren oft als informelle Autoritäten und mobilisieren offen gegen LSBTIQ* freundliche Maßnahmen. Für viele Abgeordnete — vor

allem aus konservativen Regionen — beeinflussen kirchliche Erwartungen ihr Abstimmungsverhalten stark.

Neben Parteien und Kirche existiert ein dichtes Ökosystem konservativer juristischer und aktivistischer Organisationen. Stiftungen wie „Pro—Prawo do Życia,, „Ordo Iuris,, und „Centrum Życia i Rodziny,, koordinieren Kampagnen gegen reproduktive Rechte und LSBTIQ* Gleichstellung. Sie fördern anti-queere Gesetzesinitiativen, betreiben Desinformationskampagnen und bieten rechtsextremen Aktivist*innen juristische Unterstützung. Besonders sichtbar ist Ordo Iuris in strategischen Gerichtsverfahren und bei der Ausarbeitung juristischer Argumente gegen progressive Politiken. Diese Gruppen sind gut finanziert, eng vernetzt und halten kontinuierlichen Druck auf lokale wie nationale Institutionen aufrecht. Ihre Taktiken haben sich in den letzten Jahren kaum verändert; sie setzen auf stetige, methodische Arbeit statt plötzlicher Eskalationen.

Für Pride-Organisator*innen gehören Gegenproteste inzwischen zu nahezu jedem Marsch. Sie stammen überwiegend von konservativen Gruppen oder lokalen rechten Aktivist*innen. Diese Proteste sind meist nicht gewalttätig, zeichnen sich jedoch durch Verleumdungen aus, etwa der Gleichsetzung von Queerness mit Pädophilie. Bisher konnte keine Strategie solche Demonstrationen verhindern. Sie sind zu einem festen Bestandteil von Pride geworden.

Körperliche Gewalt rund um Märsche bleibt begrenzt, ist aber nicht ausgeschlossen. Im Jahr 2023 fanden sechsunddreißig Gleichstellungsparaden statt. Bei einer davon wurde eine teilnehmende Person mit einer Luftdruckwaffe in den Kopf geschossen; die Verletzung war nicht dauerhaft, der Täter wurde nie gefasst. 2024 gab es vierunddreißig Märsche und eine schwerere Serie von Vorfällen nach der Pride in Opole. Ein Mann riss auf einer Afterparty eine Regenbogenflagge herunter, skandierte homofeindliche Parolen, stahl Buttons und attackierte Teilnehmende mit Pfefferspray. Später in der Nacht kehrte vermutlich derselbe Mann mit mehreren maskierten Komplizen zurück, rief erneut Beleidigungen und versuchte, in den Veranstaltungsort einzudringen, wobei erneut Pfefferspray

gegen Anwesende eingesetzt wurde. Die Polizei nahm zwei der Angreifer fest, die übrigen entkamen. 2025 wurden bei achtundzwanzig Märschen keine schweren Vorfälle verzeichnet.

Auch wenn Gewalt selten ist, prägt allein die Möglichkeit das Sicherheitsgefühl der Teilnehmenden und ihre Entscheidung, ob sie teilnehmen. Das ist insbesondere der Fall in kleineren Städten und im Osten Polens, wo die Spannungen höher sind. Organisator*innen müssen den Nutzen von Sichtbarkeit gegen das Risiko möglicher Traumatisierung der Teilnehmenden abwägen.

Rechtliche, politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Rechtlich befindet sich Polen in einem Zustand der Stagnation. Unter der aktuellen Regierung wurden keine größeren Reformen verabschiedet, die die Situation von LSBTIQ* Personen verbessern würden. Ein Versuch, Hassrede klarer zu bestrafen, scheiterte, als das Verfassungsgericht die Initiative blockierte. An einem Gesetz zu eingetragenen Partnerschaften wurde gearbeitet, doch es scheiterte an fehlender Unterstützung innerhalb der Regierungskoalition. Ehegleichheit und gemeinschaftliche Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare liegen derzeit außerhalb realistischer politischer Diskussionen.

Die konkreteste Initiative auf dem Tisch ist derzeit der geplante „Gesetzesentwurf über den Status der nächststehenden Person und des Zusammenlebens,“. Er würde unverheirateten Partner*innen bestimmte Rechte gewähren, etwa Erbrecht, gemeinsames Eigentum, gemeinsame Steuererklärung sowie Zugang zu medizinischen Informationen. Der Text befindet sich noch in Ausarbeitung und wurde bislang nicht veröffentlicht. Selbst wenn das Parlament das Gesetz verabschieden sollte, ist ein präsidentiales Veto wahrscheinlich. Dieses Gesetz würde nur einen Bruchteil dessen

abdecken, was eingetragene Partnerschaften bieten sollten — gilt unter den aktuellen Bedingungen jedoch als ambitionierter Vorschlag.

Einige rechtliche Schutzmechanismen existieren in bestimmten Bereichen. Artikel 183a des Arbeitsgesetzbuchs verbietet ausdrücklich Diskriminierung im Arbeitsverhältnis aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlecht. Strategische Prozessführung hat gelegentlich Erfolge gebracht. Ein erwähnenswertes Beispiel ist der Fall W.W. gegen Polen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, in dem das Gericht entschied, dass Polen transgeschlechtlichen Gefangenen weiterhin Zugang zu Hormontherapie gewähren muss. Dieses Urteil setzte einen wichtigen Standard für die Behandlung trans* Personen in Haft. Außerhalb des Arbeitsrechts und vereinzelter Gerichtsurteile gab es jedoch keine ernsthaften Fortschritte im Bereich Antidiskriminierung in der Gesundheitsversorgung, Bildung oder Zugang zu Dienstleistungen.

Das politische Umfeld hat sich von offener Feindseligkeit zu passiver Gleichgültigkeit verschoben. Unter PiS griffen staatliche Medien und viele lokale Räte LSBTIQ* Communities aktiv an. Heute ist die offizielle Rhetorik milder, doch die Regierungskoalition scheut Risiken in queerpolitischen Fragen. Jeder Schritt, der als „ideologisch„ dargestellt werden könnte, gilt als mögliches Geschenk an die Opposition. Diese Zurückhaltung blockiert Reformen selbst dort, wo grundlegende rechtliche Schutzmechanismen fehlen.

Die katholische Kirche spielt trotz sinkender Kirchenbindung weiterhin eine zentrale politische Rolle. In vielen Regionen, besonders in kleineren Städten und Dörfern, fungieren Priester als lokale Meinungsführer und unterstützen offen rechtsextreme Narrative. Es gibt Hinweise darauf, dass Priester Abgeordnete aus ihren Gemeinden unter Druck setzen, jede pro-queere Politik abzulehnen. Auch wenn dieser Druck in Parlamentsdebatten nicht direkt sichtbar wird, beeinflusst er maßgeblich, was Politiker*innen ohne Risiko von Wahnachteilen für umsetzbar halten.

Die Kampagne der „LSBT-freien Zonen„ ist offiziell beendet. Alle entsprechenden Beschlüsse wurden aufgehoben oder für nichtig erklärt,

der letzte im April 2025. Der Kampf dagegen erforderte eine Kombination aus öffentlicher Kampagnenarbeit, juristischer Beobachtung und Druck seitens der Europäischen Union, einschließlich der Androhung, EU-Gelder für Regionen mit diskriminierenden Resolutionen zu entziehen. Einige lokale Verwaltungen lenkten erst ein, als finanzielle Verluste drohten; andere mussten durch den Nachweis der Rechtswidrigkeit ihrer Beschlüsse nach polnischem Recht zum Rückzug gezwungen werden.

Trotz der Aufhebung bleibt die Erinnerung an diese Zonen bestehen. Sie vermittelten die starke Botschaft, dass queere Menschen in großen Teilen des Landes nicht willkommen seien. Junge LSBTIQ* Personen reagierten darauf, indem sie diese Regionen verließen, wann immer sie konnten. Der „Atlas des Hasses“, der diese Resolutionen kartierte, ist heute zugleich eine Karte jener Orte, an denen Vertrauen lange brauchen wird, um wieder aufzubauen. Gleichzeitig suchen einige konservative lokale Milieus weiterhin nach Wegen, neue diskriminierende Regelungen einzuführen, auch wenn derzeit keine davon eine unmittelbare rechtliche Bedrohung darstellt.

Die gesellschaftlichen Einstellungen sind uneinheitlich. Pride hat sich in viele Kleinstädte ausgebreitet, und lokale Organisator*innen sehen dort echtes Wachstumspotenzial. Die Arbeit in Ostpolen gilt als besonders wichtig, weil sie nationale Politik beeinflussen und Stereotype darüber herausfordern kann, wem „queere Themen“ zugeschrieben werden. Der Zugang zu Schulen und jungen Menschen ist vor allem über lokale Graswurzelgruppen möglich, die bereits Vertrauen in ihren Gemeinden genießen. Versuche, diesen Zugang systematisch zu blockieren, waren bislang nicht erfolgreich.

Organisation, Sicherheit und Strategien rund um Pride

Die Gleichheitsmärsche werden auf Grundlage des Gesetzes über öffentliche Versammlungen organisiert. Organisator*innen müssen die Behörden

mindestens eine Woche im Voraus informieren, wenn sie eine Demonstration auf öffentlichen Straßen planen. Offizielle Stellen können eine Veranstaltung nur verbieten, wenn sie eine eindeutige und schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt oder wenn zur gleichen Zeit und am gleichen Ort bereits eine andere Versammlung angemeldet ist. In der Praxis hat in den letzten Jahren keine Stadt diese Bestimmungen erfolgreich genutzt, um einen Pride-Marsch zu stoppen.

Die alltägliche Zusammenarbeit mit der Polizei hängt stark von der Größe der Stadt und den lokalen Traditionen ab. In vielen kleineren Orten besteht der einzige direkte Kontakt in der formalen Anmeldung von Beginn und Ende des Marsches. In Großstädten wie Warschau oder dem Dreistädteverbund ist es üblich, dass Organisator*innen die Polizei bereits Monate im Voraus treffen, um Routen und Sicherheitsbedarfe zu besprechen. Diese Treffen beruhen auf Übung, nicht auf formellen Protokollen; es gibt keine öffentlichen, schriftlichen Polizeileitlinien speziell für LSBTIQ* Veranstaltungen. Pride wird nach demselben Verfahren behandelt wie jede andere Massenveranstaltung.

Typische Risiken während der Märsche drehen sich um Gegendemonstrationen. Friedliche Proteste sind nahezu garantiert. Gewaltvorfälle sind seltener und treten vor allem im Osten des Landes auf. Das wichtigste Sicherheitsinstrument der Organisator*innen ist ein Netzwerk geschulter Ehrenamtlicher, die sich durch die Demonstration bewegen, auf Zwischenfälle achten und Verdächtige sofort melden. Die Organisator*innen entscheiden dann, ob sie die Polizei um Eingreifen bitten. Routen werden in Abstimmung mit der Polizei so gewählt, dass schwer zu sichernde Orte vermieden werden. Die meisten Prides — unabhängig von der Stadtgröße — stützen sich zudem auf ehrenamtliche Sanitäter*innen, die während des Marsches in Bereitschaft stehen.

Nicht jede Form von Sichtbarkeit nimmt die Form eines Straßenmarsches an. Einige Städte haben, oft aus finanziellen Gründen, auf festivalartige Formate umgestellt: Picknicks mit Drag-Auftritten, Ständen queerer und verbündeter NGOs, Spielen und familienorientierten Programmen, jedoch ohne eigentlichen Marsch. Diese Formate benötigen weniger Ressourcen

und können sich für Teilnehmer*innen manchmal sicherer anfühlen, besonders dort, wo offene Konfrontationen wahrscheinlicher sind. Daneben hat sich ein breites Spektrum kultureller und bildungsbezogener Aktivitäten entwickelt: Zine-Workshops, Drag-Shows, Selbsthilfegruppen, Fortbildungen für Lehrkräfte, Therapiegruppen und Kunstaussstellungen. Zahlreiche landesweite Organisationen führen diese Veranstaltungen nicht selbst durch, sondern stellen lokale Gruppen finanziell, beratend und rechtlich unterstützt.

Kampagnen gegen Desinformation stützen sich auf traditionelle und soziale Medien. Öffentliche Initiativen wie „Gleichberechtigte Familien„ und „Alle Familien sind wichtig„ präsentieren realistische Bilder queerer Familien und brechen stereotype Vorstellungen auf. Organisationen überwachen die öffentliche Debatte und reagieren, wenn Politiker*innen oder Medienfiguren schädliche Behauptungen verbreiten. Ihr Ziel ist es, ihre eigenen Narrative im Mainstream zu platzieren, statt ausschließlich innerhalb aktivistischer Kreise zu sprechen.

Die zentrale Erzählung gegen Pride hat sich kaum verändert. „Kinderschutz„ bleibt der wichtigste Bezugsrahmen der Gegner*innen, ergänzt durch Anschuldigungen, LSBTIQ* Personen seien eine Ideologie oder ein ausländischer Import, der polnische Werte bedrohe. Der ehemalige Präsident Andrzej Duda und andere prominente Politiker haben sich wiederholt so geäußert und diesen Argumenten damit größere Legitimität verschafft. Behauptungen über ausländische Einflussnahmen sind seltener geworden, bleiben aber vorhanden. Eine wichtige Veränderung in der Medienlandschaft war der Aufstieg des rechtsextremen Senders TV Republika nach der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch die neue Regierung. Der Sender gewann schnell an Popularität und wurde zum ersten weitreichend konsumierten privaten Medium klar rechtsextremer Ausrichtung, das anti-LSBTIQ+-Narrativen ein neues Megafon gab — selbst nachdem sich die staatlichen Medien etwas in Richtung Mitte bewegt hatten.

Resilienz der Community und Unterstützung für Aktivist*innen

Aktivistische Organisationen versuchen, das feindliche Umfeld durch den Aufbau innerer Resilienz auszugleichen. Sie vergeben Fördermittel für lokale Initiativen, bieten Advocacy- und Verwaltungsschulungen an und leisten rechtliche Unterstützung in strategischen Fällen oder bei der Verteidigung gegen SLAPP-Klagen. Juristische Bildung gilt als besonders wichtig; Organisator*innen werden ermutigt zu verstehen, wie das Recht sie schützen kann und wie es gegen sie eingesetzt werden kann. Das Wissen, dass im Falle von Repression rechtliche Hilfe zur Verfügung steht, erleichtert es Menschen, das Risiko einzugehen, öffentliche Veranstaltungen zu organisieren.

Die Arbeit mit Jugendlichen und Schulen stützt sich auf lokale Gruppen, die bereits tief in ihren Gemeinschaften verwurzelt sind. Nationale Organisationen unterstützen diese Gruppen, ersetzen sie aber nicht. Basisnahe Akteur*innen sind besser in der Lage, das Vertrauen von Eltern, Lehrkräften und Schüler*innen zu gewinnen und sich in der lokalen Politik zu bewegen. Versuche, diesen Zugang systematisch zu blockieren, waren bislang erfolglos, auch wenn der Widerstand aus konservativen Umfeldern stark bleibt.

Die Unterstützung für besonders schutzbedürftige Gruppen ist uneinheitlich. Derzeit werden viele Ressourcen auf Gemeinschaften in Kleinstädten gerichtet, besonders im Osten Polens, wo ein großes Veränderungspotenzial gesehen wird und wo lokaler Aktivismus überproportionalen Einfluss auf nationale Debatten haben kann. Trans*Personen, Migrant*innen und Geflüchtete benötigen ebenfalls gezielte Hilfe, doch die Arbeit in Kleinstädten gilt als aktueller Schwerpunkt.

Die Resilienz der Bewegung wurde nicht nur durch äußeren Druck geprüft, sondern auch durch interne Konflikte. Ein auffälliges Beispiel ist die Spaltung der Warsaw Pride. 2024 fanden in der Hauptstadt zwei rivalisierende Märsche an verschiedenen Wochenenden statt, nachdem es zu einem

internen Konflikt gekommen war. Der Streit schwappte sowohl in queere als auch in Mainstream-Medien über und schadete dem öffentlichen Bild der Bewegung. Sponsor*innen, Politiker*innen und Community-Mitglieder waren durch zwei konkurrierende Veranstaltungen verwirrt und bestehende Spannungen innerhalb der aktivistischen Szene vertieften sich. Dieser Vorfall legte Schwächen in den Rechenschaftsmechanismen und den Strukturen zur Konfliktlösung offen. Klare Lehren müssen noch daraus gezogen werden, wenn ähnliche Krisen in Zukunft vermieden werden sollen.

Gleichzeitig gab es wichtige Erfolge. Die mehrjährige Kampagne gegen die „LSBT-freien Zonen„ verband juristische Expertise, politisches Lobbying und soziale Mobilisierung. Sie mobilisierte Verbündete auf EU-Ebene und nutzte die Konditionalität von EU-Förderungen als Druckmittel. Wo finanzielle Mittel nicht ausreichten, zeigten Aktivist*innen und Jurist*innen die Unvereinbarkeit der Resolutionen mit dem polnischen Recht auf. Die vollständige Aufhebung dieser Zonen bis 2025 ist einer der deutlichsten Erfolge der Bewegung in den letzten Jahren.

Zentrale Schlussfolgerungen und Lehren für andere Länder

Die Pride-Bewegung in Polen hat sich von einer Handvoll umkämpfter Märsche in Warschau zu einem landesweiten Netzwerk entwickelt, das Dutzende Städte erreicht, darunter auch sehr kleine. Sie hat neue lokale Führungspersonen hervorgebracht, sich von Märschen hin zu Workshops, Festivals und Selbsthilfegruppen ausgeweitet und einige der aggressivsten symbolischen Angriffe — wie die „LSBT-freien Zonen„ — erfolgreich abgewehrt. Gleichzeitig agiert sie in einem rechtlichen und politischen Umfeld, in dem echter Fortschritt selten ist, in dem zentrale Reformen blockiert werden und in dem rechtsgerichtete Parteien und konservative Organisationen weiterhin stark und gut finanziert sind.

Es gibt mehrere Lehren, die über Polen hinaus relevant sein können. Tiefe Verwurzelung in lokalen Gemeinschaften ist entscheidend. Organisationen, die eng mit lokalen Institutionen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen verbunden sind, haben sich in Krisenzeiten als besonders resilient erwiesen. Juristische Grundkenntnisse und der Zugang zu kompetenter rechtlicher Unterstützung sind kein Luxus, sondern grundlegende Überlebenswerkzeuge. Wenn Organisator*innen ihre Rechte kennen und jemanden haben, der sie verteidigt, ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass sie aus Angst vor Repression handlungsunfähig werden. Kleine, flexible Fonds, die winzige Gruppen in Kleinstädten erreichen, machen einen großen Unterschied, da große Förderprogramme für sie oft unzugänglich sind.

Schließlich erinnert der polnische Fall daran, dass das Ende offener staatlich angeführter Hasskampagnen nicht automatisch Sicherheit oder Fortschritt bedeutet. Nach einem Regierungswechsel kann sich Feindseligkeit in stärker institutionalisierte, leisere Formen verlagern: blockierte Gesetzgebung, gekürzte Mittel, eine „Abwarten-und-Sehen“-Haltung, die strukturelle Probleme unangetastet lässt. Unter solchen Bedingungen bleibt Pride zugleich notwendig und riskant. Die Bewegung muss weiterhin Wege finden, sichtbar zu bleiben und ihre Community zu schützen — im Bewusstsein, dass die nächste politische Wendung erneut ein offen feindseliges Regime bringen könnte.



von **Alef Wachalskie,**

*Kampagne gegen Homophobie /
Kampania Przeciw Homofobii*

Ukraine



Geschichte des queeren Aktivismus und der Pride-Bewegung in der Ukraine

Die Pride-Bewegung in der Ukraine begann mit schwierigen ersten Schritten im Jahr 2012, als Drohungen rechtsextremer Gruppen den Marsch für Gleichheit in Kyjiw störten und die Polizei die Teilnehmenden evakuieren musste. Dieses Ereignis wurde zum Katalysator für die Entwicklung moderner Sicherheitsstrategien und den Aufbau einer Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden. Von 2016 bis 2021 wuchsen die Märsche zu großen, friedlichen Veranstaltungen. 2019 nahmen in Kyjiw rekordverdächtige 8.000 Menschen teil und 2021 waren es fast 10.000 ohne ernsthafte Zwischenfälle. Pride wurde zu einer wichtigen Plattform für zivilgesellschaftliches Engagement, Menschenrechtsarbeit, Solidarität und zu einem Symbol für die Bestrebungen der Ukraine nach europäischer Integration.

Der erste KyivPride fand 2012 statt, bevor ich mit Aktivismus aktiv wurde. Damals gehörte die Ukraine zu den homofeindlichsten Ländern Europas, und es schien kaum vorstellbar, dass Pride bald zu einem festen Bestandteil des Aktivismus werden würde. Doch Mitte der 2010er Jahre begann sich das Klima zu verändern.

Die Revolution der Würde 2013—2014 wurde zu einem Wendepunkt, nicht

nur für das Land, sondern auch für die LSBTIQ* Community. Sie prägte das Umfeld für queeren Aktivismus entscheidend.

Als freiwilliger Sanitäter auf dem Maidan erlebte ich einen entscheidenden Moment, in dem die Ukraine ihre Richtung wählte. Der Fokus lag darauf, eine europäische Zukunft und Demokratie anzustreben. Vor 2014 beeinflusste Russland stark den ukrainischen Ansatz zu Menschenrechten, einschließlich LSBTIQ Rechten. Die Revolution der Würde markierte eine Zäsur, die auch gesellschaftliche Werte tiefgreifend veränderte — einschließlich meiner eigenen.*

*„2016 begann ich bei einer LSBT-Organisation zu arbeiten. Zu dieser Zeit war ich nicht geoutet; es war schwer vorstellbar, selbst bei einer Pride mitzulaufen. Kolleg*innen scherzten: ‚In einem Jahr gehst du mit.‘ Ich lachte damals, aber*



Kharkiv Pride 2021. Foto von Borys Hrachov.

ein Jahr später stand ich schon auf dem Platz in Kyjiw bei meinem ersten Marsch für Gleichheit. Danach folgten Charkiw, Odessa, Saporischschja und unzählige weitere Prides.”

Russlands Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 änderte alles über Nacht. Menschen, die am Abend des 23. Februar noch Club-Mate auf einer queeren Party in Kyjiw tranken, fanden sich am Morgen des 24. Februar wieder, wie sie Flaschen nun mit brennbarer Flüssigkeit füllten und sich darauf vorbereiteten, russische Panzer am Stadtrand von Kyjiw abzuwehren. Dieser abrupte Übergang zeigte, wie radikal sich das Leben der Community veränderte.



Foto von Borys Hrachov.

Das Kriegsrecht machte traditionelle Märsche in der Ukraine unmöglich. Die Bewegung war gezwungen, vorübergehend ins Ausland zu gehen. 2022 schloss sich KyivPride der Warsaw Pride an und 2023 nahm sie an

der Liverpool Pride teil; diese Aktionen halfen, die internationale Sichtbarkeit und Unterstützung für die Ukraine aufrechtzuerhalten. Viele Aktivist*innen verlagerten ihre Arbeit in dieser Zeit auf humanitäre Hilfe, Evakuierungen und militärische Unterstützung. Der Krieg erforderte eine Neubewertung der Prioritäten.

Der 24. Februar markierte einen Wendepunkt. Für viele LSBTIQ-Personen wurde der Beitritt zu den Streitkräften der Ukraine die einzige Möglichkeit, ihre Rechte und ihr Leben zu schützen. Auch ich entschied mich zu dienen, da ich daran glaubte, dass es die richtige Entscheidung war.*

Pride kehrte am 16. Juni 2024 nach Kyjiw zurück, als KyivPride einen kurzen Marsch mit etwa 500 registrierten Teilnehmenden organisierte. Es war der erste seit dem Beginn des Angriffskriegs Russlands. Die Veranstaltung war äußerst sorgfältig geplant: Der Standort blieb bis zuletzt geheim, lag in der Nähe einer Metrostation für schnellen Schutz und wurde eng mit der Polizei koordiniert. Aufgrund aggressiver Gegendemonstrationen und Sicherheitsrisiken wurde der Marsch nach zehn Minuten aufgelöst. Dennoch hatte dieses symbolische Ereignis eine starke mobilisierende Wirkung auf die Community.

Die Rückkehr 2024 war klein, vorsichtig und kurz, aber von großer Bedeutung angesichts des andauernden Krieges. Russland versucht nicht nur Territorium auszulöschen, sondern auch das Recht der Menschen, authentisch zu leben. Selbst in diesem begrenzten Format zeigte Pride auf den Straßen von Kyjiw Würde und Widerstandskraft angesichts neuer Herausforderungen.

Trotz Gegenprotesten zog KyivPride 2025 über 1.500 Teilnehmende an und verband Sichtbarkeit mit Spendenaktionen für Drohnen. Regionale Anpassungen umfassten Auto-Pride in Charkiw mit 13 Autos und etwa 60 Teilnehmenden im Jahr 2024. 2025 waren es 17 Autos beim PrideFest sowie alternative Kulturveranstaltungen. Paradoxerweise hat der Krieg die öffentliche Unterstützung erhöht: Eine KIIS-Umfrage vom Juni 2024 zeigte, dass über 70 % der Ukrainer*innen der Meinung sind, dass LSBTIQ*-Personen gleiche Rechte haben sollten. Dieser Wandel wird auf den Kontrast zu Russlands repressiven Maßnahmen sowie auf die sichtbaren Beiträge

von LSBTIQ*-Menschen zur Landesverteidigung als Militärangehörige, Sanitäter*innen und Freiwillige zurückgeführt.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist auch durch die breite und sichtbare Teilnahme von LSBTIQ-Personen im Militär geprägt. Dies hat die gesellschaftliche Wahrnehmung verändert: Die LSBTIQ*-Community wird heute als aktive Beitragende wahrgenommen, nicht als passive Gruppe.*

Kyjiw bleibt das Zentrum für Organisationen und diplomatische Partnerschaften, wo öffentliche Veranstaltungen möglich sind, aber auch das Risiko von Gegenprotesten besteht. In der Westukraine, wo der Einfluss der Kirche stärker ist, sind öffentliche Aktionen begrenzter, wenngleich kleinere Treffen möglich sind. Im Osten und in Frontgebieten wie Charkiw, Odessa und Saporischschja besteht eine erhöhte Gefahr durch Beschuss und radikale Gruppen, weshalb Pride auf mobile oder Online-Formate zurückgreift. In besetzten Gebieten macht die russische Repression sowohl Sichtbarkeit als auch ein normales Leben unmöglich.

Rechtliche Situation von LSBTIQ* in der Ukraine

Nach Beginn des Angriffskriegs Russlands wurden die rechtlichen Lücken für gleichgeschlechtliche Paare noch deutlicher. Der Zugang zu medizinischen Informationen des Partners, Entscheidungsbefugnisse in Notfällen, Erbrecht für gemeinsames Eigentum, der Anspruch auf Entschädigung im Falle von Verletzungen oder Tod sowie die offizielle Anerkennung als „enger Angehöriger“, sind gerade in Kriegszeiten von entscheidender Bedeutung. Für LSBTIQ* Personen sind diese Rechte oft unzugänglich. Wenn sie zugänglich sind, stoßen sie auf Hürden wie langwierige Gerichtsverfahren, inkonsistente Krankenhauspraktiken und die Notwendigkeit, das Zusammenleben nachzuweisen.

Diese Situation zeigt eine klare Ungerechtigkeit auf: LSBTIQ-Personen dienen*

und opfern sich für das Land, doch der Staat gewährt ihnen nicht einmal die grundlegenden Rechte, die heterosexuellen Menschen zur Verfügung stehen.

Deshalb stehen zwei rechtliche Instrumente im Zentrum der Agenda: Artikel Nr. 9103 über eingetragene Lebenspartnerschaften (für hetero- wie gleichgeschlechtliche Paare) und Nr. 5488 über Hassverbrechen.

Nach einer Petition im Jahr 2022 äußerte der Präsident öffentlich seine Bereitschaft, das Gesetz zu unterzeichnen, falls es verabschiedet würde. 2023 unterstützten das Verteidigungsministerium und das Justizministerium eingetragene Partnerschaften als notwendig während des Krieges. Im August 2024 empfahl der zuständige Ausschuss der Werchowyna Rada Nr. 9103 zur ersten Lesung. 2025 fand keine Abstimmung statt, da konservative und religiöse Gruppen die Aufnahme auf die Agenda blockierten und sich in den Lokalräten dagegen einsetzten. Unterdessen sprach sich der Ombudsmann öffentlich für die Einbeziehung eingetragener Partnerschaften in die EU-Verhandlungen zu „Justiz und Grundrechten“, aus und europäische Institutionen forderten die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare. Ohne dieses Gesetz haben Partner*innen keinen garantierten Zugang zu Informationen, können medizinische Vollmachten nicht zeitnah ausüben und stehen vor kostspieligen und langwierigen Gerichtsverfahren in Bezug auf Eigentum oder Entschädigungen.

Nr. 5488 ist das zweite kritische Gesetzesvorhaben. Derzeit werden die meisten Angriffe und Missbräuche nach allgemeinen Artikeln verfolgt und Hassmotive werden oft nicht erfasst, was zu unterschätzten Statistiken und unzureichendem Opferschutz führt. Monitoring in den Jahren 2023-2024 zeigt einen Anstieg der Vorfälle und eine inkonsistente Anerkennung des SOGI-Motivs. Ohne ein spezifisches Gesetz fehlen Ermittler*innen und Staatsanwält*innen die Grundlage und das Fachwissen, um Fälle korrekt zu qualifizieren, was zu milden Strafen und anhaltender Straflosigkeit vor Gericht führt.

Der europäische Rechtsrahmen verstärkt die staatlichen Verpflichtungen. Im *Fall Maymulakhin & Markiv vs. Ukraine* wies der EGMR ausdrücklich auf die Verpflichtung hin, gleichgeschlechtlichen Paaren eine rechtliche

Form bereitzustellen. Im Fall *Karter vs. Ukraine* vom 11.04.2024 stellte das Gericht einen Verstoß fest, da Angriffe untersucht wurden, ohne das Hassmotiv in die Ermittlungen einzubeziehen. Dies ist ein deutliches Signal, die Strafverfolgung und Rechtsprechung zu ändern und ein weiteres Argument für Nr. 5488. Auf nationaler Ebene erkannte 2025 ein Gericht in Kyjiw erstmals ein gleichgeschlechtliches Paar als „Familie„ an und die Berufungsinstanz bestätigte dies. Dies ist ein wichtiger, wenn auch einzelner Präzedenzfall. Eine systemische Lösung sollte durch Nr. 9103 erfolgen.

Aktuelle Risiken, Bedrohungen und zentrale Vorfälle, die LSBTIQ* Gemeinschaften betreffen

Mit Beginn des Angriffskriegs Russlands verstärkten sich die traditionellen Risiken, wie rechtsextreme Gruppen und Druck von ultrakonservativen religiösen und politischen Akteur*innen, durch neue Sicherheitsbedrohungen, darunter Raketenangriffe, Luftalarme und Beschränkungen durch das Kriegsrecht.

Der Krieg wirkt sich auf alle Bereiche des Alltags aus, was sich unmittelbar auf die Infrastruktur für Sichtbarkeit und Unterstützung der LSBTIQ* Communities auswirkt: Einige Organisationen waren gezwungen, aus gefährlichen Regionen zu evakuieren, die Arbeit an der Frontlinie war über längere Zeit stark eingeschränkt und Ressourcen wurden auf humanitäre Hilfe, Umsiedlung und grundlegende Sicherheit umverteilt.

Der öffentliche Marsch in Kyjiw am 16. Juni 2024 veranschaulichte diese neue Realität. Die kurze Veranstaltung mit etwa 500 registrierten Teilnehmenden wurde mit höchster Vorsicht durchgeführt: Der Standort blieb bis zuletzt geheim, begann in der Nähe der Metro und beinhaltete eine koordinierte Kommunikation mit der Polizei. Etwa zehn Minuten nach Beginn wurde der Marsch aufgrund bestätigter Risiken durch Gegendemonstrant*innen

aufgelöst. Trotz ihrer Kürze brachte die Veranstaltung das Thema Gleichberechtigung zurück in die öffentliche Debatte und zeigte die Wirksamkeit der Sicherheitsmaßnahmen während des Krieges.

Im April 2025 versuchten rechtsextreme Gruppen, das Filmfestival „Sunny Bunny“, in der Nähe des Kinos „Zhovten“, zu stören. Die Polizei griff ein, trennte die Gruppen und nahm Festnahmen vor. Dieser Vorfall bestätigte, dass organisierter Widerstand neben dem Krieg fortbesteht. *Eskalationen durch Rechtsextreme sind eine Realität, der wir ständig begegnen. Die Auseinandersetzungen beim ‚Sunny Bunny‘ 2025 zeigten, dass die Bedrohung nicht verschwunden ist, sondern sich mit der Rückkehr unserer Veranstaltungen wieder gezeigt hat. Wir brauchen stärkere Gesetze gegen Hassverbrechen, denn ohne sie kann die Polizei nicht immer effektiv reagieren.*

Statistiken zeigen eine Eskalation nach der teilweisen Rückkehr öffentlicher Aktivitäten im Jahr 2024: 56 homo- und transfeindliche Vorfälle wurden 2023 dokumentiert. 2024 stieg die Zahl auf 75, viele davon im Zusammenhang mit Veranstaltungen und Aktivist*innen. Die meisten Fälle ereigneten sich in Kyjiw und Umgebung. Weitere Risikogebiete sind Charkiw, Dnipro, Odessa, Transkarpatien und Schytomyr. Die Formate haben sich an die Bedingungen angepasst: in Charkiw diente „Auto-Pride“, als mobiles, kontrolliertes Event. 2024 nahmen etwa 13 Autos und 60 Teilnehmende teil. 2025 waren es 17 Autos, ergänzt durch Bildungs- und Gedenkaktivitäten.

Russische Propaganda und Desinformation bleiben zentrale negative Faktoren. Über staatliche Medien, Telegram-Netzwerke und Bot-Farmen werden standardisierte Botschaften wie „nicht die Zeit dafür“, „Kinderschutz“, und „fremder Einfluss“, verbreitet, ähnlich denen, die in den besetzten Gebieten und der weiteren Region eingesetzt werden. Spitzen in Online-Kampagnen fallen oft mit Offline-Versuchen zusammen, Veranstaltungen zu stören.

Diese Faktoren haben die Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen verringert: Einige Teammitglieder haben die Organisation verlassen, viele sind mobilisiert, es gab Verluste, und Sicherheits- und Logistikkosten sind gestiegen. Trotz alledem erhalten die zentralen Organisationen ihre Arbeit

aufrecht, passen ihre Formate an, unterstützen Hilfsnetzwerke und setzen ihre Menschenrechtsarbeit unter Kriegsbedingungen fort.

Strategien für Prävention, Schutz und Resilienz

Präventions-, Schutz- und Resilienzstrategien während des Krieges sind als gesteuertes Risikomanagementsystem organisiert, das auf Prävention und kontrollierte Sichtbarkeit ausgerichtet ist. Veranstaltungen werden sorgfältig geplant, mit kurzen öffentlichen Abschnitten, festgelegten Auflösungsorten in der Nähe von Schutzräumen und Metrostationen, vereinbarten Signalen für die Polizeikoordination und einem dedizierten Kommunikationskanal zur zuständigen Ansprechperson.

Flexibilität wird durch den Wechsel zu mobilen Formaten in Hochrisikostädten erreicht. Auto-Prides mit vereinbarten Routen und Zeitfenstern gewährleisten öffentliche Sichtbarkeit, während der Kontakt zu aggressiven Gruppen minimiert wird. Kultur- und Bildungsveranstaltungen finden in kleineren Formaten mit kontrolliertem Zugang statt, wobei Notfallpläne für mögliche Provokationen oder Alarme bestehen. Nach jeder Veranstaltung führen die Teams Debriefings durch, dokumentieren Vorfälle, leisten rechtliche Unterstützung für Betroffene und aktualisieren Protokolle, sodass Improvisation durch standardisierte Verfahren ersetzt wird.

Die meisten Organisationen führen inzwischen regelmäßig Briefings zum Verhalten bei Beschuss, Grundkurse in Erster Hilfe, Schulungen zu Deeskalation und Durchbruchsszenarien sowie Koordinationstrainings mit der Polizei durch. Aufgrund anhaltender Energieausfälle und Russlands Versuchen, die Stromversorgung zu unterbrechen, haben viele Organisationen Generatoren, Powerbanks, autonome Beleuchtung und unabhängigen Internetzugang gesichert.

Die Resilienz der Community wird durch die vielseitige Struktur der

Organisationen unterstützt. Akteur*innen, die sich politisch engagieren, bieten oft zusätzliche Dienste an, wie Hygiene-Kits, Essensgutscheine, temporäre Unterkünfte, Rechtsbeistand, psychologische Unterstützung, Burnout-Prävention, Teamwechsel und Supervision. Netzwerke aus Unterkünften, Krisenhotlines und Fallmanagement für Binnenvertriebene und trans*Personen sind vorhanden, ebenso wie der Zugang zu Hormontherapie und medizinischer Versorgung. Dieser Ansatz deckt sowohl akute als auch langfristige Bedürfnisse ab und behält zugleich Sicherheit und Stabilität im Fokus.

Das Informationsnetzwerk arbeitet proaktiv. Klare evidenzbasierte Botschaften über den Zusammenhang von Gleichberechtigung und Verteidigung werden im Voraus vorbereitet und die Positionen mit Menschenrechtsorganisationen und Medien abgestimmt, um Konsistenz und Wirkung sicherzustellen. Desinformation wird umgehend widerlegt und koordinierte Angriffe werden dokumentiert.

Keine Organisation kann auf alle Herausforderungen vorbereitet sein. Die wirkliche Stärke liegt in Anpassungsfähigkeit, also in der Fähigkeit, Formate schnell zu ändern, Dienstleistungen zu verlagern, Sicherheitsprotokolle neu aufzubauen, Koalitionen zu schmieden, Reserven aufrechtzuerhalten und aus jedem Vorfall zu lernen. Ukrainische Organisationen haben bewiesen, dass für jede Situation ein Ausweg gefunden und an jede Bedingung angepasst werden kann. Dies reicht von Büroräumzügen und der Neuausrichtung von Hilfen bis hin zur Einführung neuer Modelle der Zusammenarbeit mit Polizei und Communities.

Zentrale Schlussfolgerungen

Die Erfahrung der ukrainischen LSBTIQ* Bewegung während Russlands Angriffskrieg zeigt eine einfache Erkenntnis: Aktivismus verschwindet nicht unter dem Druck von Zerstörung, Besatzung und ständiger Gefahr. Er verändert lediglich Form, Mittel und Rhythmus, bleibt aber wirksam.

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich zu mobilen Strukturen entwickelt, die in der Lage sind, schnelle Entscheidungen zu treffen, zwischen Städten zu verlagern, Veranstaltungen innerhalb einer Stunde neu zu gestalten, neue Partnerschaften mit lokalen Behörden und Diplomaten*innen aufzubauen sowie Unterkünfte und Unterstützungsnetzwerke zu schaffen.

Eine weitere wichtige Erkenntnis ist, dass LSBTIQ* Aktivismus nicht isoliert existiert. In der Ukraine agiert die Bewegung im Rahmen des breiteren Kampfes für Freiheit und europäische Integration, integriert sich in größere Koalitionen und in den öffentlichen Diskurs. Pride geht über Gleichberechtigung innerhalb der Community hinaus. Es spiegelt auch Vertrauen in demokratische Institutionen, öffentliche Sicherheit, Menschenrechtsstandards und staatliche Verantwortlichkeit wider. Wenn die Rechte von LSBTIQ* Personen als Teil der allgemeinen Menschenrechtsagenda verankert werden und die Stimmen von Militärangehörigen, Sanitäter*innen und Freiwilligen gehört werden, verschiebt sich die gesellschaftliche Wahrnehmung von bloßer Toleranz zur Anerkennung.

Der Kampf um LSBTIQ* Rechte ist Teil des breiten Einsatzes für Menschenrechte und Demokratie. Die ukrainische Erfahrung zeigt, dass die Sichtbarkeit von Pride, die Unterstützung von Militärangehörigen und Freiwilligen, die Förderung von Partnerschaften sowie Gesetzgebung gegen Hassverbrechen wirksame Instrumente zum Schutz der Menschenwürde und zur Wahrung des Rechtsstaats sind. Für Deutschland ergibt sich daraus ein strategischer Ansatz: Die Pride-Bewegung sollte in den nationalen Diskurs eingebunden werden, Allianzen mit Medien, Gewerkschaften, Universitäten und Kommunen aufgebaut sowie Sicherheits-, Rechts- und Kommunikationsmaßnahmen vereinheitlicht werden. Der Krieg hat gezeigt, dass es möglich ist, sich anzupassen und unter allen Bedingungen weiterzuarbeiten. Diese Lektion ist für Demokratien, die vor eigenen Herausforderungen stehen, von großem Wert.



von **Borys Hrachov,**

*Menschenrechtsverteidiger, Veteran des Russland-Ukraine-Kriegs,
Experte zur russischen Desinformation und Propaganda.*

Querschnittsanalyse

Dieses Kapitel vergleicht die Lage queerer Communities in den ausgewählten Ländern: Osteuropa, Kaukasus, den baltischen Staaten und Deutschland. Er identifiziert gemeinsame Bedrohungen, z. B. Gewalt von Rechtsextremist*innen, repressive Gesetze und Desinformation. Außerdem hebt er Strategien der Resilienz hervor, um Lehren für Deutschland und gefährdete internationale queere Aktivist*innen zu ziehen. Ein wiederkehrendes Muster ist die „Leiter der Repression„: Sie beginnt oft mit Desinformation, geht über Verbote von „LSBT-Propaganda„ bis hin zu Gesetzen über „ausländische Agenten„ und breiteren Einschränkungen der Zivilgesellschaft. Diese Schritte werden zunehmend über Online-Räume verstärkt und koordiniert. Die Schwächung der Inhaltsmoderation auf großen Plattformen und politische Verschiebungen, die als Kampf gegen sogenannte „woke„ oder „Gender-Ideologie„-Politik dargestellt werden, erleichtern die Verbreitung und Legitimation von anti-LSBTIQ*-Narrativen. In Netzwerken wie X (18) führen reduzierte algorithmische Schutzmechanismen dazu, dass Hassrede und Verschwörungstheorien schneller verbreitet werden und ein größeres Publikum erreichen. Dieselben Kanäle werden zudem von Russland und anderen staatlichen sowie nichtstaatlichen Akteur*innen als Instrumente für Desinformation und Propaganda genutzt. Der Einfluss Russlands ist eine ständige Bedrohung. Seit dem Beginn Russlands Angriffskrieges gegen die Ukraine 2022 hat der Kreml anti-queere Kampagnen verstärkt, insbesondere in besetzten Gebieten, in denen LSBTIQ*-Rechte schnell abgebaut und durch Angst ersetzt werden. (10) Gleichzeitig greifen Teile des US-amerikanischen politischen Systems, die sich zuvor als Verteidiger der Menschenrechte positionierten, nun offen die „Gender-Ideologie„ im In- und Ausland an, schwächen die internationale Unterstützung für LSBTIQ*-Gleichstellung und verschaffen repressiven Regierungen zusätzliche Deckung. (11)

Ende 2023 erklärte der Oberste Gerichtshof Russlands die „internationale LSBT-Bewegung„ offiziell zur „extremistischen Organisation„, wodurch die

rechtliche Grundlage für die Verfolgung von LSBTIQ*-Personen geschaffen und jegliches sichtbare queere Leben oder Aktivismus faktisch unmöglich gemacht wurde. Das repressive Modell Russlands wird von Nachbarländern und darüber hinaus kopiert. Sein 2013 eingeführtes „LSBT-Propaganda“-Gesetz (2022 erweitert, um jegliche positive oder neutrale Darstellung von LSBTIQ* für alle Altersgruppen zu verbieten) diente als Vorbild. In Georgien setzte die Regierungspartei 2024 das Gesetz über ausländische Agent*innen nach dem russischen Vorbild von 2012 durch, gefolgt vom „Gesetz über Familienwerte und Schutz Minderjähriger“, 2024, das LSBTIQ*-„Propaganda“, Geschlechtsangleichung und gleichgeschlechtliche Adoption verbietet. Diese Maßnahmen wurden durch Allianzen zwischen prorussischen Politiker*innen und der Georgisch-Orthodoxen Kirche unterstützt, die anti-LSBTIQ+-Kampagnen und gewalttätige Proteste mobilisierten (in 2024–2025 wurden Dutzende Angriffe gemeldet). (12) In Belarus führte das Regime von Alyaksandr Lukaschenko 2022 ein Verbot „nicht-traditioneller Beziehungen“, ein und klassifizierte 2024 LSBTIQ*-Inhalte als „Pornografie“, wodurch Pride-Veranstaltungen vollständig in den Untergrund gedrängt und zahlreiche Verhaftungen durchgeführt wurden. In Moldau verbreiten prorussische Kräfte Desinformation und setzen sich für russische „Propaganda“-Gesetze ein, wodurch ein Klima entsteht, in dem Angriffe auf queere Menschen straffrei bleiben. In den von Russland besetzten ukrainischen Gebieten, nämlich der Krim seit 2014, Teile des Donbas seit 2022 und Cherson, brandmarkt die russische Verwaltung LSBTIQ*-Aktivismus als Extremismus, wendet Folter und Verschleppungen an und betreibt „Umerziehungsprogramme“, die offenes queeres Leben praktisch unmöglich machen. Dies gibt einen Einblick in die dunkelsten Folgen unbeachteter anti-queerer Repression.

Die Rainbow Map 2025 von ILGA-Europe spiegelt diese regionale Regression wider. Länder wie Georgien und Belarus verzeichneten starke Rückgänge in ihren Scores, was den Abbau rechtlicher Schutz- und Gleichstellungsmaßnahmen für LSBTIQ*-Personen signalisiert. (7) Das sich verschlechternde Klima für queere Communities überschneidet sich häufig mit anderen Formen autoritärer Herrschaft und Sündenbock-Mechanismen; Migrant*innen, ethnische und religiöse Minderheiten sowie

andere Gruppen werden häufig von denselben Akteur*innen und Narrativen ins Visier genommen. Diese nationalen Rückschritte werden durch transnationale Netzwerke verstärkt, die europäische Rechtsextremist*innen, russische Staatsinteressen und US-amerikanische anti-„woke“-Bewegungen miteinander verbinden und einen gemeinsamen Informationsraum schaffen, in dem anti-LSBTIQ*-Botschaften normalisiert und grenzübergreifend wiederholt werden.

In den baltischen Staaten sind Russlands destabilisierende Taktiken durch gezielte Propaganda und Minderheitenpolitik deutlich spürbar. Seit Jahren prüfen Lettland und Litauen die Einführung eigener „LSBT-Propaganda“-Verbote. Litauen hob das Verbot formal 2023 auf, aber die zugrunde liegende konservative Denkweise bleibt bestehen. Russischsprachige Medien und Online-Trolle stellen den jährlich rotierenden Baltic Pride (zwischen Estland, Lettland und Litauen) regelmäßig als Angriff auf nationale Werte oder als westliche Propaganda dar. 2025, als Vilnius die Baltic Pride ausrichtete, sah sich die Veranstaltung nicht nur lokalen rechtsextremen Protesten, sondern auch Cyberangriffen und einer Flut kremlgestützter Desinformation gegenüber. Estland, trotz seines Fortschritts (einschließlich der Ehegleichstellung 2024), muss russischer Desinformation begegnen, die auf die russischsprachige Minderheit abzielt, Unterstützung für pro-LSBTIQ*-Politik untergraben und die Kreml-Erzählung verbreiten soll, dass solche Politik eine zivilisatorische Bedrohung sei.

Trotz dieser Herausforderungen haben queere Communities innovative Wege entwickelt, um dem russischen Einfluss zu widerstehen und sichtbar zu bleiben. In Georgien und Moldau nutzen Aktivist*innen verschlüsselte Kommunikation, umfassende Risikobewertungen und manchmal teils vertrauliche oder Indoor-Veranstaltungen, um Pride-Traditionen zu bewahren, ohne gegen „ausländische Agenten“-Gesetze oder Hassmob-Angriffe zu verstoßen. Der kleinformatige „Mikro-Marsch“, von Tbilisi Pride 2023 ist ein Beispiel: Die Organisator*innen hielten ein unangekündigtes, sicheres Treffen ab, das Zusammenstöße vermied und zeigte, dass Pride selbst unter feindlichen Bedingungen sicher stattfinden kann. (13) In der Ukraine hat sich Pride an den Krieg angepasst: KyivPride 2025 fand als Benefizveranstaltung

zu Gunsten der Streitkräfte statt und zog rund 1.500 Menschen an, die für Gleichberechtigung und zur Unterstützung der Truppen marschierten. (14) Die Sicht queerer Soldat*innen und Aktivist*innen, die gemeinsam marschieren, sendete eine kraftvolle Botschaft im starken Kontrast zur brutalen Repression in den von Russland besetzten Gebieten.

Andernorts wenden sich Aktivist*innen an Gerichte und internationale Institutionen. Polnische Aktivist*innen brachten Fälle vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, um das Fehlen eines angemessenen Schutzes der Rechte von LSBTIQ*-Personen in Polen anzufechten. Sie nutzten internationale Rechtsmechanismen, um Änderungen im nationalen Recht und in der Politik zu erreichen. In Belarus und in russisch besetzten Teilen der Ukraine musste die meiste Organisationstätigkeit in den Untergrund verlagert werden: Geheime Unterstützungsnetzwerke bieten psychologische Hilfe, betreiben Hotlines und organisieren sichere Fluchtwege für Gefährdete. Die Kriegsrealität prägt diese Strategien: Wo russische Kontrolle absolut ist, hängt das Überleben oft von Geheimhaltung und Solidaritätsnetzwerken ab, während in freieren Gebieten die Beteiligung queerer Menschen an Verteidigungsmaßnahmen ihre öffentliche Stellung stärkt und ihnen neue Hebel verschafft, um Rechte einzufordern.

In der baltischen Region ist Baltic Pride selbst zu einer wichtigen Strategie der Resilienz geworden. Die Veranstaltung 2025 in Vilnius zog trotz Bedrohungen über 20.000 Teilnehmer*innen an. Die Organisator*innen setzten auf hybride Online-/Offline-Programme und enge Sicherheitskoordination, um Desinformation und potenzielle Angriffe abzuwehren. Die Zusammenarbeit von Aktivist*innen und Behörden in Estland, Lettland und Litauen verwandelte einen potenziell risikoreichen Marsch in ein kraftvolles Zeichen der Einheit und des Engagements für demokratische Werte angesichts eines aggressiven Nachbarn.

Die Lehren aus diesen Regionen sind direkt relevant für die queere Community in Deutschland, die mit einem eigenen Aufschwung der Rechtsextremist*innen konfrontiert ist. Veranstaltungen wie Marzahn-Pride können auf den Ansatz zurückgreifen, der bei KyivPride 2024 entwickelt wurde: systematische

Risikobewertung, engere Abstimmung mit lokalen Behörden und Community-Sicherheitsteams, klare Sicherheits- und Deeskalationsprotokolle sowie schnelle Kommunikationskanäle mit Teilnehmer*innen bei veränderten Bedingungen. Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation, wie die in Moldau gebildeten Koalitionen mit Journalist*innen, um Falschinformationen schnell zu widerlegen, könnten nachgeahmt werden, um die Botschaften rechtsextremer Gruppen abzumildern. Russlands Einsatz von anti-LSBTIQ*-Ideologie als Waffe im Krieg gegen die Ukraine ist eine Warnung für Westeuropa: Ähnliche Rhetorik dringt in den deutschen Diskurs ein, von Politiker*innen, die queere Rechte als „Ideologie„ darstellen, bis hin zu Online-Trollen, die „Gender-Ideologie„ angreifen. Die drastische Realität in russisch kontrollierten Gebieten, in denen queere Menschen schwer verfolgt werden, zeigt, was auf dem Spiel steht, wenn diese Bedrohungen ignoriert werden. Sie unterstreicht die Bedeutung frühzeitiger und proaktiver Maßnahmen. Grenzüberschreitende Solidaritätsinitiativen wie der Austausch in diesem Projekt bauen eine gemeinsame Front gegen Hass auf. Sie werden zunehmend wichtig, da auch Deutschland 2023 über 1.785 queerfeindliche Hassverbrechen registrierte. Durch das Studium der Eskalationsmuster von Repression in anderen Ländern kann Deutschland zusammen mit seinen Partnern früher handeln, die EU zur Bekämpfung von Propagandanetzwerken drängen, eine verantwortungsvollere Plattformverwaltung einfordern und lokale queere Organisationen stärken, sodass die Leiter der Repression gar nicht erst weiter aufsteigt.

Tabelle 1: Status gleichgeschlechtlicher Partnerschaften

Georgien

Keine Anerkennung: Verfassungsrechtliches Eheverbot seit 2018 schließt queere Partnerschaften aus; "Familienwertegesetz" 2024 verbietet zusätzlich Adoptionen und Geschlechtsangleichungen, unterdrückt volle Rechte queerer Familien und verstärkt Diskriminierung.

Moldau

Keine Anerkennung: Anti-Diskriminierungsgesetze existieren, aber rechtlicher Partnerschaftsschutz fehlt; EU-Druck (z. B. über Beitrittsverhandlungen) könnte Fortschritte bringen, aber prorussische Einflüsse blockieren Reformen und erhalten den Status quo.

Russland

Keine Anerkennung: Verfassungsrechtliches Eheverbot seit 2020 und Extremismusgesetz gegen LSBTQ* kriminalisieren queeres Leben; dies führt zu Verfolgung und isoliert Communities ohne jegliche rechtliche Anerkennung oder Schutz.

Ukraine

Keine Anerkennung: Gesetzentwurf #9103 zu eingetragenen Partnerschaften in Bearbeitung für 2025, mit Anerkennung in ausgewählten Gerichtsfällen; der Krieg hat Debatten beschleunigt.

Polen

Keine Anerkennung: Eingeschränkte Rechte über Gerichte; Verbote von Hassrede sind teilweise wirksam, aber „LSBT-freie Zonen“ bis 2023 zeigten, wie lokale Politik queere Partnerschaften marginalisiert und Diskriminierung fördert.

Belarus Keine Anerkennung: Verfassungsrechtliches Eheverbot seit 1994 (2022 verschärft) schließt queere Beziehungen aus; repressive Gesetze gegen „nicht-traditionelle Beziehungen“ kriminalisieren Partnerschaften und isolieren Communities ohne rechtlichen Schutz.

Deutschland Ehe seit 2017 legal mit vollen Rechten: Seit 2024 erleichtert das Selbstbestimmungsgesetz Geschlechtsangleichungen und stärkt Schutzrechte; wachsender Einfluss der extremen Rechten bedroht jedoch queere Rechte.

**Estland
(Baltikum)** Ehe seit 2024 legal mit vollen Rechten: Eingetragene Partnerschaften seit 2016 ebneten den Weg; trotz Fortschritten richtet sich russische Desinformation gegen russischsprachige Minderheiten und erzeugt gesellschaftlichen Widerstand gegen vollständige Umsetzung.

**Lettland
(Baltikum)** Eingetragene Partnerschaften seit 2024, aber keine Ehe: Oberster Gerichtshof 2023 verpflichtete zur Anerkennung; hohe Homofeindlichkeit, beeinflusst von russischen Medien, schränkt Schutzrechte ein und setzt Partnerschaften gesellschaftlicher Ablehnung aus.

**Litauen
(Baltikum)** Keine Anerkennung: Eingeschränkte Rechte über EU-Gerichte; konservative Politik, die russische Modelle nachahmt, verzögert Reformen; trotz Drucks seitens der EU bleiben Partnerschaften diskriminierungsanfällig

Tabelle 2: Status der Pride-Veranstaltungen

Georgien

Unter starkem Druck mit häufigen Absagen: Pride-Veranstaltungen 2024–2025 oft online oder aufgrund von Gewalt und queergegnerischer Mobilisierung abgesagt (z. B. Tbilisi Pride 2021 mit 50+ Verletzten); “Familienwertegesetz” verbietet öffentliche Sichtbarkeit und verwandelt Events in Hochrisikozonen für Aktivist*innen.

Moldau

Regelmäßig, aber unter Bedrohung: Chișinău Pride findet statt, z. B. 2025 mit 1.500 Teilnehmenden unter Polizeischutz; Bombendrohungen 2024 erhöhen Risiken; EU-Integration hilft, aber prorussische Einflüsse erzeugen dauerhafte Spannungen.

Russland

Vollständiges Verbot seit 2006: Offene Veranstaltungen unmöglich aufgrund des Extremismusgesetzes von 2023, das LSBTQ*-Aktivitäten kriminalisiert; Untergrund- oder Online-Formate dominieren, jedoch mit Risiko von Verhaftungen und Isolation.

Ukraine

Hybrid seit Kriegsausbruch 2022: KyivPride 2024 kehrte nach Kyjiw zurück (500 Teilnehmende, schnell aus Sicherheitsgründen aufgelöst); 2025 als Benefizveranstaltung trotz Krieges, mit Betonung der Solidarität mit Soldat*innen.

Polen

Regelmäßig, aber mit Gegenprotesten: Warsaw Pride findet statt; in früheren „LSBT-freien Zonen“ bis 2023 stark eingeschränkt; Hassreideverbote sind teilweise wirksam, aber rechtsextreme Gruppen verursachen fortlaufende Konflikte und Sicherheitsrisiken.

Belarus Keine offenen Prides seit 2010: Veranstaltungen im Untergrund oder im Exil aufgrund von Repressionen und Verhaftungen; Gesetze gegen „nicht-traditionelle Beziehungen“ machen öffentliche Sichtbarkeit riskant und isolieren Communities vollständig.

Deutschland Regelmäßig, aber zunehmend von der extremen Rechten bedroht.

Estland (Baltikum) Regelmäßig mit wachsender Beteiligung: Tallinn Pride 2024 zog 5.000 Teilnehmende an; als Teil der Baltic Pride-Rotation bestehen geringe Bedrohungen durch prorussische Gruppen, aber EU-Unterstützung stärkt die Sicherheit.

Lettland (Baltikum) Mit Polizeischutz: Riga Pride (Teil der Baltic Pride) 2023 mit 10.000 Teilnehmenden; russische Desinformation schürt Proteste, aber rechtliche Schutzmaßnahmen verbessern Sichtbarkeit.

Litauen (Baltikum) Regelmäßig, aber mit Störungen: Vilnius Pride 2025 (Gastgeber Baltic Pride) mit 20.000 Teilnehmenden; Cyber-Bedrohungen und rechtsextreme Gegenproteste, oft durch russischen Einfluss, erhöhen die Risiken.

Schlussfolgerungen

Dieser Bericht hat die wachsenden Herausforderungen für queere Communities in Osteuropa, dem Kaukasus, den baltischen Staaten und Deutschland nachgezeichnet, von zunehmender anti-queerer Gewalt und repressiven Gesetzen bis hin zu den Wegen, auf denen Aktivist*innen Widerstand leisten. Die Kernbotschaft lautet: Trotz anhaltenden Drucks organisieren sich queere Aktivist*innen weiterhin und nutzen Pride sowie Community-Netzwerke als zentrale Instrumente für Sichtbarkeit, für ihre Rechte und gegenseitige Unterstützung. In einer Zeit, in der Anti-Gender-Bewegungen und autoritäre Führungspersönlichkeiten versuchen, hart erkämpfte Fortschritte zurückzudrängen, ist internationaler Austausch unerlässlich, um Resilienz gegenüber zukünftigen Bedrohungen aufzubauen. Russland tritt in diesen Berichten wiederholt als zentraler Agitator auf, exportiert anti-LSBTIQ*-Ideologien über Propaganda, Stellvertreterorganisationen und Nachahmungs-Gesetzgebungen, die Demokratie und Menschenrechte über Grenzen hinweg schwächen.

Die Bedrohungen sind vielfältig, aber miteinander verknüpft: Gewalt seitens der extremen Rechten, angefeuert durch Desinformation; Gesetze, die queere Identität kriminalisieren; und Einschränkungen, die die Zivilgesellschaft ersticken. In Kontexten wie Georgien und Belarus drängen Regeln über „ausländische Agenten„ und Verbote von „LSBT-Propaganda„ queere Communities aus dem öffentlichen Leben. In von Russland besetzten Gebieten ist die Repression total: Queeres Leben wird durch das Risiko von Folter, erzwungenem Outing oder Schlimmerem in den Untergrund gedrängt. Dennoch zeigt eines der zentralen Ergebnisse dieses Projekts die Beharrlichkeit und Kreativität, die unter diesen Bedingungen entstehen. Untergrundnetzwerke in Belarus und im besetzten Teil der Ukraine unterstützen unauffällig gefährdete Personen; hybride Online- und Präsenzveranstaltungen in der Ukraine zeigen, dass sich Pride auch an Kriegssituationen anpassen kann; kleine, mobile Pride-Aktionen in

Georgien halten die Bewegung am Leben und reduzieren gleichzeitig das Risiko massiver Angriffe. Aktivist*innen haben neue Organisationsformen entwickelt, statt sich zurückzuziehen.

Eine weitere zentrale Erkenntnis ist die Rolle von Pride. Pride ist nicht nur eine Feier, sondern auch ein Protest, eine Forderung nach Anerkennung und oft ein Akt eines persönlichen Risikos. Selbst unter Angriffen bringen Pride-Veranstaltungen Verbündete zusammen, konfrontieren feindliche Narrative und halten LSBTIQ*-Themen in der öffentlichen Debatte sichtbar. Beim Chişinău Pride 2025 in Moldau marschierten trotz Bedrohungen rund 1.500 Menschen. In Polen zieht Warsaw Pride weiterhin große Menschenmengen an, selbst nachdem einige Regionen sich selbst zu „LSBT-freien Zonen,“ erklärt hatten. In Deutschland fand Marzahn-Pride 2025 trotz Versuchen rechtsextremer Jugendgruppen, die Veranstaltung zu stören, statt. Diese Events erzeugen Sichtbarkeit, die in gesellschaftliche Veränderung umgemünzt werden kann, wie in der Ukraine, wo die sichtbare Rolle queerer Soldat*innen und Freiwilliger im Krieg die öffentliche Meinung zugunsten von Gleichberechtigung verschoben hat. Pride bietet zudem eine Plattform für rechtliche und internationale Advocacy. Aktivist*innen nutzen Pride-bezogene Fälle vor europäischen Gerichten, um repressive Gesetze anzufechten und das rotierende Format des Baltic Pride stärkt eine regionale Koalition, die schwer zu isolieren ist. Als 2025 über 20.000 Menschen trotz Bombendrohungen und Cyberangriffen beim Baltic Pride in Vilnius zusammenkamen, zeigte dies, dass koordinierte Organisation Angst wirksam entgegentreten kann.

Die öffentliche Unterstützung nimmt, selbst in traditionell konservativen Gesellschaften, langsam zu. In der Ukraine unterstützen inzwischen rund 70 % der Bevölkerung die Gleichberechtigung für LSBTIQ*-Bürger*innen, ein deutlicher Anstieg, der mit dem Kontrast zur russischen Repression und dem Engagement queerer Ukrainer*innen im Verteidigungs- und humanitären Bereich zusammenhängt. In Estland ging die Einführung der Ehegleichstellung 2024 mit wachsender gesellschaftlicher Akzeptanz einher, was zeigt, dass rechtliche Änderungen und Sichtbarkeit selbst in einem konstant feindlichen Informationsumfeld Einstellungen verändern können.

Doch diese Fortschritte sind nicht garantiert. Die von Russland unterstützte Anti-LSBTIQ*-Offensive, von Gesetzen wie Georgiens „Family Values Act“, bis zu den hundert „Extremismus“-Fällen gegen queere Menschen in Russland, verdeutlicht, wie schnell sich die Lage verschlechtern kann und wie leicht Hass grenzübergreifend wirkt.

Für Deutschland, in dem 2023 1.785 anti-queere Hassverbrechen registriert wurden, bieten die Erfahrungen aus Osteuropa und dem Baltikum sowohl eine Warnung als auch praktische Handlungshinweise. Sicherheitspraktiken wie sichere Zonen und erweiterte Teilnehmendenregistrierung, getestet bei KyivPride, können Veranstaltungen wie Marzahn-Pride schützen. Kampagnen gegen Desinformation, ähnlich denen in Moldau und Georgien, könnten die Wirkung falscher Narrative in der deutschen Öffentlichkeit begrenzen. Das Beispiel Baltic Pride zeigt, wie Zusammenarbeit über Städte- und Ländergrenzen hinweg breite Allianzen im Verteidigen von Gleichheit aufbauen kann.

Resilienz ist hier kein Schlagwort, sondern ein Set konkreter Praktiken, das Communities ermöglicht, unter Druck weiterzumachen, sich anzupassen und Veränderungen voranzutreiben. Pride, in seinen unterschiedlichen Formen, bleibt ein zentrales Mittel für diese Arbeit. Dieser Bericht ist ein Aufruf zur praktischen Solidarität: internationales Lernen zu stärken, diejenigen zu unterstützen, die am stärksten gefährdet sind und Intoleranz an der Wurzel zu bekämpfen. Der Kampf ist noch lange nicht vorbei, doch wie eine ukrainischer Aktivist sagte: „Wir werden den Kampf niemals aufgeben.“

Empfehlungen

Die Ergebnisse dieses Reports verweisen auf eine Reihe gemeinsamer Prioritäten. In allen Länderabschnitten treten Anti-Rechte-Akteure als stark vernetzte Akteur*innen auf, die Medien und soziale Plattformen als zentrale Schauplätze behandeln: Sie verbreiten Hassrede, koordinieren Kampagnen, setzen Werbepartner*innen, Sponsor*innen und Entscheidungsträger*innen unter Druck und nutzen geschwächte Moderation sowie veränderte Algorithmen, um anti-LSBTIQ*-Narrative zu normalisieren. Gleichzeitig sind viele Kontexte in Georgien, Ost- und Mitteleuropa von schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Räumen, Krieg oder offenem Autoritarismus geprägt, was lokale Bewegungen stärker von Verbündeten jenseits der Landesgrenzen abhängig macht. Vor diesem Hintergrund ist es zentral, langfristig in die Bekämpfung von Hassrede und Desinformation in sozialen Netzwerken und Medien zu investieren. Das ist kein Randthema, sondern eine Grundvoraussetzung für Fortschritt. Ebenso unterstreichen die Länderberichte, dass grenzübergreifende Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch — zwischen Aktivist*innen international, zwischen exilierten und lokalen Gruppen, zwischen Städten, die durch Pride- und Community-Projekte verbunden sind — zu den wenigen Instrumenten gehören, die selbst dann funktionieren, wenn die Innenpolitik feindlich wird. Die Antwort auf autoritäre Entwicklungen und russisch geprägte Einflussnahme ist nicht Rückzug, sondern dichtere, besser geschützte Netzwerke der Solidarität und praktischer Kooperation.

Für Regierungen und Entscheidungsträger*innen

Ein durchgängiges Muster wird in den Länderberichten deutlich: Wo das Gesetz LSBTIQ*-Personen klar schützt und dieser Schutz umgesetzt wird,

gibt es mehr Raum für Pride und queere Organisation; wo Schutz vage, selektiv oder gar nicht vorhanden ist, nehmen Gewalt und Straflosigkeit zu. Für Regierungen, Parlamente und Behörden bedeutet das: Der Ausgangspunkt ist nicht abstrakte „Toleranz“, sondern verbindliche gesetzliche Garantien gegen Diskriminierung und Hasskriminalität aufgrund sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder -ausdrucks sowie Geschlechtsmerkmale — flankiert von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten, die anti-LSBTIQ*-Gewalt erkennen, korrekt erfassen und verfolgen. Regelmäßige, transparente Daten zu Hassvorfällen gehören dazu, denn sie zeigen sowohl das Ausmaß des Problems als auch die Reaktionsfähigkeit der Institutionen.

Für die Zivilgesellschaft in Deutschland und anderen EU-Ländern liegt eine klare Konsequenz auf der Hand: internationale Zusammenarbeit muss als langfristige Verpflichtung verstanden werden, nicht als kurzfristiges Projekt. Partnerschaften mit Gruppen im Kaukasus, Ost- und Mitteleuropa durch gemeinsame Kampagnen, Austausch von Mitarbeiter*innen und Freiwilligen, Partnerstädte-Pride-Projekte und gemeinsame Forschung verbreiten praktisches Wissen und verschaffen Aktivist*innen unter Druck Zugang zu Ressourcen und Sichtbarkeit, die sie im Inland nicht erhalten können. Wenn Regierungen eines Partnerlandes autoritärer werden, darf die Antwort nicht Rückzug sein, sondern der Schutz und Ausbau der Zusammenarbeit mit unabhängigen Akteur*innen, einschließlich jener im Exil.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Rolle des digitalen Raums. Anti-Rechte-Akteure nutzen soziale Medien als Verstärker; wenn Plattformen wie X die Moderation schwächen oder Algorithmen verändern, wird feindlicher Inhalt verstärkt und wirkt schnell offline. Regierungen kontrollieren diese Plattformen nicht, aber sie setzen die Rahmenregelung. Die Durchsetzung bestehender Gesetze zu Hassrede und Aufstachelung, die Unterstützung unabhängiger Beobachtung digitaler Trends, die Forderung nach echter Transparenz großer Plattformen und der Einsatz für Standards, die Betroffene von organisiertem Hass schützen, gehören heute zu den Grundelementen demokratischer Regierungsführung.

Die Erfahrungen aus der Ukraine, Belarus, Georgien und anderen Ländern

zeigen, wie eng queere Rechte mit Fragen von Krieg, Autoritarismus und Zwangsmigration verbunden sind. Asyl- und Migrationssysteme müssen Verfolgung aufgrund von SOGIESC anerkennen und mit queeren NGOs zusammenarbeiten, damit Menschen in Unterkünften, Aufnahmeeinrichtungen und Ämtern nicht erneut traumatisiert werden. Wenn Länder in Richtung Autoritarismus driften und „Agentengesetze“, oder „LSBT-Propaganda“-Verbote einführen, stehen demokratische Staaten vor der Wahl: Kontakte zurückfahren oder Mittel finden, weiter mit denjenigen zusammenzuarbeiten, die sich der Repression widersetzen. Die Berichte sprechen klar für Letzteres — durch Visa und Stipendien, Unterstützung für Exilarbeit, politischen Druck auf diejenigen, die die Repression vorantreiben und kontinuierliche Kooperation mit lokalen und exilierten Menschenrechtsverteidiger*innen statt deren Isolation.

Diese Ergebnisse zeigen zudem die Bedeutung internationaler Verbündetenschaft. In mehreren Länderberichten hat die sichtbare Präsenz von Botschaften und internationalen Organisationen bei Pride — von öffentlichen Stellungnahmen bis hin zu Diplomaten*innen in den ersten Reihen — messbaren Einfluss auf Sicherheit, Abschreckung und Medienresonanz. In Kontexten wie Moldau und Georgien trugen diplomatische Beobachtung und Hintergrundgespräche mit Regierungen und Polizei dazu bei, gewalttätige Akteure zu begrenzen und Routen offen zu halten, selbst wenn die Innenpolitik kippte. Für Deutschland und andere EU-Staaten bedeutet das, solche diplomatische Solidarität nicht als symbolisches Extra zu behandeln, sondern als Teil eines breiteren außen- und sicherheitspolitischen Werkzeugkastens zum Schutz queerer Versammlungen und ihrer Organisator*innen.

Für Aktivist*innen, NGOs und die Zivilgesellschaft

Queere Aktivist*innen, NGOs und die breitere Zivilgesellschaft tragen in allen beschriebenen Kontexten eine enorme Last. Von Untergrundnetzwerken in

Belarus über Kriegssituationen in der Ukraine bis zu migrantischen Initiativen in Marzahn taucht immer wieder derselbe Bedarf auf: Arbeit sicherer und nachhaltiger zu gestalten, nicht nur heroischer. Eine praktische Lehre lautet, Sicherheit als regulären Bestandteil der Organisation zu sehen, statt sie als kurzfristige Reaktion zu behandeln. Öffentliche Veranstaltungen, queere Zentren und Online-Aktivitäten profitieren davon, wenn grundlegende Risikoanalysen selbstverständlich werden, Zuständigkeiten im Ernstfall vorab geklärt sind und im Nachhinein besprochen wird, was funktioniert hat und was nicht. Mit der Zeit wird Sicherheit so zur kollektiven Routine, nicht zur Zusatzlast für wenige.

Die Länderberichte zeigen auch, dass der Informationsraum heute zu den zentralen Konfliktfeldern gehört. Anti-LSBTIQ*-Kampagnen in Georgien, Moldau, dem Baltikum oder Deutschland beschränken sich nicht auf physische Angriffe; sie werden durch mediale Erzählungen, Telegram-Kanäle und soziale Netzwerke vorbereitet und verstärkt. Schweigen hat diese Kampagnen nirgends gestoppt. Bewegungen, die besser bestehen, investieren in Medienkompetenz in ihren eigenen Communities, haben einfache interne Regeln, wie bei Verleumdungskampagnen reagiert wird und pflegen Kontakte zu Journalist*innen, Faktenprüfer*innen und Digitalrechtsgruppen. Koordinierte Reaktionen auf Basis geprüfter Informationen funktionieren besser als vereinzelte Stellungnahmen. Gleichzeitig brauchen Aktivist*innen Schutz: sichere Kommunikationstools, vorsichtiger Umgang mit persönlichen Daten und klare Grenzen dafür, was öffentlich geteilt werden kann, begrenzen den Schaden durch Doxxing, Hacking und gezielte Belästigung.

Flexibilität in der Organisation ist ein wiederkehrendes Muster. Wo große Prides zu riskant oder verboten sind, halten kleinere oder alternative Formate wie Mikro-Märsche in Tbilisi, Indoor-Events, Kulturfestivals und Online-Kampagnen queere Anliegen sichtbar und Bewegungen lebendig. Solche Formate als bewusste Strategie zu behandeln, nicht als Zeichen einer Niederlage, schützt Ressourcen und reduziert Risiken. Wichtig sind außerdem starke Verbindungen zu anderen sozialen Bewegungen. Wenn queere Rechte in breitere Kämpfe für Demokratie, Arbeitsrechte, Feminismus, Antirassismus oder Migrant*innenrechte eingebettet sind — und wenn diese Verbündeten

bei Pride und in Krisen sichtbar erscheinen — wird es für Extremist*innen deutlich schwerer, LSBTIQ*-Aktivist*innen zu isolieren.

Für die Zivilgesellschaft in Deutschland und anderen EU-Ländern liegt eine klare Konsequenz auf der Hand: grenzübergreifende Zusammenarbeit muss als langfristige Verpflichtung verstanden werden, nicht als kurzfristiges Projekt. Partnerschaften mit Gruppen im Kaukasus, Ost- und Mitteleuropa durch gemeinsame Kampagnen, Austausch von Mitarbeiter*innen und Freiwilligen, Partner-Städte-Pride-Projekte und gemeinsame Forschung verbreiten praktisches Wissen und verschaffen Aktivist*innen unter Druck Zugang zu Ressourcen und Sichtbarkeit, die sie im Inland nicht erhalten können. Wenn Regierungen eines Partnerlandes autoritärer werden, darf die Antwort nicht Rückzug sein, sondern der Schutz und Ausbau der Zusammenarbeit mit unabhängigen Akteur*innen, einschließlich jener im Exil.

Für Geldgeber*innen und internationale Partner

Dieser Bericht zeigt, dass Förderentscheidungen Bewegungen entweder stärken oder verwundbar zurücklassen. Anti-Rechte-Akteur*innen investieren massiv in die Gestaltung des Informationsraums. Wenn Geldgeber*innen darauf nicht reagieren, wächst das Ungleichgewicht weiter. Unterstützung muss daher über klassische Menschenrechtsprojekte hinausgehen und Arbeit umfassen, die Hassrede und Desinformation verfolgt, Propagandanetzwerke untersucht, Gegennarrative entwickelt und Plattformen sowie Regulierungsbehörden unter Druck setzt. Langfristige Förderung für Medien-, Forschungs- und Digitalrechtsinitiativen, die eng mit queeren Bewegungen kooperieren, gehört zu den wenigen Möglichkeiten, die öffentliche Debatte online und offline zu beeinflussen.

Zugleich können viele der beschriebenen Gruppen — besonders unter

„Agentengesetz,“- oder „LSBT-Propaganda,“-Regimen oder im Exil — mit kurzen, starren Projektförderungen und schwerfälliger Bürokratie kaum überleben. Berechenbare, flexible und zugängliche Finanzierung ist eine Grundvoraussetzung für echte Resilienz: mehrjährige Grundförderung, einfachere Anträge und Berichte, realistische Budgets für Sicherheit und Wohlbefinden und Spielräume, um sich an veränderte Kontexte anzupassen. Dafür braucht es ehrliche Gespräche mit lokalen Aktivist*innen darüber, wie Gelder sicher bewegt werden können und welche Anforderungen sie politisch gefährden könnten.

Schließlich zeigen die Erfahrungen aus Georgien, der Ukraine, Moldau, dem Baltikum und Deutschland, dass internationale Zusammenarbeit kein Zusatzthema ist, sondern ein strategischer Vorteil. Fellowships, Aufenthalte, gemeinsame Trainings, Delegationsreisen und regionale Vernetzung zwischen Deutschland und Bewegungen in Ost- und Mitteleuropa gehören zu den wirksamsten Instrumenten, um Kompetenzen zu teilen und Vertrauen aufzubauen. Wenn ein Land autoritärer wird, schwächt das Ende solcher Programme Aktivist*innen genau dann, wenn sie Rückhalt am dringendsten brauchen. Sie anzupassen und auszuweiten, sodass Reisen, Begegnungen, Planung und koordinierte Arbeit auch aus dem Exil möglich bleiben, ist eines der wenigen Mittel, die noch übrig bleiben, wenn sich der innenpolitische Raum schließt. Gleichzeitig braucht es nachhaltige Finanzierung für dringend notwendige Dienste wie rechtliche und soziale Unterstützung, psychologische Hilfe, Unterkünfte und Gesundheitsangebote, sowohl im jeweiligen Land als auch im Kontext von Migration.

Wenn Regierungen, Zivilgesellschaft und Geldgeber*innen ihre Anstrengungen entlang dieser Linien bündeln, den Informationsraum ernst nehmen und langfristig in internationale Kooperation investieren, können sie den aktuellen Backlash verlangsamen und queeren Communities den Raum geben, den sie brauchen, um sich zu organisieren und in Würde zu leben.

Literaturverzeichnis

1. Amadeu Antonio Stiftung. Queerfeindlichkeit sichtbar machen. Sicherheitsreport zu rechtsextremen Angriffen auf CSDs.
https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2025/10/Amadeu-Antonio-Stiftung_Sicherheitsreport-2025.pdf
2. Russian LGBTQ+ activists describe a climate of fear following new laws and court rulings.
<https://apnews.com/article/russia-lgbtq-crackdown-putin-moscow-aef5650c6fdadbe1ac13e0d0b9f93f3b>
3. Georgia's LGBTQ+ community under threat: The end of the Caucasus' capital of freedom.
<https://english.elpais.com/international/2025-01-07/georgias-lgbtq-community-under-threat-the-end-of-the-caucasus-capital-of-freedom.html>
4. Report on Hate Crimes in Ukraine. LGBT Human Rights Nash Svit Center.
<https://gay.org.ua/documents/Report-Nash-Svit-2024-ENG.pdf>
5. Russia: First Convictions Under LGBT 'Extremist' Ruling.
<https://www.hrw.org/news/2024/02/15/russia-first-convictions-under-lgbt-extremist-ruling>
6. Georgian parliament approves anti-LGBTQ+ law in lockstep with Russia.
<https://www.euronews.com/my-europe/2024/09/17/georgian-parliament-approves-anti-lgbtq-law-in-lockstep-with-russia>
7. Rainbow Map 2025. ILGA-Europe.
<https://rainbowmap.ilga-europe.org/>

8. Vilnius to host 6th Baltic Pride festival, with 20,000 expected to attend.
<https://www.lrt.lt/en/news-in-english/19/2584583/thousands-of-people-take-part-in-vilnius-baltic-pride-pictures>
9. Clash of Pride and Neonazi Protest in Marzahn.
<https://www.newswall.org/summary/marzahn-pride-neo-nazis-register-counter-demonstration-this-is-what-the-senate-says>
10. Russian authorities targeted members of LGBTQ+ community in Kherson region.
<https://kyivindependent.com/russia-sought-out-members-of-lgbtq-community-in-kherson-region/>
11. The U.S. Is Abandoning the Global Fight for LGBTQ Equality.
<https://foreignpolicy.com/2025/07/24/us-funding-cuts-state-department-rubio-trump-lgbtq-rights/>
12. Georgia's 'Family Purity Day': A show of support for the government.
https://www.lemonde.fr/en/international/article/2024/05/18/georgia-s-family-purity-day-a-show-of-support-for-the-government_6671864_4.html
13. Far-Right Groups Threaten and Storm Tbilisi Pride Festival, Police Fail to Provide Adequate Protection.
<https://caucasuswatch.de/en/news/far-right-groups-threaten-and-storm-tbilisi-pride-festival-police-fail-to-provide-adequate-protection.html>
14. KyivPride 2025: LGBTQ+ troops, activists demand legal rights amid war in Ukraine.
<https://english.nv.ua/nation/kyivpride-2025-lgbtq-troops-activists-demand-legal-rights-amid-war-in-ukraine-50522126.html>
15. Poll: More than 70% of Ukrainians say LGBTQ people should have same rights as any other citizen.
<https://kyivindependent.com/poll-more-than-70-of-ukrainians-say-lgbtq-people-should-have-same-rights-as-any-other-citizen/>

16. Same-sex couples able to marry in Estonia from New Year's Day.
<https://www.theguardian.com/world/2024/jan/01/same-sex-couples-able-to-marry-in-estonia-from-new-years-day>
17. Sicherheit von LSBTIQ* Menschen in Deutschland: BMI und BKA veröffentlichen Lagebericht.
https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/12/lagebildlgbtqiplus.html?utm_source
18. Code of Practice on Disinformation.
<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/code-practice-disinformation-new-reports-available-transparency-centre>
19. LSVD: Von 1933 bis heute: Lesben und Schwule in Deutschland und der DDR.
<https://www.lsvd.de/de/ct/934-Von-1933-bis-heute-Lesben-und-Schwule-in-Deutschland-und-der-DDR#nach-kriegsende>
20. LSVD: Die Schwulenbewegung in Deutschland.
<https://www.lsvd.de/de/ct/935-Die-Schwulenbewegung-in-Deutschland#:~:text=Die%20ersten%20CSD%2DDemonstrationen%20und,Homolulu%22%20ein%20gro%C3%9Fes%20Schwulentreffen%20statt.>
21. Camino (2024): Berliner Monitoring - Queerfeindliche Gewalt, https://www.lsbti-monitoring.berlin/wp-content/uploads/Monitoring-2024_Queerfeindliche-Gewalt.pdf
22. Die Berliner Landesstrategie für Queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit (2025).
<https://queere-sicherheit.berlin/>,
<https://queere-sicherheit.berlin/#Handreichung>

Der Inhalt dieser Publikation obliegt
der Verantwortlichkeit von Quarteera e.V.
und gibt nicht unbedingt die Position der RLS wieder.

Seit 2020 setzt eine sich rasant verändernde globale Lage, geprägt von Pandemie, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, dem Erstarken der extremen Rechten und zunehmender demokratischer Fragmentierung, zivilgesellschaftliche Akteur*innen unter Druck und gefährdet LSBTIQ* Communities. Unter extremen und feindseligen Bedingungen reagieren LSBTIQ* Aktivist*innen in Zentral - und Osteuropa, im Kaukasus und in den baltischen Staaten mit vielfältigen Strategien, auch im Untergrund oder im Exil. Diese Publikation dokumentiert ihre Erfahrungen, macht ihre Herausforderungen und Resilienz sichtbar und bietet wertvolle Erkenntnisse für internationale Solidarität sowie den Einsatz für Menschenrechte und Demokratie.